

— Fünfundzwanzigster Jahrgang. —

Nr. 38.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

Amtlich zusammengestellt im Kgl. Polizei-Präsidium in Posen.

Posen, den 26. September 1916.

Inhalt: Preussisches Teilgebiet: Zum Erscheinen der „Gazeta Narodowa“, S. 1045—1046. — Deutschland und Rußland und die polnische Frage, S. 1046—1048. — Englische Annahmen, S. 1048. — Die Polen und der Krieg, S. 1049—1051. — Rußland und Polen, S. 1051. — Zur Lösung der polnischen Frage. (Erwägungen), S. 1051. — Um den polnischen Staat, S. 1052. — Reale Politik, S. 1053. — Um die nationale Einheit, S. 1053. — Im Dienst, S. 1054. — Hilfe für die polnischen Kriegsinvaliden, S. 1054. — Polnische Ferngespräche, S. 1055. — Die polnische Jugend, S. 1055. — Die landschaftlichen Genossenschaften, S. 1056. — Bericht der Vereinigung der polnischen Frauen-Bildungsvereine, S. 1057—1059. — Der Religionsunterricht in Schneidemühlchen, S. 1060. — Kohlenmangel in Posen, S. 1060. — Befestetes Gebiet: Gegen die Verleumder, S. 1061. — Erklärungen und Artikel betreffend die Warschauer Entschließung vom 3. September, S. 1062—1069. — Artikel betreffend Polens Unabhängigkeit, S. 1069—1071. — Lodz und Warschau, S. 1072. — Beschlagnahme in Lodz, S. 1073. — Die polnische Sozialdemokratie im Königreich, S. 1074. — Ausland: Die polnische Sphinx, S. 1075. — Aktuelles aus Wien, S. 1076. — Parteibeschluß der polnischen Sozialisten, S. 1077. — Polens Schicksal, S. 1077. — Die polnische Presse jenseits der Front, S. 1078. — Die polnische Frage und die Friedensbestrebungen in Rußland, S. 1079. — Autonomieentwurf in der Duma, S. 1079. — Die russischen Nationalisten, S. 1080. — „Echo Polstie“ (Moskau) gegen Burzew, S. 1081. — Aus Lausanne, S. 1081. — Die polnische Aktion in Skandinavien, S. 1082—1083. — Aktion der amerikanischen Polen in Sachen der Unabhängigkeit, S. 1083.

Die polnische Frage in Deutschland.

Aus Nr. 98 des Kraj (Vissa i. P.)
vom 14. September 1916.

Nicht wir allein.

Als die erste Nummer des „Kraj“ mit dem grundsätzlichen Programm erschienen war, und auch später anlässlich gar manchen Artikels, der unseren Standpunkt deutlich markierte, sprach man in gewissen Kreisen, und schrieb man auch in einem gewissen Teil unserer Presse, daß „nur wir“ Repräsentanten einer solchen Richtung seien, und daß das polnische „Volk“ von uns nichts wissen wolle.

Hart war, ist und bleibt der Kampf sowohl um die Grundsätze, als auch um die Taktik in der Politik. Gar mancher hat es nicht verstanden, beide zu unterscheiden.

Was die Grundsätze anbelangt, so gibt es wohl bei uns keine großen Differenzen, sei es im polnischen Volke, sei es in der polnischen Presse.

Um so mehr lassen sich die Unterschiede in der Taktik wahrnehmen, in der allerdings ebenfalls gewisse „Grundsätze“ eine Rolle spielen können. Gar mancher verwechselt hier nämlich die Begriffe, indem er die Taktik für den „Grundsatz“ hält.

In dem Umfange, wie wir den Weg für unsere Anschauungen bahnten, zeigt es sich, daß wir nicht vereinsamt sind.

Die politischen Ereignisse ebenso im Lande, wie im Königreich Polen, in Galizien usw., und vor allem der Verlauf des Krieges bewirkten, daß immer mehr Organe unserer Presse klar, — klarer als früher, — ihren Standpunkt formulierten.

Diesbezügliche Erklärungen haben wir bereits angeführt. . . Wir wiesen hierbei auch auf den Wandel in den Anschauungen hin, der sich auch bei unseren Gegnern vollzogen hatte. Wir taten es mit Genugtuung, aber ausschließlich im Interesse unserer polnischen Sache, die uns allen teuer und heilig ist. . .

Heute begrüßen wir einen neuen Streiter auf der politischen Arena, die „Gazeta Narodowa“, welche folgende Anschauungen verkündet:

„Nach den Worten des deutschen Reichskanzlers, des österreichisch-ungarischen Ministers des Außern und des ungarischen Ministerpräsidenten, also der Repräsentanten derjenigen Staaten, welche fast alle Landesteile des ehemaligen Freistaats in ihrem Besitz haben, beabsichtigen die verbündeten Mächte die polnische Frage endgültig zu lösen. Daß bei dieser Lösung die Okkupationsmächte den Rechten und Wünschen des polnischen Volkes in zufriedenstellender Weise Rechnung tragen werden, zeigt schon die Art und Weise der Verwaltung im Königreich, die schon heute dem Lande die Möglichkeit einer nationalen und kulturellen Entwicklung verleist, welche von Rußland durch hundert Jahre seines Regiments systematisch unterdrückt wurde. In der Zeit, wo das Schicksal des Volkes entschieden werden soll, darf deshalb niemand passiv dem Gang der Ereignisse zusehen. Auch wir, die wir unter der Herrschaft Preußens stehen, müssen mit vollem Fleiß die Wandlungen des gegenwärtigen Ausgeblicks verfolgen, zumal da auch in unserem Landesteile nach der Ankündigung des Reichskanzlers und der Vertreter der preussischen Regierung wichtige Veränderungen in der Richtung der Anerkennung unserer nationalen Rechte nach dem Kriege, in welchem auch das polnische Volk die Güter und die Grenzen des Reiches verteidigt, eintreten sollen. Antipolnische Strömungen verlieren heute an Einfluß und Bedeutung. In der Politik gibt es eben keine Abneigung, welche durch die Rücksicht auf gemeinsame Interessen nicht beseitigt werden könnte und dürfte. Die Liebe zum Vaterlande, lebendig und wirksam, weist bei uns auf die Notwendigkeit hin, andere Wege zu suchen, wenn die bisherigen zu dem erwünschten Ziele nicht geführt haben. Wir müssen deshalb unsere frühere politische Praxis einer gründlichen Prüfung unterziehen und in jedem einzelnen Falle wohl erwägen, ob das Festhalten an den bisherigen Anschauungen noch angebracht wäre.“. . .

Wie uns, so auch unserer neuen Kollegin gegenüber wenden unsere Gegner die Taktik des Totschwei-

gens oder einer Kritik an, welche die von uns zum Ausdruck gebrachten Anschauungen herabsetzt.

Im Namen unserer Grundsätze und unserer Taktik drücken wir der neuen Kollegin unsere aufrichtigen Glückwünsche aus.

Aus Nr. 213 des Kurjer Ślaski (Gleiwitz)
vom 16. September 1916.

Zum Erscheinen der „Gazeta Narodowa“ in Posen schreibt das Blatt u. a. folgendes:

Wir können die „Gazeta Narodowa“ als Kämpfer auf derselben Front, auf der wir uns befinden, wenngleich sie auch auf anderem Posten steht, nur mit Befriedigung begrüßen. Diese Front, auf der wir im preußischen Gebietsteile von Anfang an gestanden haben, wird immer fester.

Der gesunde Verstand der Posenschen Volksgesamtheit fängt an, öffentlich das Wort zu nehmen und den Schein zu zerstreuen, welcher nach außen hin durch die nationaldemokratische Arbeit erweckt worden ist, er sucht die Meinung zu zerstreuen, als ob wir das Verständnis für die reale Politik, welche das Leben mit sich bringt, verloren hätten und es nicht begreifen könnten, daß man auf Kosten der Zukunft des Volkes nicht im Gegensatz verharren kann denen gegenüber, die diese unsere Zukunft in ihren Händen halten und mit möglichster Berücksichtigung unserer Wünsche diese Zukunft aufzubauen suchen.

Aus Nr. 462 des Goniec (Warschau)
vom 14. September 1916.

Ein neues Blatt in Posen.

Seit einigen Tagen erscheint in Posen die „Gazeta Narodowa“. Nach einigen Nummern dieses interessant und nicht schablonenhaft, wie andere Posener Blätter redigierten Blattes zu urteilen, wollen die Organisatoren der „Gazeta Narodowa“ mit der Überlieferung der Posener Blätter, die allzusehr auf einen östlichen Ton gestimmt sind, brechen und eine Milderung der örtlichen Konflikte anstreben. Sie wollen gleichzeitig der polnischen Volksgesamtheit im Posenschen einen Weg weisen, auf dem mit Rücksicht auf die breiteren Interessen Polens zu schreiten geboten wäre. In diesem Blatte weht ein antitychuanischer Geist, ein belebender und frischer Geist, und es ist gut geschehen, daß in die schwüle Atmosphäre des Posenschen ein wenig gesündere Luft eindringen wird. Und da das Blatt fesselnd redigiert ist, eine Menge kurzer kerniger Artikel und in jeder Nummer ein ansehnliches Bündel von Nachrichten aus allen polnischen Teilgebieten enthält, hegen wir die Hoffnung, daß es im Posenschen und bei uns nicht nur weitere Verbreitung finden, sondern gleichzeitig eine Pflanzstätte gesunder politischer Bestrebungen sein und auf die Entwicklung des wesentlichen politischen Gedankens im Posenschen wieder belebend einwirken wird.

Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit dieses neuen Vorpostens wollen wir unsere Leser mit dem Blatte näher bekannt machen, und darum geben wir auszugsweise den Leitartikel wieder, welcher die Ziele und Bestrebungen der „Gazeta Narodowa“ bespricht.

(Folgt eine teilweise Wiedergabe des einschlägigen Artikels.)

Diesem neuen Blatte entbieten wir die Glückwünsche einer erfolgreichen Entwicklung.

Aus Nr. 9 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 14. September 1916.

Deutschland und Rußland und die polnische Frage.

Wenn man von Deutschland oder Rußland in Beziehung zur polnischen Frage spricht, so muß man amtliche Enunziationen von Äußerungen und Strömungen unterscheiden, welche von einzelnen Parteien ausgehen.

Amtlich hat Deutschland durch den Mund des Reichskanzlers erklärt, daß die polnische Frage durch Deutschland und Österreich gelöst werden muß und gelöst werden wird, und daß Polen nach dem Willen Deutschlands unter die russische Herrschaft nicht mehr kommen darf.

Aus der Erklärung des Reichskanzlers entspann sich nun eine Diskussion über die Unabhängigkeit Polens. Dieser Gegenstand beschäftigt auch jetzt noch die Gemüter in Deutschland. Es lassen sich Stimmen vernehmen, welche für die Unabhängigkeit Polens eintreten, aber es gibt auch entgegengesetzte Stimmen. Bis jetzt ist es jedoch zu einer Verständigung nicht gekommen. Der Meinungsunterschied beruht auf einer verschiedenen Orientierung betreffs der Kriegsziele. Die einen sehen in Rußland den gefährlichsten Feind Deutschlands, und deswegen wünschen sie eine Verständigung mit England. Die Orientierung der anderen geht dahin, daß einzig und allein England die freie Entwicklung der Macht Deutschlands verhindere, und daß man sich daher mit Rußland verständigen könne. Zu den ersteren gehören die radikal-liberalen, zu den zweiten die konservativen Kreise.

Die letzteren lockt Rußland immer, da seine Verfassung sich dem politischen Ideal der preußischen Junker am meisten nähert. Überdies hielt beide die polnische Frage zusammen.

Aus diesem Grunde widersetzen sich die preußischen Junker, aus deren Reihen sich die Alldutschen und die Hatzatisten überwiegend rekrutieren, sehr entschieden einer Erledigung der polnischen Frage in dem Sinne, daß Polen unabhängig werden soll. Im September-Heft des hatzatistischen Organs „Die Ostmark“ beschäftigt sich mit dieser Angelegenheit an leitender Stelle Herr W. Gürlich und schreibt, daß die Wiederherstellung eines unabhängigen Polens nur im Interesse der westlichen Mächte, Frankreichs und Englands liege, welche hierdurch die Stellung und den Einfluß Deutschlands und Österreichs durchaus schwächen möchten. Herr Gürlich beruft sich in diesem Artikel auf die Ansicht des Fürsten Bismarck, der gerade aus diesem Grunde sich oftmals gegen die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Polens geäußert hätte.

Die Stellung des offiziellen Rußland in der polnischen Frage ist bekannt; Rußland betrachtet sie als eine innere Angelegenheit des Zarenreichs. Um die Sympathie der Polen für sich zu gewinnen, erließ der Oberbefehlshaber der russischen Armee im Anfange des Krieges den bekannten Aufruf, der Polen die Autonomie versprach. Darüber hinaus hat Rußland für Polen nichts getan, obwohl es an Gerüchten nicht fehlte, daß es dort schon verschiedene Projekte gegeben habe, welche die künftige Lage in Polen regeln sollten.

Lebhaft beschäftigen sich mit dieser Angelegenheit einige Parteien in Rußland, und auffallend ist es, daß die Anschauungen dieser Parteien zum Teil mit den Ideen der Gegner der polnischen Sache in Preußen übereinstimmen.

Vor einigen Tagen konnte man in der „Posen. Zeitung“ einen Artikel aus der Feder Georg Bernhards über die deutsch-russischen Beziehungen lesen. In diesem Artikel wurde gesagt, daß die Lösung der polnischen Frage davon abhängen werde, wie sich die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland ge-

stalten werden. Bevor Rußland sein Einverständnis zur Abtretung Polens gegeben habe, werde es genau wissen müssen, welche Kompensationen es dafür auf dem Balkan zu erwarten habe. Im Anschluß an den Artikel der „Voss. Ztg.“ sagt auch das Organ der preußischen Junker, die „Deutsche Tageszeitung“, sie beabsichtige nicht, das polnische Problem zu lösen, aber sie stelle fest, daß Deutschland im Osten nicht eine polnische, sondern ausschließlich eine deutsche Politik treiben könne. Es sei eine Weisung für Deutschland, die polnische Frage in Abhängigkeit seines Verhältnisses zu Rußland zu regeln. Bei dieser Gelegenheit erwähnt die „Deutsche Tageszeitung“, daß nach der angeführten Korrespondenz im „Journal de Geneve“ Mitglieder der Rechten in Rußland eine geheime Sitzung abgehalten haben, in welcher sie die Motive zur weiteren Kriegführung zwischen Rußland und Deutschland erwogen. Nach ihrer Ansicht sei das Hauptmotiv hierzu die Vereinigung der polnischen Gebiete unter dem Zepher des Zaren. Das Interesse Rußlands wäre hierbei jedoch sehr verschwindend, falls Polen dabei eine Autonomie erhalten sollte. Rußland würde dann Polen gewinnen, um es sofort wieder zu verlieren. Deswegen wäre es für Rußland am besten, wenn es dieses Ziel überhaupt aufgeben würde; — dann würde auch das Hauptmotiv zur weiteren Kriegführung wegfallen. — Die „Deutsche Tagesztg.“ klammert sich an diese Ausführungen an, und erinnert daran, daß der Redakteur dieses Blattes, Graf Reventlow, im Anfange des Krieges erklärt habe, die Annahme wäre irrtümlich, daß Deutschland den Krieg mit der Losung: „Gegen das Zarentum!“ führe. Der erwähnte Verfasser habe damals ausgeführt, daß Deutschland nicht gegen die russische Reaktion, sondern gegen die russische Gefahr kämpfe, nicht, um die fremden Elemente zwischen der Ostsee und den Sümpfen Wolhyniens zu befreien, sondern um die Zukunft Deutschlands im Osten zu sichern. Die Kriegführung mit demokratischen Postulaten der inneren Politik Deutschlands (seitens des Teils des deutschen Volkes, welches als seine Organe die „Frankfurter Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“ betrachte) habe auch in Rußland Verwirrung hervorgerufen. Heute jedoch müßte ein Jeder ebenso in Deutschland wie in Rußland begreifen, daß die polnische Frage diese beiden Mächte nicht trenne.

Die Bemerkung der „Voss. Zeitung“ über die Kompensation auf dem Balkan, die dem „Golos Rosji“, einem Organ der russischen Rechten entnommen war, hat auch im Organ der preußischen Junker Einnunziationen über das Thema der polnischen Frage hervorgerufen. Nach diesen Einnunziationen könnte man glauben, daß, sobald die polnische Frage im Sinne Rußlands gelöst wäre, die Interessen Deutschlands und Rußlands aufhören würden, sich in Konstantinopel zu kreuzen. So liegt die Sache aber nicht. Die Sehnsucht Rußlands nach Beherrschung des Bosporus bildet eine ständige, traditionelle Politik des russischen Staates. Diese Politik war niemals von der polnischen Frage abhängig; sie hatte ihre Basis in dem natürlichen Streben Rußlands nach der Eröffnung eines Seeweges nach Europa. Andererseits können die Interessen Deutschlands, die nach Bagdad hinstreben, nicht von Nebeneinflüssen abhängig gemacht werden. Die Verknüpfung der polnischen Frage mit den Zuständen auf dem Balkan ist deshalb nicht sachgemäß. Sowohl die Rechte in Rußland, als auch die Junker in Preußen verstehen übrigens auch ganz gut, daß weder der eine noch der andere Staat sich mit der Abhängigkeit dieser beiden aparten Fragen von einander einverstanden erklären kann. Die Alldeutschen und die Hakatisten, welche ständig eine antipolnische Politik trieben, müßten somit in diese beiden Fragen nur eine Verwicklung hineintragen, um unter einem

solchen Deckmantel zu ihrem früheren Standpunkt den Polen gegenüber zurückzukehren. Ein unabhängiges Polen müßte — so sagen sie nun — für die künftigen deutsch-russischen Beziehungen gefährlich sein. Wir glauben jedoch, daß die maßgebenden Kreise in Deutschland diesen Einflüssen der Alldeutschen nicht unterliegen und die Sache des künftigen polnischen Reichs mit der Balkan-Frage, die bis dahin mit dem Schwerte überhaupt noch nicht entschieden ist, nicht in Verbindung setzen werden.

Aus Nr. 111 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz) vom 11. September 1916.

Aus gegnerischen Lagern.

Unter vorstehender Spitzmarke schreibt das Graudenzener Blatt u. a. folgendes: Einen großen Eindruck rief in der letzten Zeit in der ganzen Welt ein Artikel der Zeitung der russischen Hitzköpfe, der „Nowoje Wremja“, welche die Seite der russischen Beamenschaft hält, hervor. Diese Zeitung verteidigte im Kriege ganz offenkundig den deutschen Kaiser gegen die Absichten des englischen Ministerpräsidenten, die er in der letzten Rede zum Ausdruck gebracht hatte.

Man darf sich nicht wundern, daß dieser Artikel der „Nowoje Wremja“, eines sehr einflußreichen, russischen Blattes, einen solchen großen Eindruck in der Welt hervorgerufen hat, denn diese Zeitung verteidigt nicht nur den deutschen Kaiser gegenüber den eventuellen Absichten des englischen Ministerpräsidenten, sondern sie erklärt auch ausdrücklich, daß Rußland gar nicht daran denke, gegen das deutsche Reich bis zum Äußersten, bis zur endgültigen Zerschmetterung Deutschlands zu kämpfen, worauf der Vierverband gerechnet hat.

Diejenigen also, die in dieser Beziehung so sehr auf Rußland rechnen, müssen ihre Hoffnungen zu Grabe tragen.

Gerade die allereinflußreichsten russischen Kreise, d. h. die amtlichen und Beamtenkreise, welche in Rußland noch alles bedeuten, geben heute schon offenkundig zu erkennen, daß Rußland in den Krieg mit Deutschland gegen seine Interessen hineingetrieben worden sei. Man darf sich daher nicht wundern, wenn sich in der Welt das Gerücht aufrecht erhält, daß Rußland bemüht sei, einen Sonderfrieden mit Deutschland zu schließen.

Wie wir bereits wiederholt darauf hingewiesen, ist auch in einem gewissen Bruchteile des deutschen Volkes, d. h. unter den Hakatisten und Alldeutschen, die Neigung vorhanden, sich mit Rußland auszuöhnen. (Hierbei möchten wir bemerken, daß nach unserer Meinung zu den Hakatisten und Alldeutschen nicht nur die konservativen Elemente gehören, sondern auch Mitglieder der verschiedensten Parteien, sogar solche der Liberalen, ja selbst der äußersten Linken).

Die Hakatisten und Alldeutschen streben danach, sich mit Rußland zu verständigen, und das soll vor allen Dingen auf Kosten des polnischen Volkes geschehen; über seine Leichen hinweg möchten sie zu einer Einigung mit Rußland gelangen. Und das ist für die Polen in der Tat keine angenehme Sache.

Es ist indes bekannt, daß die Bestrebungen der Hakatisten und Alldeutschen den Bestrebungen des Kanzlers und seiner Regierung zuwiderlaufen, denn sowohl der Kanzler, wie die gegenwärtige deutsche Regierung trachten nach der Niederwerfung Rußlands. Trotzdem müssen natürlich die Bestrebungen der Hakatisten und Alldeutschen auf unsere Brüder im Königreich Polen einwirken und all zu hitzige Seelen zu größerer Zurückhaltung veranlassen.

Den von der „Gazeta Grudziadzka“ erwähnten Artikel des „Nowoje Wremja“ bringt der „Goniec Wielkopolski“ (Posen) in Nr. 212 vom 16. September: Das Blatt schreibt:

Das „Nowoje Wremja“ verteidigt den Kaiser Wilhelm.

Es ist bekannt, daß Anhänger der russischen Rechten — keineswegs gegen Deutschland eingenommen sind, und daß sie im geeigneten Moment gern die Hand zum Frieden reichen würden, weil nach ihrer Ansicht der jetzige Krieg mit Rußland eher eine Folge des Zusammentreffens gegenwärtig ungünstiger Umstände, als ein Zeichen grundsätzlichen Antagonismus ist. Davon zeugen ebenfalls nachstehende Stimmen der russischen Presse:

Der „Rußkij Grazdanin“, ein Organ der Rechten, schreibt zur Rede Asquiths, die vom künftigen Gericht über Wilhelm II. spricht:

„Der Führer der englischen Freimaurer, Sir Asquith, hat in diesen Tagen eine Erklärung abgegeben, welche alle „internationalen Republikaner“ in „Entzückung“ versetzt hat. Herr Asquith, das Haupt der parlamentarischen Regierung, gab seinen unabänderlichen Entschluß kund, alle Verbrecher, wer sie auch sein mögen, auch ohne Rücksicht auf ihre etwa hohe Stellung, für die von Deutschland begonnenen Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen.

Die „Nowoje Wremja“ hebt hervor, daß die letzten Worte sich auf den Kaiser Wilhelm II. beziehen. Sie schreibt des weiteren:

„Asquith verspricht also die Realisierung der freimaurerischen Träume von einem internationalen, aus parlamentarischen Agitatoren und Rechtsanwälten bestehenden Tribunal, vor welches das gekrönte Haupt Deutschlands selbst gestellt werden soll. Die Sitzungen dieses Tribunals werden wohl so feierlich sein, daß sie alle derartigen Gerichtssitzungen, wie z. B. diejenigen, welche über die schottische Königin Maria Stuart und die Jungfrau von Orleans ihr Urteil fällten, in den Schatten stellen werden.

Die Geschichte lehrt, daß die Engländer Meister in der Kunst erbarmungsloser Züchtigung aller Gegner sind, die in ihre Hände fallen. Daß also Asquith und Co. ein Todesurteil auch über den Kaiser Wilhelm II. fällen werden, daran wird niemand zweifeln, der die Nachsicht der „gebildeten Weltumsegler“ kennt.

Bei seinem unabänderlichen Entschluß wird aber Herr Asquith doch wohl auf ein kleines Hindernis stoßen: Der Kaiser Wilhelm wird sich selbst vor das Gericht Asquiths nicht stellen; man wird somit den Schuldigen mit Gewalt nach London bringen müssen. Die Engländer selbst, welche auf ihrer Front im Laufe von zwei Jahren nur um einige hundert Meter vorwärts gekommen sind, werden es mit eigenen Kräften auf keinen Fall tun können. Die Rolle des Gerichtskommissarius, der gekrönte deutsche Fürsten nach London zur Ergötzung des Londoner Pöbels schleppen soll, wird deshalb Rußland übertragen. Unser Volk — den Märtyrer — und unsere tapfere Armee verpflichten also Asquith und „Genossen“, nicht nur solange zu kämpfen, bis unser zäher, tapferer und starker Gegner, Deutschland, sich mit einem für Rußland vorteilhaften und ehrenvollen Frieden einverstanden erklärt hat, sondern auch bis die in Deutschland herrschende Dynastie der Hohenzollern mit russischen Bajonetten vom Throne gestürzt sein wird.

Nur ein alle Völker ergreifender moralischer Wahnsinn kann die wilde Propaganda erklären, welche Rußland die unwürdige Rolle aufdrängt, bis ins Unendliche zu kämpfen, zu kämpfen bis zur vollständigen Vernichtung des rüstigen, deutschen Nachbarvolkes,

welches seinen Kaiser doch nicht ausliefern wird, solange auch nur ein einziger bewaffneter Mann in Deutschland lebt.“

Aus Nr. 11 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 15. September 1916.

Englische Annahmen.

Wir haben in Nr. 7 unseres Blattes einen Artikel der im höchsten Grade chauvinistischen „National-Review“ angeführt, um darauf hinzuweisen, welche Schwierigkeiten sich vor denjenigen auftürmen, welche diesen furchtbaren Krieg mit einem auf Gerechtigkeit gestützten Frieden beenden möchten. Angesichts der Projekte, die augenscheinlich unter den Engländern populär sind, da ein in London so angesehenes Blatt sie erörtert, verbläßen vollständig die Wünsche selbst der extremsten Annexionisten in Deutschland. Wenn die Engländer das „Germania delenda“ ankündigen und als das Minimum ihrer Friedensbedingungen die totale Lahmlegung Deutschlands hinstellen, dann ist es doch klar, daß ein Friedensschluß zur Unmöglichkeit wird. Kein vernünftiger Mensch wird nämlich vom Vierbunde verlangen, daß er einen dem Selbstmord gleichen Frieden schließe, zumal die strategische Lage hierzu keinen Anlaß bietet. Der Krieg wird deshalb länger dauern, als es notwendig wäre, wenn England sich von irgend welchen ethischen Motiven, und nicht allein von zynischem Egoismus leiten ließe.

Das deutsche Kaiserreich wird nicht zu Grunde gehen. Ins Unendliche wachsen die Kräfte des Volkes, das für alles, das ihm teuer ist, kämpft. Und was die militärische Macht anbelangt, so sehen wir, daß Hekatomben von Russen und Franzosen, durch die englische Regierung veranlaßt, sie nicht brechen können. Eher wird sich die Geduld der englischen Bundesgenossen erschöpfen, als die Kraft und die Opferwilligkeit des Vierbundes, welcher den Krieg nicht mehr, wie die Ententemächte, um seine größere oder geringere Bedeutung, sondern ganz einfach um sein Dasein, um seine grundlegenden Lebensbedingungen führt.

Für die politische Orientierung der Polen ist sehr wertvoll, was die „National-Review“ von dem künftigen Schicksal Polens sagt. Wenn irgend jemand sich durch die Phrasen von der Befreiung unterdrückter Völker als von einem der Kriegsziele Englands hat irre führen lassen, so möge er nur die in Nr. 7 von uns zitierten Worte dieser Londoner Zeitschrift lesen und sich genau einprägen. Dort ist nämlich keine Rede von der Wiederherstellung eines unabhängigen Polens, dort wird nur eines Russisch-Polens Erwähnung getan. Das stimmt übrigens vollständig mit den Petersburger Enunziationen überein, wo die polnische Frage als eine innere Frage des russischen Imperiums angesehen wird.

Daß Polen mit Rußland nichts Gemeinsames haben will, daß es für ein katholisches Volk keine Zukunft gibt, wenn es auf die Gnade eines Staates angewiesen ist, mit dessen Wesen die Intoleranz verknüpft ist, und dessen Einrichtungen sämtlich von dem Geist des Schisma durchdrungen sind, daran denken die englischen „Befreier unterdrückter Völker“ nicht.

Deswegen lohnt es, sich mit der englischen Publizistik bekannt zu machen. Wir lernen in ihr die Verdammung fremder Kraft, aber eine Vergötterung der eigenen, die Sorge für englische Willkür, aber Gleichgültigkeit für die Sache der Freiheit anderer Völker kennen.

Aus Nr. 210/211 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 14./15. September 1916.

Die Polen und der Krieg.

I.

Der Krieg hat die polnische Frage auf den ersten Plan der internationalen Politik gebracht. Das verstehen wir ebenso gut, wie ganz Europa. Aber das müssen wir uns auch vergegenwärtigen, daß die Lösung dieser Frage, ihre endgültige Erledigung, nicht vor dem Ende des Krieges erfolgen kann. Wo eine so riesenhafte Umwälzung in den politischen Verhältnissen, wie in dem gegenwärtigen Ringen während der Kriegszeit vor sich geht, wo alles, was fest und gesichert zu sein schien, sich im Zustande fortwährenden Fluktuiereus befindet, wo jeder Monat neue Verwickelungen und neue Möglichkeiten bringen kann, da wäre es unvernünftig, anzunehmen, daß man in irgend einem Punkt Europas eine neue, definitive Ordnung schaffen könne, bevor der Grund zu einem allgemeinen Frieden gelegt worden ist. Der beste Wille der Diplomaten kann an der vis major neuer Relativitäten und Bedingungen, die durch eine Veränderung in der Situation diktiert werden, zerschellen.

Je weniger ein Volk die Möglichkeit besitzt, sich in den diplomatischen Geheimnissen zu orientieren, die wie unsichtbare Federn in diesem großen internationalen Spiel, das sich beim furchtbaren Akkompagnement der Geschütze und Gewehre entfaltet, wirken, desto mehr muß es sich von der Vorsicht und Mäßigung leiten lassen, damit seine Politik nicht zum Hazard ausarte, wo auf eine Karte die ganze Zukunft gesetzt wird. Leider gibt es in Polen Politiker, für die es keine Zweifel, keine Hindernisse gibt, die mit grenzenlosem Leichtsinne über das Schicksal des Volkes höchstens nur aus dem Grunde entscheiden möchten, weil sie ein Gefallen an kriegerischen Gesten und Phrasen finden, die in nationalen Farben glänzen, aber hohl wie eine Seifenblase sind.

Die heutige Teilnahme der Polen am Kriege stellt sich so dar, daß die Polen zwar kämpfen, — aber den Krieg nicht führen. Die polnischen Soldaten erfüllen ihre Pflicht, indem sie in den Heeren der drei Teilungsmächte fechten. Polen an und für sich bleibt über und hinter dieser Kampfesphäre. Ist dann ein solcher Zustand ein Zeichen der Schwäche oder Kraft, ein Unterpfand besserer Zukunft oder unvermeidlicher Niederlage? Gar sehr erleichtern sich jedenfalls die Aufgabe diejenigen, die darauf mit der Phrase von der Notwendigkeit der „Tat“ und des „Kampfes“ antworten. Die Fähigkeit, seine Kräfte zu sammeln und das Ende der sich vollziehenden politischen Evolutionen abzuwarten, bedeutet oft trotz scheinbarer Passivität eine größere Tat, als das Sichräumpen und das Haschen nach „Taten“ um jeden Preis.

Es ist ja wahr, daß man in der Politik keinen Schritt ohne Risiko tut. Aber wenn es Zeiten gibt, wo man keinen festen Stützpunkt finden kann, wenn alles um uns im Kreise fortwährender Veränderungen sich bewegt, dann schwillt das Risiko zu so furchtbaren Dimensionen an, daß man straflos die nationale Sache einer Gefahr nicht aussetzen darf.

Wir müssen doch bedenken, daß das polnische Volk keine Staatsmänner, keine Heerführer und Diplomaten hat, daß es auch jenen ganzen umfangreichen Informationsapparat nicht besitzt, über welchen jeder, selbst der kleinste Staat verfügt. Aber nicht nur dieses. Das polnische Volk hat nicht einmal die Möglichkeit, eine allgemeine anerkannte Repräsentation zu schaffen, welche die Vornahme eines entscheidenden Schrittes erwägen und beschließen könnte. Mit welchem Gewissen würde es unter solchen Umständen ein verant-

wortlicher polnischer Politiker wagen, seinem Volke unwiderrufliche Entschlüsse in einem Augenblick, wie der gegenwärtige, aufzudrängen?

Wir haben neulich aus dem Munde des höchsten Repräsentanten der Okkupationsmächte im Königreich vernommen, daß erst das Ende des Krieges über das Schicksal dieses Landes entscheiden wird. „Es ist nicht meine Aufgabe, darüber zu sprechen, was mit der Zeit aus diesem Lande werden soll. Wir wissen ja noch nicht, wie der Krieg enden wird.“ So sprach der General-Gouverneur v. Beseler am 14. vorigen Monats und fügte weiter hinzu: „Wir sind hier nicht auf deutschem Boden, sondern auf deutschem Kampfgebiet, das wir erobert haben und das wir gegenwärtig mit vollem Recht in unserer Hand halten. Dereinst, später wird uns das Ergebnis des Krieges das Recht und die Pflicht verleihen, über dasselbe zu verfügen.“ Das sind Worte eines Kriegers, welcher die Situation ohne diplomatisch-rhetorische Wendungen kennzeichnet. Wo sind denn nun alle die Voraussagungen, Prophezeiungen und Gerüchte geblieben, die so eifrig von gewissen Leuten und gewissen Organen kolportiert wurden, daß nämlich jeden Augenblick irgend ein staatsrechtlicher Akt für das Königreich verkündet werden soll, daß wir vor der Wiederherstellung des polnischen Reiches stehen?

Es ist ja möglich, daß bei den Regierungen der Zentralmächte solche Pläne existierten und bei einigen maßgebenden Persönlichkeiten noch existieren. Vom Gesichtspunkt des Interesses dieser Mächte aus kann gar manches dafür sprechen. Aber wenn manche naive polnische Politiker die Sache sich so geradlinig dachten, daß das Interesse der Zentralstaaten keine Diskussion mehr betreffs der Notwendigkeit der Wiederherstellung Polens zuließe, so befanden sie sich in einem groben Irrtum. Die Kriegspolitik eines solchen Staates wie Deutschland hat verschiedene Möglichkeiten vor sich, und die Tendenz ihrer Leiter wird es sein, sich keinen Weg zu verschließen, solange der Krieg noch dauert.

Die Gründung eines polnischen Reiches durch Deutschland in der Kriegszeit bedeutet im höchsten Grade eine Verschärfung der Beziehungen zu Rußland, eine Versperrung sämtlicher Wege zu irgend einer späteren Verständigung mit Rußland. Es gibt allerdings in der öffentlichen Meinung Deutschlands Stimmen, welche in dieser Richtung zu gehen raten, aber es gibt gerade unter den politischen national-deutschen Kreisen auch andere sehr gewichtige Ansichten, welche auf die Notwendigkeit eines künftigen friedlichen Zusammenlebens Deutschlands mit Rußland hinweisen.

Man muß wissen, wie eifrig die konservativen nationale Presse Deutschlands von der Art der „Deutschen Tagesztg.“ und der „Tägl. Rundschau“ jedes Zeichen von mehr oder weniger sichtbarer Sympathie für Deutschland, die im Lager der russischen Reaktionäre lebt, notiert. Die „Deutsche Tagesztg.“ insbesondere versäumt keine Gelegenheit, um mit dem größten Nachdruck hervorzuheben, daß Rußland nicht der Urheber dieses ganzen Krieges sei, sondern daß es nur als Werkzeug in der Hand Englands diene.

Irrtümlich wäre auch die Annahme, daß nur die sog. Hakenisten und Alldeutschen, d. h. diejenigen, die hierbei die Beseitigung der polnischen Frage im Auge haben, einen Frieden mit Rußland erstreben. Auch in den Reihen der Linken steht die Ansicht von der Notwendigkeit der Wiederherstellung guter Beziehungen zu Rußland keineswegs vereinzelt da. Diese Ansicht verkündet unter anderen mit großer Konsequenz und Gewandtheit schon seit einem Jahre der bekannte liberale Publizist Georg Bernhard in den Spalten der „Voss. Ztg.“.

Er sagte kürzlich in der Montagsausgabe der erwähnten Zeitung anläßlich des Auftretens Ru-

māniens, daß diese Tatsache erheblich die Situation im Osten geklärt hätte. „Im Osten“, schreibt Bernhard, „stehen gegenwärtig unsere größten Gegner, die wir in erster Linie zu schlagen haben. Aber dort steht auch unser Partner für die künftigen Unterhandlungen. Heuchlerische Freundschaftsbündnisse gelten nichts, wie die Geschichte der Ereignisse vor dem Kriege lehrt. Sie dienen nur zur Maskierung feindseliger Vorbereitungen. Aber wenn nach heißem Kampfe Gegner, die keine kontrastierenden Interessen mehr haben, zu einer Einigung gelangt sind, dann können die Völker eine solche Einigung mit Bündnissen, die auf lange Zeit geschlossen werden, besiegeln. Nicht immer muß hier die Feder verderben, was das Schwert errungen hat. Und wenn im Osten der Sieg unseren Fahnen folgen wird, dann, so scheint es, wird auch die ungeschickteste Feder nichts mehr verderben können. Jedenfalls können wir heute von Glück reden, daß man den Stimmen jener Eiferer nicht Gehör geschenkt hat, welche im Osten schon jetzt eine neue Ordnung schaffen wollten. Denn es ist klar wie die Sonne, daß die polnische Frage nur eine der vielen Fragen bildet, die auf unser endgültiges Verhältnis zu Rußland einwirken werden, und daß sie nur im Zusammenhange mit wichtigen Fragen auf dem Balkan geregelt werden kann. Der Kreis der Möglichkeiten hat sich hier durch das Auftreten Rumāniens bis ins Unendliche erweitert.“ So spricht ein Realpolitiker, einer der bedeutendsten liberalen Publizisten in Deutschland.

II.

Wir haben im vorigen Artikel darauf hingewiesen, wie entschieden der liberale Politiker Bernhard für die Verständigung Deutschlands mit Rußland die Lanze bricht und deshalb die Regelung der polnischen Frage bis zum Ende des Krieges ausgesetzt wissen will, wobei er, wie es scheint, den Standpunkt vertritt, daß bei den Friedensverhandlungen, aber auch erst dann, — Deutschland um den Preis gewisser Kompensationen von Rußland die Abtretung des Königreichs erreichen könnte. Ohne auf die Kritik dieser Auffassung näher einzugehen, wollen wir nur feststellen wie weit diese nüchterne, real-politische Behandlung der Angelegenheit von den Phantasmagorien gewisser fiebernder polnischer Pseudo-Politiker entfernt ist, welche es als ein unerschütterliches Dogma betrachten, daß das Interesse Deutschlands schon jetzt während des Krieges die Gründung eines polnischen Staatswesens gebiete.

Und wo bleibt die Gemeinsamkeit „der westlichen Kultur“ mit Deutschland, auf die sich manche unserer „Agitatoren“, die selbst mehr orientaler, als okzidentaler Herkunft sind, so gern berufen? — Man muß eine sehr schlechte Vorstellung von dem Scharfsinn und dem Realismus deutscher Politiker haben, um anzunehmen, daß sie die kulturelle Solidarität zur Basis ihrer politischen Wirksamkeit machen werden. Wir wollen hier nicht mit Zitaten aus der „Post“ oder der „Kreuz-Zeitung“ dienen, welche mit ihren politischen Anschauungen sich zu sehr dem absolutistisch-monarchischen russischen Staatswesen nähern, als daß sie irgendwelche kulturelle Rücksichten als Motive für die Lösung der polnischen Frage im antirussischen Sinne anerkennen sollten. Aber es lohnt sich anzuführen, was ein deutscher Sozialist, der Schriftführer des Gewerkschaftsverbandes, Janzon, in dem sozialistischen Blatte „Die Glocke“ über dieses Thema schreibt. Es zitiert ihn gerade Bernhard als klassischen Zeugen dafür, daß auch gewisse Kreise der Linken jenes Lösungswort von der „Kultur“, welches eine Annäherung an den Westen, einen rücksichtslosen Kampf gegen das „barbarische“ Rußland gebietet, keineswegs ganz teilen. So spricht Janzon:

„Die Orientierung in der Weltpolitik muß sich nach der Seite neigen, auf welcher man einen gerin-

geren Widerstand findet, und welche eine größere Zukunft vor sich hat. Kann sich das auf die englisch-deutsche Politik beziehen? Auf diese Frage antworte ich negativ... Wer ähnlich wie die Demokraten im Westen und ein Teil der neutralen Sozialisten auf den Leim der Phrase gehen will, daß die russische Gefahr nach der „deutschen Gefahr“ mit der Waffe in der Hand beseitigt werden müsse, der möge es tun. Wir haben keinen Grund, zu einem so wahnsinnigen Unternehmen die Hand zu bieten. Die Gestaltung der inneren Verhältnisse in Rußland steht den Völkern Rußlands zu; wir können es nicht tun. Dafür haben wir allen Grund, uns den Völkern Rußlands zu nähern. Ihnen gehört die Zukunft und England die Vergangenheit. Der Lärm wegen eines Bündnisses mit dem Zarentum soll uns nicht irritieren.

„Das Zarentum ist etwas ganz Zeitliches, Vorübergehendes, und man kann ihm keine lange Lebensdauer prophezeien. Die Völker werden dagegen weiter leben. Sie repräsentieren unvergängliche Werte. Ganz im Ernst muß man deshalb fragen, ob nicht bereits die Zeit gekommen ist, daß man innerhalb der deutschen Sozialdemokratie die Illusionen des Westens begrabe. Gewissen Intellektuellen, welche einige Äußerungen der Kultur des Westens und manche politische Schemen mit derselben Eier wie den französischen Salat verschlingen, kann das als Kezerei erscheinen. Aber ein freundschaftliches Verhältnis zu Rußland ist doch mehr wert; es sichert uns den Frieden und bietet unserer nationalen Wirtschaft ein Arbeitsfeld, dessen dieselbe heute mehr denn je bedarf.“

Das ist eine ziemlich klare Beleuchtung des Wertes der Lösungsworte von der „Kultur“ für die deutsch-polnisch-russischen Beziehungen, die uns von einem Repräsentanten der deutschen äußersten Linken gegeben wird. Die deutsche Sozialdemokratie hat sich zum größten Teil gründlich von ihren radikalen Doktrinen kuriert, unter denen „der Kampf mit dem Zarentum“ eine Ehrenstelle einnahm. Heute kämpfen die deutschen Sozialisten mit Rußland solange, als es ihnen das nationale Interesse Deutschlands gebietet, und sie werden sich beim Friedensschluß gemeinsam mit den anderen Parteien nur von dem realen Interesse der deutschen Politik leiten lassen, und nicht etwa von veralteten Dogmen aus den Zeiten eines Marx und Engels über die Notwendigkeit der Zerkümmern „des barbarischen Kolosses“ im Namen des Sieges der Kultur des Westens. Wenn man in unseren radikal-sozialistischen Kreisen — und nicht nur in ihnen — ebenso real-politisch denken lernen würde, wie in dem Lager der deutschen Sozialisten, dann würde die Sache Polens außerordentlich viel gewinnen.

Jedenfalls wäre es der größte Fehler, jene Einflüsse in Deutschland zu unterschätzen, welche vom Gesichtspunkt der deutschen Politik aus es nicht nur als wünschenswert, sondern auch als notwendig erachten, nach dem Kriege zu einer dauernden Verständigung mit Rußland zu kommen. Für Politiker dieser Richtung ist der Glaube entscheidend, daß von den beiden heutigen hauptsächlichsten Gegnern Deutschlands England derjenige sei, mit dem es keine Verständigung und kein Kompromiß geben könne, daß dagegen mit Rußland Berührungspunkte existierten, welche, wenngleich Rußland sich hat in die englische Intrigue gegen Deutschland verwickeln lassen, als Grundlage zur Wiederherstellung der alten traditionellen Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland dienen könnten und würden. Daß für diese Leute die polnische Frage bei der Anknüpfung neuer Beziehungen zu Rußland kein Hindernis bilden wird, ist klar wie die Sonne. Aus den parlamentarischen Äußerungen des Reichskanzlers könnte man allerdings den Schluß ziehen, daß die deutsche Regierung den Standpunkt der Anhänger einer künftigen Verständigung

digung nicht mit Rußland zu teilen scheine, und daß sie wenigstens eine Reserve nach dieser Richtung hin beobachte. Jedoch fehlt es auch hier an irgendeinem Anhaltspunkt dafür, daß die Regierung in ihrer Politik gegen Rußland für die Zeit der Beendigung und nach Beendigung des Krieges irgendwelche sicheren Richtlinien festgelegt hat. Es lassen sich nämlich heute ganz einfach solche Richtlinien für die weite Ferne nicht festlegen. Nur wir Polen können uns solcher Diplomaten rühmen, welche mit ihrem Scharfblick die tiefsten Geheimnisse der Zukunft durchbringen, und fertige, so unantastbare Programme in Bereitschaft halten, daß sie sogar das Ende des Krieges nicht abzuwarten brauchen.

Wir haben bereits erwähnt, mit welchem Eifer die konservativ-nationale Presse Deutschlands alle Stimmen aus dem reaktionären Lager in Rußland notiert, welche ebenfalls vom Gesichtspunkte der Interessensphäre Rußlands aus für die Annäherung an Deutschland und für die Schließung eines Separatfriedens mit Berlin eintreten. Diese germanophilen Strömungen sind zweifellos in gewissen russischen Kreisen ziemlich stark, und daß sie sich nicht allein auf die äußerste Rechte erstrecken, davon zeugt das Auftreten des liberalen russischen Politikers Suchanow, welcher unlängst eine Broschüre unter dem Titel: „Warum führen wir den Krieg“ geschrieben hat, in der er den Beweis führt, daß Rußland und Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht auf einander angewiesen seien, und daß die russische Regierung im Gegensatz zu den Interessen ihres eigenen Landes sich habe unter dem Einfluß Englands in den Krieg verwickeln lassen. In Rußland spricht man laut von einem organisierten Lager der Potsdamer — so genannt nach der russisch-deutschen Verständigung in Potsdam, und ihm schreibt man den Sturz Sazonows als eines England zu sehr ergebenden Mannes zu. Aus diesem Lager stammt auch ein sehr interessantes Dokument, das unlängst im „Journal de Genève“ veröffentlicht wurde, nämlich ein Referat aus einer vertraulichen Sitzung der reaktionären Politiker, welches das Verhältnis zu Deutschland im Zusammenhange mit der polnischen Frage behandelt. In diesem Referat wird die Frage gestellt, was Rußland im Falle des Sieges gewinnen würde, und es heißt dort: „Wir werden die drei Teile Polens zu einem anderen Zwecke nicht vereinigen, als um Polen, wenn wir ihm eine Autonomie gewähren, zu verlieren.“ Das Referat will also beweisen, daß Rußland kein Interesse an diesem Kriege habe, und daß es nur in ihn durch andere hineingezogen worden sei. Deswegen müsse man nach einem Frieden mit Deutschland trachten. Diesem Trachten stellen sich jedoch, wie das Referat besagt, folgende Hindernisse entgegen: Die Gesinnung liberaler Elemente, welche Gegner eines autokratisch regierten Rußlands sind, die in der Armee herrschende Strömung, vor allem und über allem der Wille Seiner Majestät des Kaisers, und schließlich die Stellung der Polen, welche die Komödie russischen Loyalismus spielen. „Aus diesen Gründen“, so lesen wir weiter in jenem Dokument, „gingen alle unsere Bemühungen dahin, die Politik aufrecht zu erhalten, welche die Polen zum Ablegen ihrer Maske zwingt. Wir wehrten uns gegen alle Konzessionen sowie gegen jedwede Erfüllung der den Polen gemachten Versprechungen. Trotzdem verblieben die Polen in ihrem falschen Loyalismus. Es ist klar, daß sie, um für ihre Ansprüche Rußland gegenüber eine Stütze zu haben, auf die Bundesgenossen Rußlands rechnen. Zum Glück ist der Augenblick nahe, wo nach unseren sicheren Informationen Deutschland den Polen ihr Polen geben wird. Angesichts dessen werden die Polen zweifellos das Gleichgewicht verlieren und sich in die Arme ihrer Wohltäter stürzen. Die Deutschen verstehen ebenso gut wie wir, daß, wenn die Polen

Rußland verraten, die Annäherung zwischen Rußland und Deutschland bedeutend erleichtert sein wird. Und wenn hierbei auch nicht ein unverzüglicher Friede gesichert werden sollte, so werden wir für die Zukunft doch einen Grund haben, Polen wie eine aufzuherrschende Provinz zu behandeln und es zu vernichten.“

Das sind Ansichten der germanophilen Elemente in Rußland betreffs der polnischen Frage. Man braucht ihren Einfluß nicht zu unterschätzen, und wir sind auch weit entfernt davon, aus den Wünschen und Erwägungen dieser reaktionären Polonophoben umgekehrt bindende Schlüsse für die Richtung der Politik der Polen zu ziehen. Aber solche Erscheinungen darf man nicht unbeachtet lassen. In den deutsch-russischen Beziehungen ist noch nichts festgelegt worden, und niemand kann sagen, was die Zukunft bringen wird. Ebenso für Deutschland als für Rußland zeigen sich hier die verschiedensten Möglichkeiten. — Die Klarlegung dieses tatsächlichen Standes der Dinge müßte für die Polen ein ausreichendes Motiv sein, sich bei allen politischen Handlungen von einer möglichst weitgehenden Überlegung und von einer nüchternen Beurteilung der Ereignisse leiten zu lassen.

Aus Nr. 17 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 19. September 1916.

In einem Warschauer Artikel betitelt
„Rußland und die polnische Sache“

schreibt der Verfasser P. Gruzewski zum Schluß was folgt:

„... Manchmal im verflossenen Jahre gaukelte man von Petersburg her unserer Allgemeinheit die Lösung der Autonomie vor; auch Sazanow hat in der Duma davon gesprochen, aber die Zarenregierung zog es vor, es bei Gemeinplätzen sowie unbestimmten Versprechungen bewenden zu lassen, und sie hat bisher keinen Akt veröffentlicht.

Wir haben nicht den mindesten Grund, das zu bedauern und einen derartigen Akt zu wünschen. Wir hegen die feste Hoffnung, daß die Russen nicht zu uns zurückkehren und über unsere Geschicke nicht entscheiden werden. Und wenn wir an dieser Stelle die Geschichte jener nicht zustandegekommenen Autonomie sowie das ihr vorangegangene Verhältnis Rußlands zu unseren nationalen Wünschen in Erinnerung bringen, so geschieht es einzig darum, um den Lesern den bösen Willen dieses Rußlands ins Bewußtsein zu rufen, welches der grundsätzliche Feind unserer Unabhängigkeit ist und sich der Lösung der Autonomie gegenwärtig dazu bedient, um die Polen zu bedrücken, um sie aus dem einzigen Wege herauszudrängen, der zur nationalen Wiedergeburt führt. Nicht mit Rußland, sondern gegen Rußland können wir die staatliche Existenz sowie die Bedingung für eine weitere Entwicklung wiedergewinnen. Diese Lehre haben wir aus den mehr als hundertjährigen Erfahrungen davongetragen, und wir haben sie nochmals festgestellt im Laufe des gegenwärtigen Krieges.“

Aus Nr. 13 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 16. September 1916.

In einem

„Politische Erwägungen“

betitelt Artikel lautet der Schluß:

„Als ein bedeutungsvolles Moment betrachten wir die letzte Rede des deutschen Reichskanzlers. Er hat klar und bestimmt hervorgehoben, daß die polnische Frage auf die Tagesordnung gekommen sei, daß die Polen in Übereinstimmung mit den Interessen der euro-

päischen Mittelmächte nicht mehr unter die Herrschaft Rußlands zurückgelangen würden.

Diese historischen Worte fanden dann ihr ergänzendes und bestätigendes Echo im ungarischen Landtage, aber zum ersten Mal erklangen sie, untrüglich nach tiefer Erwägung, nach nüchterner und allseitiger Würdigung der europäischen Lage, in Berlin. Die feierliche Ankündigung einer entschiedenen Rückkehr zu der alten „traditionellen“ Politik war das Ergebnis einer gründlichen unumgänglichen Revision der wichtigsten Probleme der europäischen Politik im Osten, einer Revision, welche inmitten des Krieges in dem Feuer des Kampfes, inmitten der Erfahrungen der letzten blutigen Zeit, im vollen Bewußtsein der Verantwortung gegenüber der eigenen Nation und gegenüber der Zukunft erfolgte.

Auf die Worte sollen Taten folgen. Eben zieht sich der Saum des Vorhanges diskret zurück, und das Licht dringt in die Finsternis. Jene Worte erhellen noch nicht klar die künftigen Bahnen unseres Lebens; aber wir begrüßen sie mit Hoffnung und Zuversicht in der Überzeugung, daß das bewußte Vorstücken der Ziele der Politik im Osten, wie dies in der denkwürdigen Rede des Kanzlers geschehen ist, in unausbleiblicher Folge eine mit den Interessen der Mittelmächte übereinstimmende Lösung der polnischen Frage heischt, aber unter vollem Verstehen und Anerkennen der Hauptbedingungen des Lebens und der staatlichen Existenz der Nation.“

Aus Nr. 101 des Kraj (Posen)
vom 17. September 1916.

Um den polnischen Staat.

Die wichtigste politische Sache der gegenwärtigen Zeit ist für unsere Nation die Erlangung der selbständigen politischen Existenz — eines polnischen Staats.

Alle Teilgebietsfragen treten gegenüber dieser Sache in den Hintergrund.

Jedes unserer Teilgebiete im Bereiche der Mittelmächte muß seine Forderungen den Erfordernissen des Augenblicks unterordnen, die um diese unsere wichtigste Sache herum aufstauen: Die Bildung eines polnischen Staats aus den Rußland abgenommenen polnischen Landen.

Auf jedem unserer Teilgebiete lastet die Pflicht der aktiven Mitarbeit nach der Richtung der Bildung eines polnischen Staats hin. Niemand darf sich dabei von Egoismus, Eigennutz leiten lassen, sondern er muß seine Kräfte und seine Mittel opfern zu Zwecken der Entstehung eines polnischen Staates.

Diese Arbeit können natürlich nicht alle sofort ausführen, obgleich sie die rühmlichste ist.

Es verbleiben somit genügend Arbeiter und nationale Energie für die innere Arbeit, für die fürwahr riesigen Aufgaben der Erhaltung und Festigung der bedrohten Grundlagen der wirtschaftlichen und kulturellen Kraft der Nation.

Man muß nur eins tun und das andere nicht lassen.

Eine Politik der Passivität ist verderblich. Ohne Arbeit wird uns nichts vom politischen Himmel herabfallen.

Das Oberste Nationalkomitee als politische Organisation der verschieden gesinnten galizischen Elemente ist in Österreich und im österreichischen Okkupationsgebiet am Werke. Naturgemäß hat es eine polnische Orientierung mit Anlehnung an Österreich bzw. an die Mittelmächte.

Die Verschiedenheit der Anschauungen führt natürlich zu Unterschieden in den Meinungen und zu Reibungen, aus welchen, wie in der politischen Arbeit und im

alltäglichen Leben üblich, ein Kompromiß der Ausweg ist. Das Aufbauschen von Meinungsverschiedenheiten zeugt unter solchen Verhältnissen von einem unzulänglichen Verstehen der Wichtigkeit des Augenblicks und von einer geringen politischen Ausbildung. Darüber freuen sich leider die „neutralen“, „passiven“ Elemente, die großen Leute zu kleinen Geschäften. Statt die Verschiedenheit der Strömungen zu bedauern und zu ihrer Konsolidierung beizutragen, schlagen sie aus dieser Erscheinung, die sich doch aus unseren Verhältnissen erklärt, Kapital, — sie schlagen Kapital für sich, für ihre politischen Anschauungen. Wären sie tatsächlich politisch klüger, wie sie sagen, dann dürften sie sogar auf Angriffe von jener Seite her nicht achten, sondern sie müßten das Ihre tun: die Hauptenergie der Nation der inneren Arbeit zuehren. Das wäre eine Arbeitsteilung nach innen und nach außen hin.

Gegen ein Sichengagieren der Volksgemeinschaft schon für heut kann nur ein Politiker ohne Energie, ohne Leben sein. Es gibt unseres Erachtens keine allgemeine Ungewißheit der internationalen Lage. Man kann die Verhältnisse einigermaßen berechnen.

Wer darauf warten will, bis die Verhältnisse einigermaßen gefestigt sein werden, den kann man z. B. mit einem Spekulanten vergleichen, der einem erwünschten Gesellschafter die Bereitschaft, an einem riskanten Geschäft teilzunehmen, erst für dann in Aussicht stellt, wenn das Geschäft schon ganz perfekt sein und nur noch die „Arbeit“ an der Festsetzung der großen Gewinne übrig bleiben werde. In der kaufmännischen Welt werden solche „Spekulanten“ nicht zugelassen. In der Politik sind sie auch nicht üblich.

Im Königreich Polen — nicht nur im deutschen Okkupationsgebiet — arbeiten bekanntlich gewisse Organisationen für die Bildung eines polnischen Staats unter Anlehnung an Deutschland. Diese Bewegung ist im Wachsen begriffen. Mit Bezug auf sie kann man ihren Gegnern, den „neutralen“, „passiven“, dieselbe „klügere“ Taktik empfehlen, wie wir sie ihnen mit Bezug auf das Oberste Nationalkomitee empfohlen haben. Aber leider wird es schwer sein, diese „klügere“ Taktik zu erleben, wenn man gewisse Vorgänge in Warschau erwägt, über die wir ständig berichten.

Es scheint uns jedoch, daß es sich nicht mehr sehr verlohnt, auf diese oder jene Taktik der nationaldemokratischen Gegenseite zu achten, die man außerhalb des Königreichs Polen gegen den Vorwurf der Rußenfreundschaft verteidigt, während ihr Handeln auf dem Boden des Königreichs von etwas anderem zeugt.

Die Verteidiger der Nationaldemokratie des Königreichs rechnen — wie man feststellen muß — ihre Gruppe und deren Anhänger nicht zu den Unabhängigkeitsparteilern, welche eine „reine“ Unabhängigkeit, nämlich nach allen drei Fronten hin, verkünden.

Im Lager der „Tat“ gibt es naturgemäß Reibungen, Konflikte, Meinungsverschiedenheiten, ja sogar Taten. Das hat denn das politische Leben nun einmal an sich, daß es nicht friedlich dahinfließt. In jeder Ansammlung von tätigen Leuten wird es Unterschiede der Meinungen und des Handelns geben. Nur Schlaf, Todesstarre bieten ein gleichmäßiges Bild, aber der Schlaf verwandelt sich in Schlassucht — und diese führt zum Tode, zum Verderben.

Die Meinungsverschiedenheiten im „aktiven“ Lager sind nicht so tiefe, wie es die nationaldemokratische Presse hinstellt. Eine allgemeine Unordnung und Zersplitterung gibt es dort nicht. Die von Tag zu Tag wachsende politische Reife wird die Unterschiede gewiß ausgleichen. Ein gewisser Unterschied in der Taktik wird bleiben und ist manchmal erforderlich.

Die Mehrheit der Volksgemeinschaft befindet sich nicht im gegnerischen Lager. Ein Beweis hierfür ist, wenn auch nur die Warschauer Stadtvertretung, die ausdrücklich eine russenfeindliche Front eingenommen hat. Ein Beweis sind ferner die Manifestationsumzüge vom 3. Mai 1916 und die verschiedenen Feiern, an denen Hunderttausende der polnischen Bevölkerung teilgenommen haben, ein Beweis sind schließlich die tausendköpfigen Volksversammlungen, die Aufrufe von Organisationen usw., von denen wir berichtet haben.

„Handeln“ ist notwendig. Mit einer Politik der „Passivität“ werden wir es zu nichts bringen.

Aus Nr. 18 des Kupiec (Posen)

vom 16. September 1916.

Das Blatt beschäftigt sich mit der Frage der „realen“ Politik und schreibt u. a. folgendes:

Wir haben uns überzeugt, daß die innere Politik der gegebenen Volksgesamtheit durchaus „reale“ Politik sein muß.

Diese Meinung muß auch im Verhältnis stehen zu der sogenannten äußeren Politik.

Das soziale Leben der Völker, in ein Ganzes gefaßt, spielt sich in denselben Bahnen ab, wie das Leben eines jeden einzelnen Volkes im besonderen, mit dem einzigen Unterschiede, daß diese Wege bedeutend länger und breiter sind und daß die Faktoren des internationalen Lebens gewöhnlich größeren Einfluß auf die Normierung des inneren sozialen Lebens der nationalen Individuen besitzen.

Der jetzt über fast ganz Europa wütende Krieg hat einen besonderen Einfluß auf die Gestaltung unserer nationalen Verhältnisse ausgeübt. Geteilt unter die Teilungsmächte, waren wir bis vor kurzem gewissermaßen drei geteilte Volksgesamtheiten, die unter verschiedenen sozialen und politischen Verhältnissen gelebt haben. Die Verschiebung der Kampffront zugunsten der Zentralmächte hat diese Verhältnisse verändert. Der zwischen uns und unseren Brüdern im Königreich bestehende Verteidigungswall ist gefallen, und die Notwendigkeit hat es dazu geführt, daß die polnische Frage aktuell geworden ist und daß man daran gehen mußte, eine Art zu finden, sie zu lösen. Das ist für uns ein sehr wichtiger geschichtlicher Augenblick. Noch ist zwar der Kanonendonner nicht verstummt, noch immer kämpfen Millionen-Heere von Gegnern um die Siegespalme, und doch können wir schon heute mit Ruhe feststellen, daß die Neugestaltung der europäischen Verhältnisse auch unserem schwer betroffenen Volke notgedrungen das Maß von Gerechtigkeit geben muß, die zu verlangen wir das Recht haben.

Denken wir nur immer daran, daß die Politik die „Kunst der Möglichkeit“ ist, daß das politische Leben für gewöhnlich die einseitigen Forderungen nicht völlig erfüllt, daß es nicht nach gemachten Sympathien und Antipathien fragt, daß in der Politik heute häufig Bundesgenosse der ist, der noch vor kurzem Gegner war.

Von diesem Gesichtspunkte aus müssen wir die Sache anschauen, in dieser Weise müssen wir die durch die neue Situation geschaffenen Faktoren abschätzen, auf diesem allgemein gezeichneten Wege müssen wir an der Besserung unserer Zukunft arbeiten.

Aus Nr. 15 der Gazeta Narodowa (Posen)

vom 18. September 1916.

Um die nationale Einigkeit.

Wir stehen vor der bedeutungsvollen Aufgabe, uns die zurückgelegten und künftigen Wege ins Bewußtsein zu rufen, die eigenen Mißverständnisse und

die fremden Anklagen kennen zu lernen. Zwar gab es auch in unserem Hause selbst schmerzliche Klagen und Beschwerden der einen über die anderen. Dieses Haus ist zerfallen unter dem Andrang heftiger Ereignisse. Die Fundamente blieben unangetastet, aber jeder der drei Teile mußte besonders und inmitten durchaus verschiedener Bedingungen sich einrichten, inmitten fremder Einflüsse sich bilden oder sich verbilden. Die Einheit der Nation, die innere Einheit war bedroht. Zum Glück erhielt sich die geschichtliche Tradition, aufgefrischt durch blutige Opfer; die gleiche Quelle dichterischer Begeisterungen sprudelte für alle; aber ungeachtet dessen drangen in die Seele, vielmehr, durchdrangen sie unbemerkt und verräterisch fremde Elemente. Schließlich konnte es scheinen, daß wir fremden Welten angehörten. Die politischen Methoden schlugen sich leider schädlich auf der grundsätzlichen nationalen Orientierung nieder. Es gab einen Augenblick, in welchem z. B. die galizischen mit den Warschauer Realisten einverstanden waren, indem sie unter die Parole der politischen Rückkehr, des sogenannten „Ausgleichs“ traten. Vielleicht war das angezeigt durch die harte Notwendigkeit; aber heute erweist es sich, daß diese durch den Moment diktierte Methode das gleichmäßige Nationalbewußtsein schwächte und schädigte. Die Methode schadete den grundsätzlichen Zielen. Wir traten in den größten Sturm ein ohne einmütigen Gedanken, ohne Verständigung, ja sogar ohne uns zu verstehen. Und es gab keine Einigkeit in den Hauptfragen, als alle Nationen in den tödlichen Kampf eintraten, wie geschlossene Lager mit entschiedener Front, wie der Tagesbefehl eines Oberfeldherrn. Die Wogen, die unsere Lande überfluteten, vorwärts drangen und wieder zurückwogten, warfen das erschütterte Schiff und das nationale Denken hin und her.

Nach zwei Jahren schmerzlicher Opfer und sehr empfindlicher Verluste angesichts des Ernstes des Augenblicks, angesichts der Majestät unserer Sache, angesichts einer immer mehr drängenden Zukunft ist es Zeit, in sich zu gehen, sich einander zu nähern; ist es Zeit, zur Verständigung zu gelangen.

Wir wollen die grundsätzlichen Linien fest vorzeichnen. Von der Voraussetzung ausgehend, daß das Zurückwerfen Rußlands nach Osten eine glückliche Tatsache ist, wollen wir eifrig danach streben, daß diese Woge, die beim Zurückfluten unsere Fluren verwüstete, niemals mehr wiederkehre. Das Sengen und Zerstören, welches in Rußland während des Rückzuges im Jahre 1812 geübt wurde, war ein feindseliger Akt im Jahre 1915 in einem dicht bevölkerten Lande mit hohem, kulturellem Niveau, mit einem bedeutenden historischen Erwerb. Jedoch bestärken uns nicht nur diese momentanen Handlungen während des Krieges in unserer Überzeugung; wir berufen uns auf die ganze Vergangenheit, auf das Wirken im Frieden, auf ein ganzes Jahrhundert, auf zwei Jahrhunderte des Verhältnisses Polens zu Rußland. In Augenblicken der Spannung rief auch unsere Hitzigkeit Ausbrüche hervor; aber die Ursache des geschichtlichen Konflikts, der Bedrückung einerseits und des Leidens andererseits, steckt tiefer und sehr tief in grundsätzlichen Gegensätzen. Die Gemeinsamkeit der Rasse vermochte sie nicht zu mildern; denn auf den höheren Sprossen der Kultur und der Entwicklung bedeutet die Rasse immer weniger in dem Maße, wie sich die nationalen Individualitäten kristallisieren. Wir haben das Recht und die Pflicht, zu existieren, und wir sind eine Nation. Das Zusammenleben unserer Nation mit dem großen, slawischen, panslawistischen Imperium in einer schmerz- und enttäuschungsvollen Vergangenheit kann uns bezüglich der Zukunft nicht beruhigen. Eine Autonomie, als innerer Akt betrachtet, bietet nicht die Bürgschaft für die nationale und politische Entwicklung. Und wir wissen auch aus

der Interpretation des Wiener Kongresses, was die Intervention oder die Garantie fremder, ferner Mächte bedeutet, die für ihre unmittelbaren Angelegenheiten sorgen. An dem noch von dichten Wolken bedeckten Horizont leuchtete die Idee auf, die der Gipfel der Bestrebungen jeder Nation, das Maß und die Blüte seiner Lebenskraft und politischen Reife ist. Kleine Nationen sind auf der Schale von Ereignissen von Gewicht, und wir gehören zu den größeren Nationen. In Europa stehen wir an siebenter Stelle, und niemand wird uns von ihr fortstoßen. Welche Gestalt die Idee der staatlichen Existenz annehmen wird, das ist heut noch schwer zu sagen. Es gilt, die Lage klug und nüchtern zu erwägen.

Neuerdings ist in Warschau im Zusammenhang mit den Ereignissen der Gedanke angeregt worden, sich für die Verwaltung vorzubereiten, um zu jeder Zeit Kräfte bereit zu haben, um der Aufgabe gerecht werden zu können. Aber vor allem arbeiten wir an der inneren Konsolidierung, an der Fassung und Kristallisierung des politischen Leitgedankens. Und diesem Werke des Zusammenscharens der nationalen Kräfte darf sich niemand entziehen. Unserer Generation ist eine bedeutungsvolle Rolle zugefallen; wir tragen eine große Verantwortung. Das Geschick der Nation liegt auf der Wagschale und wird sich für lange, vielleicht für Jahrhunderte, für eine Reihe künftiger Generationen entscheiden, die uns segnen oder verfluchen werden, wenn auf die Nachkommen die Last unserer eigenen Fehler und Verschuldungen fallen sollte.

Aus Nr. 2 des Dom Polski, Wochenbeilage der
Gazeta Narodowa (Posen)
vom 17. September 1916.

Im nationalen Dienste.

Es kann nichts Fröhlicheres geben als das Bewußtsein, daß man Soldat des vaterländischen Zeichens ist. Es kann nichts Rühmlicheres geben, als das gerechtfertigte und stolze Gefühl, daß man seine Soldatenpflicht aufs Beste, aufs Würdigste erfüllt habe.

Und zu jenem Dienste sind immer alle Söhne eines jeden Landes berufen, und sie alle können jenen Gipfel der inneren Freude erreichen.

Denn es ist ganz gleich, um welches Zeichen es sich handelt, wenn nur der Weg der Liebe den Soldaten dem einen Ziele zuführt: Dem Vaterlande.

Waffe ist der von den Vätern als Erbe erhaltene Säbel, der wieder im frischen Blut gebadet wird; aber Waffe ist auch die Feder — und der Schriftsteller Soldat. Es ist das vielleicht ein mühevollerer und schwierigerer Dienst, als der mit der Waffe — und wenngleich er in den Folgen dauernder ist, so zieht er manchmal schmerzlichere Furchen, als die nach einer blutigen Wunde zurückgebliebene Narbe.

Zeichen kann gewiß eine Garbe Ähren sein, Hammer und Kelle oder der Merkurstab; aber möge auf jedem von ihnen seine Flügel der weiße Adler entfalten — und mögen seine Flügel die Scharen der Arbeiter lenken.

Ein bedeutender Mann in der Nation hat gesagt, daß der Patriotismus nicht aus der Liebe zum Boden, sondern aus der Liebe zu Gott entspringen solle. Darum müssen wir jede Arbeit für die bessere Zukunft des Landes auf die Grundsätze des Glaubens und ihren einzigen sichtbaren Ausdruck: die katholische Kirche — stützen.

Wir folgen nämlich den Spuren der Väter, die mit dem Liede an die Gottes Mutter auf den Lippen kämpften und siegten, den Spuren derer, deren Begeisterung und Kraft Gott war, den Spuren derer endlich, die fähig wären, die Kuppel der heiligen Peterskirche auf den eigenen Säbeln emporzurichten, wenn sie einstürzen könnte. (Krasinski).

Diese Liebe ist das Synonym des Opfers und die Fähigkeit, sich stufenweise immer höher aufzuschwingen bis auf das Niveau des ausgewählten Ideals. Je höher das Ideal ist, desto weiter ist der Weg, aber desto süßer das Opfer und desto teurer die Mühe.

Gott hat uns als Nation geschaffen; mit seinem Willen schlagen unsere Herzen im Takt des Hymnus, der in dem Choral von tausendjährigen Kämpfen und Triumphen, von Fall und Hoffnungen, mit dem Tau der Tränen und mit dem Dampf des Blutes gen Himmel steigt: Für das Vaterland — für das Vaterland.

„So weit Ihr eure Seele bessern werdet, insoweit werdet Ihr eure Rechte und eure Grenzen erweitern“, sagte Mickiewicz. Diesem Programm getreu sein, das hieße den nationalen Dienst gut erfüllen. Die Seele bessern, das bedeutet, sie heben und alles tun, was die moralischen Kräfte der Nation vermehren kann über die Kultur des Geistes und Verstandes hinaus. Wenn man sich dessen bewußt geworden ist, daß Zivilisation und Kultur besondere Angelegenheiten sind, so muß man nach Kräften auf dem Gebiete der Mehrung des Nationalgefühls handeln, damit die Allgemeinheit und der Einzelne sich als eine Kette und ein Kettenglied fühlen, welches haltbar, untrüglich, fest, schon selbständig und doch den Interessen der Allgemeinheit untergeordnet ist.

Wir müssen erfahren und schließlich dessen gewiß sein, daß wir aufgehört haben, jenem Wurme ähnlich zu sein, der den Kopf nur dann erhebt, wenn man ihn tritt, sondern daß wir immer, sowohl im alltäglichen Leben, als auch in großen geschichtlichen Momenten ein besonderes, eigenes und sehr üppiges Leben leben. Wir streben danach, zu erkennen, daß selbst die Blumen des Vaterlandes am schönsten duften, was bedeutet, daß jeder von uns den Landesteil als sein engeres Vaterland betrachtet, in dem er geboren wurde. Vor allem sind wir Polen — und wir setzen das Interesse Polens über das Teilgebiets-, Standes- oder Partei-Interesse.

„Macht nicht Unterschiede unter einander, indem Ihr saget: Ich bin vom alten Dienste, und Du vom neuen; ich war Aufständischer, Du aber bist Soldat; ich bin Litauer, und Du Masur. Der Litauer und der Masur sind Brüder; zanken sich denn Brüder darum, weil der eine Mladislaus und der andere Witold heißt? Ihr einziger Name ist „Pole“. (Mickiewicz, Bücher der Nation.)

Es gibt Dienste verschiedener Art, aber jeder ist Arbeit und als solche achtungswert. Nicht minder achtungswert ist ein Arbeiter, der einen guten Kampf kämpft, und im Namen dessen, was er glaubt und wovon er überzeugt ist, einem großen Ziele nachstrebt. Soviel Menschen, soviel Arten des Denkens und so viele Wege, die scheinbar auseinanderlaufen. Aber sie treffen alle in einem Knotenpunkt zusammen, dessen Name die bessere Zukunft des Vaterlandes ist. Und eben für dieses gemeinsame Ziel arbeitet seit langem unser Landesteil, und er baut die Fundamente einer — so Gott will — nahen Unabhängigkeit. Da jedoch die geschichtlichen Krisen neue Bedingungen der Existenz schaffen und geradezu Umstürze hervorrufen in Richtungen und in Strömungen, gleichzeitig neue Mittel des Handelns auf einer neuen Plattform der Auffassungen heischend, nehmen wir unsere Arbeit in der Überzeugung auf, daß redliche Absicht und reine Intention für sich selbst sprechen und die rechten Wege finden werden.

Aus Nr. 13 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 16. September 1916.

In einem „Hilfe für die Kriegsinvaliden“, betitelten Artikel lautet der Schluß:

„Eine ideale Lösung der Angelegenheit ist die Ansiedlung der Invaliden auf ihrem eigenen Stückchen Land. Das verleiht ihnen Unabhängigkeit, also eine große innere Befriedigung, ist ihnen eine Belohnung für die im Interesse der Allgemeinheit eingeübte Gesundheit, — und der Allgemeinheit gewährt sie die Vorteile, welche die innere Kolonisation begleiten. Aber eine schwache Seite einer solchen Sicherung einer ruhigen Zukunft für die Invaliden ist die Notwendigkeit der von jeder Ansiedlung untrennbaren Investierung von Kapitalien. Das Kapital muß in jedem Ansiedlungsfalle bedeutend und unkündbar sein. Die Invaliden, besonders die polnischen, verfügen über dasselbe nur in Ausnahmefällen. Wir wissen, daß gegenüber den ausgedienten polnischen Soldaten der § 13 b des Ansiedlungsgesetzes nicht angewendet werden wird, aber das gibt ihnen nur die formelle Möglichkeit, ein Stück Land zu erwerben. Man muß ihnen die materiellen Mittel liefern, wenn sie einen wirklichen Nutzen aus der Befreiung von den Folgen des § 13 b haben sollen.

Es ist aus diesem Grunde sehr erwünscht, daß die Invaliden überhaupt und die polnischen im Besonderen eine Geldbeihilfe aus den öffentlichen Fonds erhalten, sobald sie Lust zeigen, sich auf dem Lande niederzulassen. Wir meinen, daß sich mit dieser Sache die Provinzialbehörden befassen sollten, denen der Staat für diesen Zweck Mittel gewähren würde.

Wir brauchen nicht hinzuzufügen, daß unsere Volksgemeinschaft einen solchen Schritt mit Freude begrüßen würde.

Aus Nr. 211 des Dziennik Kujawski (Hohensalza)
vom 13. September 1916.

In der Sonntagsnummer brachten wir die Notiz, daß es in dem Bromberger Postdirektionsbezirke gestattet sei, bei Ferngesprächen durch das Telephon polnisch zu sprechen. Wir hatten unsere Notiz auf eine Nachricht gestützt, die uns hier durch das Fernamt gegeben wurde. Wir haben somit aus der uns gegebenen Freiheit selbst Nutzen gezogen. Erst am Montag bereitete uns ein Amt, nicht das hiesige, Schwierigkeiten, als wir ein Ferngespräch angemeldet hatten; wir machten es auf unsere Information durch das hiesige Amt aufmerksam. Um jedoch völlig sicher zu gehen, wandten wir uns noch einmal an das hiesige Amt, woselbst man uns die erste Information bestätigte und bemerkte, daß das Amt, welches uns Schwierigkeiten bereite, augenscheinlich noch keine entsprechende Vorschrift erhalten habe.

Die Sache schien damit erledigt zu sein. In der Mittagstunde aber teilt uns dasselbe Amt mit, daß seine ersten Informationen nicht genau gewesen seien, daß es überhaupt keine Änderungen gebe, d. h. daß bei Ferngesprächen die polnische Sprache auch fernerhin nicht zugelassen sei, daß sie dagegen bei allen Ortsgesprächen gebraucht werden könne (das ist für uns keine Neuigkeit). Wir waren nicht mehr in der Lage, diese Nachrichten gestern noch kundzugeben, und zwar deshalb nicht, weil wir uns in Bromberg informieren wollten. Dasselbst teilte man uns vom Telegraphenaufsichtsamt mit, daß eine Vorschrift, welche das Verbot der polnischen Sprache bei Ferngesprächen aufhebe, nicht bekannt sei.

Aus obigem ist zu ersehen, daß man auch fernerhin bei Ferngesprächen nicht polnisch sprechen kann. Beim hiesigen Amte, das uns anfänglich eine irrtümliche Information erteilte, erklärte man sich das Vorkommnis durch eine unzulängliche Auffassung der Verfügung, die sich in dieser Angelegenheit vor kurzem gezeigt hat.

Damit wäre die Angelegenheit erledigt. Wir bedauern es aufrichtig, daß wir leider die erste Nachricht

widerrufen müssen, das um so mehr, als sie von breiten Kreisen mit aufrichtiger Befriedigung und Freude aufgenommen worden ist, und zwar eingedenk dessen, wieviel Schwierigkeiten oft in den Weg treten, wenn man sich richtig in der deutschen Sprache unterhalten will.

Vielleicht ziehen die Aufsichtsbehörden aus der Tatsache, daß die Aufhebung des Verbots in den Kreisen der polnischen Bevölkerung mit Freuden begrüßt worden ist, den Schluß, daß jene Anordnung zurückgenommen wird, insbesondere deshalb, weil ja militärische Rücksichten jetzt nicht mehr die Bedeutung haben werden, wie am Anfange des Krieges und in den ersten Kriegsmonaten.

Aus Nr. 154 des Swit (Posen)
vom 1. September 1916.

Einige Betrachtungen in Sachen der Jugend.

Unter vorstehender Überschrift schreibt das Blatt u. a. folgendes:

Wäre es nicht eine Lüge, zu behaupten, daß wir das Vaterland über alles lieben, wenn wir nicht einen Finger anrühren wollten, um unsere Jugend zu retten, von deren Tüchtigkeit die Zukunft des Vaterlandes abhängt? Wer nach der Wiedergeburt unserer Jugend trachtet, der möge nach Kräften die Hand ans Werk legen und dafür sorgen, daß unsere polnische Jugend nicht dahinginge wie blind und taub und von der schönen Gotteswelt nichts wüßte. Jeder von uns kann diese Aufgabe entsprechend seinen Fähigkeiten im geringeren oder größeren Umfange erfüllen. Diese Arbeit erleichtern uns die vielfachen Vereine, die ausschließlich für die Jugend gegründet worden sind, oder die sich mit der Arbeit an der Erziehung der Jugend befassen. Warum aber werden diese Organisationen von der Volksgesamtheit so wenig unterstützt? Wer ist denn schuld daran, daß in den Versammlungen des Enthaltensamkeitsvereins „Wyżwolenie“ manchmal so wenige junge Leute zu sehen sind? Warum geht denn die Jugend nicht so scharenweise, als sie es tun sollte, in die Lehrlings-, Jünglings- und Skautvereine?

Es ist wohl möglich, daß die politischen Verhältnisse unsere Arbeit erschweren. Die größte Schuld liegt aber ohne Zweifel an uns, weil wir nicht genügend für die Entwicklung dieser Vereine sorgen, weil wir nicht eifrig genug die Jugend anregen, in die Vereine einzutreten und ihre Pflichten gegenüber den Vereinen zu erfüllen. Es ist ein nicht gut zu machender Schaden und unsere große Schuld, daß es nicht so ist, wie es sein sollte. Denn manche dieser Organisationen sind geradezu ideal, sie sind wie geschaffen, um die Krankheiten unseres Jünglingsalters zu heilen.

Der Krieg hat so manchem von uns die Augen darüber geöffnet, wie tiefe Wurzeln das Böse unter unserer Jugend gefaßt hat. Wenn wir nun wissen, daß jeder von uns etwas tun kann, um das Böse auszurotten oder es zu verringern, so befiehlt uns die Sorge um die Zukunft unseres Vaterlandes, daß wir das erfüllen, was in unserer Macht steht und dafür sorgen, daß die Jugend besser und edler wird.

Der große polnische Denker und Vaterlandsverehrer Stanislaus Szczepanowski sagte, daß man in Polen 2 mal so viel Anfechtung zum Bösen antreffen könne, als Anregung zum Guten. Wenn wir die Vaterlandsliebe nicht durch Worte, sondern durch Taten beweisen wollen, dann müssen wir auch alle nach Kräften arbeiten, damit es umgekehrt wäre, damit es für die Jugend 2 mal soviel Anregung zum Guten gäbe, als Anfechtung zum Bösen.

Aus Nr. 210 des Dziennik poznański (Posen)
vom 14. September 1916.

Die landschaftlichen Genossenschaften.

Die auf vielen Wirtschaften und Vorwerken lastenden unbequemen, kurzfristigen und hochverzinsbaren Hypotheken, welche überdies die Zahlung eines Damnos im Falle der Nichtinnehaltung der schwierigen Bedingungen voraussehen, haben die Besitzer so oftmals in eine kritische Lage versetzt. In ihrer Ratlosigkeit flüchteten sie zu Agenten, die vor allem ihren eigenen Vorteil im Auge hatten, die Bauern sehr oft ausnützten und sie in noch größeren Kummer versetzten. Diese gewissenlose Ausbeutung trat von derselben Seite her in hohem Grade auch beim Landverkauf, sei es im ganzen oder in Parzellen zutage. Aus dem einen wie aus dem anderen Grunde erwies sich die Notwendigkeit, Institute zu schaffen, die sich in einer redlichen Weise mit der Vermittlung befassen würden.

Die erste in der Reihe solcher Organisationen war die 1890 in Posen gegründete landschaftliche Genossenschaft (Spółka ziemska). Ihr folgten andere, indem sie außer der Regulierung der Hypotheken und der Vermittlung bei Verkäufen von kleineren und größeren Besitzungen auch die Finanzierung von Bodenparzellierungen in das Bereich ihrer Tätigkeit zogen. Das ungewöhnliche Steigen der Grundstückspreise, welches durch die energische Tätigkeit der am 26. April 1886 mit einem ungeheuren Kapital entstandenen Ansiedlungskommission und anderer, in demselben Geiste operierender Institute veranlaßt wurde, hat ganze Schwärme von Agenten hervorgerufen, welche nach leichtem Gewinn düsterten. Das Häuflein unserer damaligen landschaftlichen oder Parzellierungsgenossenschaften war nicht in der Lage, in ausreichendem Maße und erfolgreich genug dem entgegen zu wirken. Die Verbandstage der Erwerbsgenossenschaften beschäftigten sich verschiedene Male in ihren Versammlungen mit dieser Frage und erkannten die Notwendigkeit der Vergrößerung der Zahl dieser Institute an. Dieser Ansicht gab der im September 1910 abgehaltene Verbandstag Ausdruck, indem er folgende Resolution annahm: „Der Verbandstag betont erneut, daß er das Bestehen von landschaftlichen Genossenschaften für notwendig erachtet, welche den Landhandel korrekt lenken, die Käufer und Verkäufer vor Wucher und Ausbeutung schützen, beim Kauf und Verkauf ehrlich vermitteln und die Hypotheken der kleinen Besitzer regulieren würden. Die Volksgemeinschaft mußte sich darum bemühen, daß in jedem Kreise eine solche landschaftliche Genossenschaft bestehe, die auf diesen Grundstücken in ihrem Bezirk arbeiten würde.“ Die Volksgemeinschaft hat die Notwendigkeit begriffen; aber die sich türmenden Schwierigkeiten bewirkten, daß wir auf dem ganzen Gebiete Posen und Westpreußens bis zum Jahre 1912 nur 24 solche Genossenschaften gründen konnten. Nach ihrem Sitz und ihrer Firma sind es folgende: 1. Gnesen, landschaftliche Bank, 2. Gollantsch, landschaftliche Genossenschaft, 3. Hohenjalza, landschaftliche Genossenschaft, 4. Krone a. Br., landschaftliche Bank, 5. Koften, Parzellierungsbank, 6. Berent, Parzellierungsgenossenschaft, 7. Löbau, Parzellierungs-Genossenschaft, 8. Lobjens, landschaftliche Bank, 9. Görchen, Gleba, 10. Mogilno, Parzellierungs-Genossenschaft, 11. Ołobok, Parzellierungs-Genossenschaft, 12. Ostrowo, Parzellierungs-Genossenschaft, 13. Punitz, Parzellierungs-Genossenschaft, 14. Posen, Parz.-Bank, 15. Posen, Parzellierungs-Genossenschaft der Landwirte, 16. Posen, Parz.-Genossenschaft, 17. Posen, Bund der Landwirte, 18. Priment, Parz.-Bank, 19. Schrimm, Parz.-Bank, 20. Schweg, landschaftliche Genossenschaft, 21. Tuschel, landschaftliche Genossenschaft, 22. Neustadt i. W., Kupiec, 23. Breschen, landschaftliche Genossenschaft, 24. Flatow, Parz.-Bank.

Von diesen Genossenschaften, von denen eine bedeutende Zahl den Bauern und durch sie der Volksgemeinschaft große Verdienste geleistet hat, hörten bis zum Schluß des Jahres 1915 acht in der durch die Satzungen ursprünglich vorgeschriebenen Richtung zu arbeiten auf, indem sie sich entweder in Kreditinstitute umwandelten oder in Konkurs oder Liquidation versetzten. Hier ihre Namen: Posen, Parzellierungsgenossenschaft der Landwirte, heute Kreditbank, Ołobok, l. Gen., Krone a. Br., landschaftliche Bank, heute Kreditbank, Mogilno, l. G. Berent, l. G. Flatow, Parz.-B., heute Volksbank in Zakrzewo, Gnesen, l. B. Gollantsch, Parz.-Gen.

Es ist wahr, daß das Gesetz vom 10. August 1914, welches den Ausbau einer Ansiedlung von der Genehmigung des Regierungspräsidenten abhängig machte, und das Gesetz vom 28. Mai 1913, das die Stärkung des Deutschtums im Auge hat, die Tätigkeit der landschaftlichen Genossenschaften stark knebelten und einengten, aber trotzdem blieb ihnen ein genügend weites Tätigkeitsgebiet. Es blieb ihnen noch die Möglichkeit, Grundstücke ohne Aufteilung zu erwerben und zu verkaufen, Grundstücke unter Adjazenten zu parzellieren, bei den Hypothekenregulierungen mit Hilfe zu dienen und bei sämtlichen Transaktionen mit landwirtschaftlichen Grundstücken zu vermitteln. Nach dem Kriege wird in dieser Beziehung viel mehr Arbeit sein; überall, wo unsere Institute sie nicht übernehmen werden, werden Agenten an der Arbeit sein. Die Hypotheken werden private Spekulanten und Banken regulieren, welche in dem zweiten Teil des Grundbuches sich das Vorkaufsrecht und eine Rente sichern und der Besitzung den Charakter eines sogenannten „Anerbengutes“ geben werden. Das Vorkaufsrecht wird — wie bekannt — dann in Ausführung treten, wenn das Grundstück im ganzen oder teilweise auf dem Wege des Verkaufs oder sogar des Erbfalls in den Besitz einer Person übergehen sollte, die den Bedingungen des Gesetzes vom 26. April 1886 nicht entspräche. Es wird auch in Ausführung treten, wenn der Besitzer die Bedingungen des Vertrages nicht erfüllen wird.

Es wird weiter ein ungesunder Landhandel getrieben werden, und das Volk wird die heimatischen Gegenden verlassen, um in der Fremde Brot zu suchen.

Der gegenwärtige Krieg ist der Entwicklung der landschaftlichen Genossenschaften nicht günstig, da die Transaktionen mit Land aufhörten, da in der Durchführung und in der Beendigung früherer sowie in der Einleitung neuer Geschäfte Schwierigkeiten erwachsen. Viele Erwerber von Parzellen sind, trotz der für die Landwirtschaft günstigen Bedingungen, mit den Raten- und Zinszahlungen im Rückstande; aber ebensolche ungünstige Erscheinungen machen sich jetzt auch bei anderen Finanzinstituten fühlbar.

Nach dem Bericht des Kuratoriums für das Jahr 1915 zählten 16 Verbandsgenossenschaften 3830 Mitglieder. Das Guthaben betrug 1 263 866 Mark, der Reservefonds 1 290 289 Mark, die Depositionen mit kürzerer oder längerer Kündigung zusammen 11 349 123 Mark, an Wechseln besaßen sie in der Masse für 1 161 170 Mark und auf Grundstücken hatten sie 4 303 882 Mark untergebracht. Das eigene Kapital verhielt sich zum fremden wie 1 : 7,24, die Summe des Umsatzkapitals betrug 21 046 231 Mark.

Eine Übersicht über den Betrieb in den landschaftlichen Genossenschaften vom Jahre 1910 bis 1915 gibt folgende Tabelle:

Die landschaftlichen Genossenschaften vom Jahre 1910—15.

Jahr	Zahl der Verbands-genossen-schaften	Mitglieder	Gewinn	Verlust	Guthaben	Reserven	Darlehen aus den Banken	Depositen	Grundstücke	Umsatz-kapital
1910	19	3944	438,645	38,298	1,805,853	2,339,867	2,719,123	11,869,380	3,691,631	30,436,261
1911	23	5671	475,507	19,266	1,985,059	2,352,881	2,970,237	13,246,140	4,467,095	32,771,639
1912	24	5432	406,006	95,437	1,859,993	2,452,718	5,778,186	14,020,940	4,811,625	35,142,977
1913	22	5285	360,730	220,725	1,822,095	2,230,575	5,393,118	15,065,461	4,515,342	34,714,331
1914	18	4149	80,612	177,963	1,318,155	1,541,347	3,642,027	41,387,908	1,520,436	22,664,183
1915	16	3830	85,728	304,863	1,263,866	1,290,289	2,664,876	11,349,123	4,303,882	21,046,231

Aus Nr. 9 des Zjednoczenie (Posen)
vom 10. September 1916.

Bericht

des Vorstandes der Vereinigung der Frauenbildungs-Bereine für das Deutsche Reich für das Jahr 1915.

Der vorliegende Bericht ist der erste, der ein ganzes Jahr des Lebens unserer Organisation in der Zeit des Krieges umfaßt; er wird die Schäden zeigen, die unser Verband infolge der veränderten Verhältnisse erfahren hat. Wir hoffen, daß er für uns eine Anregung zu eifriger Arbeit und zum Überwinden der Schwierigkeiten sein wird, die durch die gegebenen Verhältnisse hervorgerufen worden sind.

I. Der zahlenmäßige Bestand der Vereinigung.

Am Schluß des Jahres 1914 zählte die Vereinigung 33 Vereine, mit insgesamt 3082 Mitgliedern. Von der Gründung neuer Vereine im Jahre 1915 konnte keine Rede sein. Von den bestehenden Vereinen hat sich nur der Verein „Osmiata“ in Baranow für die Dauer des Krieges aufgelöst; unsere Organisation zählte somit am 31. Dezember 1915 32 Vereine.

Den Fragebogen des Verbandes für das Jahr 1915 haben mehr oder weniger ausführlich nur 21 Vereine mit 2250 Mitgliedern ausgefüllt. Von den übrigen 11 Vereinen haben 7 Vereine den Bogen nicht ausgefüllt; als Grund wurde die zwangsweise Einstellung der Arbeit im Jahre 1915 angegeben, 4 Vereine haben gar nicht geantwortet, trotzdem sie wiederholt dazu aufgefordert worden sind. Aber auch von diesen Vereinen wissen wir, daß sie nicht imstande waren, rechtmäßig zu arbeiten.

Weil nach dem Beschluß des Hauptvorstandes die Verbandszeitung an alle Vereine gesandt wird, und weil den einzelnen Vorständen anempfohlen wird, die Zeitung den Vereinsmitgliedern zuzustellen, so haben wir wenigstens annähernd ein Bild des zahlenmäßigen Standes unserer Organisation. Unter die Verbandsmitglieder wurden am Ende des Jahres 1915 2282 Zeitungen verteilt. Wenn diese Zahl tatsächlich gleichbedeutend wäre mit der Zahl der Mitglieder, so würde der Abgang in der Organisation nur 200 Personen betragen. Das wäre zwar schon ein bedeutender Verlust, und leider müssen wir annehmen, daß es an tatsächlichen Mitgliedern, die ihre Beiträge an die Vereine entrichten, weit weniger geben wird. Diese Feststellung schöpfen wir aus den Berichten mancher Vereine, wenn es sich um die Zahlung der Verbandsbeiträge handelt.

Blicken wir uns dreist in die Augen und geben wir zu, daß das ganze erste Kriegsjahr auf den zahlenmäßigen Stand unserer Organisation sehr unvorteilhaft eingewirkt hat. Fragen wir uns aber gleichzeitig, ob das eine unumgängliche Notwendigkeit war. Wir

müssen diese Frage entschieden verneinen. Es ist wahr, daß der normalen Arbeit überall Schwierigkeiten in den Weg traten; im Bereich des Stettiner Armeekorps war die Arbeit nach außen hin eine ganze Zeit hindurch zur Unmöglichkeit geworden. Das aber ist noch kein hinlänglicher Grund, um sich vom Verein abseits zu halten.

Es bleibt immer noch die Bibliothek übrig, aus der die Mitglieder Nutzen ziehen können, ebenso das Verbandsorgan, welches gleichsam wie ein lebendiger geistiger Faden alle Mitglieder der Organisation vereinigen sollte.

Es ist keine Kunst, auf ruhigem Wasser zu schwimmen, wenn die Sonne heiter scheint; wohl aber ist es ein Verdienst, den Nachen im Sturme zu schützen und ihn durch die Wellen hindurch zu führen. Somit ans Werk! Warten wir nicht bis zum Ende des Krieges, sondern passen wir unsere Arbeit den Verhältnissen des gegenwärtigen Augenblicks an. Gehen wir auch jetzt an die Agitation zum Zwecke der Erhaltung der Zahl der Mitglieder, der Erwerbung neuer. Dann wird mit Gottes Hilfe auch der zukünftige Bericht ein besseres Ergebnis über den zahlenmäßigen Stand unserer Organisation aufweisen.

II. Der Vorstand der Vereinigung

hielt im Jahre 1915 3 Plenar- und 3 Kommissions-sitzungen ab. Er befaßte sich mit Angelegenheiten der Reorganisation und der Redaktion der Verbandszeitung, fernerhin mit der Vorbereitung und Aufstellung der Tagesordnung für die Zusammenkunft der Vorisenden und die Delegiertenversammlung. Über diese Zusammenkünfte geben wir genauere Einzelheiten.

Zum Zwecke der Veranstaltung von Versammlungen unserer Vereine in den Orten, die zum Stettiner Korpsbereich gehören, korrespondierte der Vorstand mit der Militärbehörde und erlangte ein ziemlich günstiges Resultat. Das stellvertretende Stettiner Generalkommando erteilte zwar nicht eine allgemeine Genehmigung für die Versammlungen, wies aber darauf hin, daß man sich um jede Versammlung besonders bemühen solle. Es empfahl, Anträge um Genehmigung zur Abhaltung von Versammlungen an es zu richten; diese Anträge sollen aber an die Lokalbehörden abgehen.

Der Hauptvorstand beteiligte sich auch an der Aktion der Verbände und Vereine betreffend die Propagierung des Enthalt-samkeitstages am 8. Dezember 1915, veranlaßt durch die Enthalt-samkeitsvereine.

Wie aus der Rechnungslegung im „Zjednoczenie“ zu ersehen ist, vermehrte diese Aktion die Fonds für die Obdachlosen um die ansehnliche Summe von 160 000 Mark.

Eine Delegierte des Vorstandes der Vereinigung beteiligte sich an dem Aufklärungstage, den der Volks-leseverein veranstaltet hatte.

Im Laufe des Jahres 1915 schied Frau Gräfin Bninska aus Piotronki aus dem Vorstände aus. An ihrer Stelle wurde in der Zusammenkunft Frau Wanda Szuldrzynska aus Bolechowo gewählt.

III. Zusammenkunft der Vereinigung.

Der Hauptvorstand, welcher nicht wie gewöhnlich am Anfange des Jahres eine Zusammenkunft von Delegierten einberufen konnte, aber doch den Wunsch hatte, die Vereine zu lebhafterer Tätigkeit anzuregen, veranstaltete die 1. Zusammenkunft der Vorsitzenden am 31. März 1915 in Posen im Lokale des Frauenlesevereins. Es waren dazu 20 Vorsitzende bzw. deren Vertreterinnen erschienen. In der Versammlung gab der Vorstand einen Überblick über die Tätigkeit der Vereinigung im Jahre 1914, auch wurden 2 Vorträge gehalten. Das Referat über „Die Art der Arbeit in den gegenwärtigen Verhältnissen in den Frauenbildungsvereinen“ hielt die Vorsitzende der Vereinigung, Frau Suchocka.

Die zweite Referentin, Frau Rzepecka, sprach über das Thema „Die negativen und positiven Einflüsse des Krieges auf die Entwicklung der Charaktere“.

Die Jahresversammlung der Delegierten fand erst am 19. September im Saale des St. Hedwigshauses statt. Es waren zu dieser Versammlung 42 Delegierte erschienen, die 57 Stimmen zu vertreten hatten.

In dieser Versammlung wurde mit großer Stimmenmehrheit der nachstehende Antrag des Vereins der Landwirtinnen angenommen:

Die Versammlung beschließt, daß der § 1 der Satzungen der Vereinigung von jetzt ab folgenden Wortlaut enthält: Die Frauenvereine, welche sich

mit der Frage der Frauenbildung befassen, vereinigen sich in einem Verbands unter der Bezeichnung „Vereinigung katholischer Frauenbildungsvereine für das Deutsche Reich mit dem Sitz in Posen“.

Die Änderung dieses Paragraphen beruht auf der Hinzufügung des Wortes „katholisch“.

Es folgte sodann das Referat über das Thema: „Die Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesamtheit“, gehalten von Frau Hedwig Jaworowicz aus Posen.

Auf Grund der Ausführungen der Vortragenden wurde von der Versammlung die nachstehende Entschließung angenommen:

„In Anerkennung dessen, daß jede Einzelperson für den moralischen und materiellen Gesichtskreis ihrer Volksgesamtheit die Verantwortung trägt, beschließen wir, nach Kräften an uns zu arbeiten und gewissenhaft unsere bürgerlichen Pflichten zu erfüllen, um durch diese Arbeit zur Hebung unserer Organisationen und zur Veredelung des Volkes beizutragen.“

Die dem Alter nach ausscheidenden Damen Gofieniecka, Stanislawka Ruczynska, beide aus Posen, und Frau Stefanie Wonsowicz aus Hohensalza wurden durch Akklamation wiedergewählt. Anstelle der Gräfin Bninska aus Piotronki, die wegen wichtiger Gründe aus dem Vorstand der Vereinigung ausschied, wählte die Versammlung die Frau Wanda Szuldrzynska aus Bolechowo.

Dem Bureau waren bedeutend weniger Korrespondenzen zugegangen, als in anderen Jahren; es wurden ihrer etwa 100 erledigt, und man erteilte vielfach mündliche Informationen in Sachen der Organisation und Aufklärung.

IV. Das Verbandsorgan

der Vereinigung erschien im Jahre 1915 alle 2 Monate, doch in größerem Umfange. Die Auflage betrug 3300 Stück.

V. Kassenzusammenstellung der Vereinigung der Frauenbildungsvereine für die Zeit vom 1. 1. 1915 bis 1. 1. 1916.

Einnahme:

Bestand aus dem Jahre 1914	1530,69	Mark
Einnahme aus Beiträgen	1798,70	Mark
Abonnement für die Zeitung	105,—	"
Bekanntmachungen	8,95	"
Zinsen und Außergewöhnliches	66,35	"
Summe der Einnahme..	3509,69	Mark

Ausgabe:

Verwaltung	165,—	Mark
Porto	210,73	"
Druck der Zeitung	985,90	"
Bibliothek	1,35	"
Außergewöhnliche Ausgaben	16,—	"
Es gehen über auf das Jahr 1916	2130,71	Mark

Der Bestand setzt sich zusammen:

Aus Depositen in der Verbandsbank	1958,75	"
Aus Depositen in der Bank Brzeski und Zakuski	43,55	"
Aus dem Barbestand in der Kasse	128,41	"
	2130,71	Mark.

VI. Die innere Arbeit der Vereine.

A. Die Arbeit der Vorstände. Überall da, wo die Vereine Lebensfähigkeit zeigen, ist das das Verdienst der Vorstände. Wenn zwei Drittel unserer Vereine trotz der vielen Schwierigkeiten normal gearbeitet haben, so ist das der beste Beweis dafür, daß die einzelnen Vorstände im allgemeinen ihre Pflichten und Aufgaben wohl verstehen.

Nur drei Vorstände haben die Zahl ihrer Sitzungen im Jahre 1915 angegeben, und es waren dieser Sitzungen 35.

Die Vorstände des größeren Teils der Vereine halten wohl besondere Sitzungen ab, und zwar zum Zwecke der Vorbereitung der Versammlungen usw. Es ist nur schade, daß die Schriftführerinnen dieses bei der Ausfüllung der Fragebogen nicht angeben.

B. Die Kontrolle der Mitglieder. In 15 Vereinen ist Kontrolle über die Mitglieder ausgeübt worden. Der Rest der Vereine gab auf die betreffende Frage gar keine Antwort. Wir bemerken, daß das Kontrollieren der Mitglieder in den Versamm-

lungen sehr zu empfehlen ist und raten deshalb, die Kontrolle überall einzuführen.

C. **Versammlungen.** Gewöhnliche Versammlungen, Generalversammlungen oder außerordentliche Versammlungen sind im Berichtsjahr nur in 17 Vereinen abgehalten worden, es waren ihrer insgesamt 130. Im Jahre 1914 fanden noch 282 Versammlungen statt. Es muß aber in Betracht gezogen werden, daß im ersten Halbjahr 1914 die Arbeit noch ihren normalen Fortgang nahm. Den Schaden, der uns in der Aufklärungsarbeit der Krieg zuzügelt, werden wir genauer kennen lernen, wenn wir das Jahr 1915 mit dem Jahr 1913 vergleichen, in dem in unserer Organisation 420 Versammlungen abgehalten worden sind.

Im Berichtsjahre hielt der Verein „Ognisko Wielkopolskie“ in Posen die meisten Versammlungen ab, nämlich 14. Alsdann folgen der Verein „Oswiata“ in Strelno mit 12, die „Czytelnia dla Robiet“ in Mirstadt mit 11 und „Oswiata“ in Schroda mit 10 Versammlungen.

Einen noch größeren Unterschied sehen wir in der Zahl der gehaltenen Vorträge. Im Berichtsjahre waren es ihrer nur 96, im Jahre 1914 noch 266, aber im Jahre 1913 464.

Diese niedrige Zahl der Versammlungen und Vorträge erklärt sich dadurch, daß der Verein der Landwirtinnen, der so viele Mitglieder hat und sich so eifrig betätigt, das ganze Jahr 1915 hindurch genötigt war, seine Arbeit einzustellen, er konnte nicht einmal seine Generalversammlung abhalten.

Wer sich über die Arbeit des Vereins der Landwirtinnen im Jahre 1915 auf philanthropischem Gebiete überzeugen will, der möge den Bericht über die Generalversammlung dieses Vereins studieren; er befindet sich in Nummer 3/4 des „Zjednoczenie“ vom Jahre 1916.

D. **Bibliotheken.** Wir geben diesmal keine Übersicht über den allgemeinen Stand der Bibliotheken, denn wir besitzen nicht das nötige Material dazu. Der Verein „Ognisko Wielkopolskie“ in Posen gibt an, er habe seine Bibliothek aufgelöst, einen bedeutenden Teil seiner Bücher an den Volksleseverein zum Zwecke der Überweisung an die Kriegsgefangenen abgegeben. Im übrigen zeigen die Nachrichten, daß die Bibliotheken bei den Vereinen noch bestehen, die solche bis jetzt besaßen. Der Büchervorrat hat sich zum Teil im Berichtsjahre noch vergrößert. Man kann die Zahl der Bücher unserer Bibliotheken in den Vereinen auf 13 500 angeben.

Die Zahl der ausgeliehenen Bücher gaben nur 13 Vereine an, die insgesamt 950 Mitglieder zählen; sie beträgt im Jahre 1915 nur 17 288 Bücher. Im Jahre 1914 sind von 1649 Mitgliedern unserer Vereine 23 717 Bücher gelesen worden, im Jahre 1913 betrug die Zahl der gelesenen Bücher 38 398 und die Zahl der Leser 1885. Im Durchschnitt entfallen im Berichtsjahre auf die Person 18 Bücher, während im Jahre 1914 auf die Person nur 14 Bücher entfielen. Im Jahre 1913 aber las im Durchschnitt jede Person 20 Bücher.

Aus der vorstehenden Zusammenstellung geht hervor, daß sich die Lust zum Lesen gehoben hat.

In diesem Jahre haben nur 7 Vereine angegeben, daß sie Bücher für die Jugend besitzen. In den letzten Jahren gaben 11 Vereine an, daß sie bemüht sind, Bücher für die Kinder zu beschaffen.

Wir erinnern erneut an die wiederholten Beschlüsse, die in den Delegiertenversammlungen gefaßt worden sind und die sich mit der Bucherei für Kinder befassen. Es ist vor allem unsere Pflicht, für gesunde geistige Nahrung für die Jugend zu sorgen. Lassen wir diese Aufgabe nicht aus den Augen.

E. **Gesang, Deklamationen usw.** 13 Vereine pflegen den Gesang und das Aufsagen von Gedichten. Etliche Vereine veranstalteten theatrale Vorstellungen oder Konzerte für die Obdachlosen.

Der Verein „Ognisko Wielkopolskie“ in Posen besichtigte die Posener Kirchen und veranstaltete Ausflüge nach Bnin und Kurnik. Der Verein „Lutnia“ in Buś führte Lichtbilder vor.

Alle Verbandsvereine beteiligten sich mit Eifer an der Arbeit für die Obdachlosen, sie sammelten Beiträge und Kleidungsstücke, nähten solche, verkauften Lotterielose und verschiedene Gegenstände und überwiesen den Erlös ebenfalls für die Obdachlosen.

VII. Beiträge.

Im Berichtsjahre sind der Kasse der Vereinigung folgende Beiträge zugeflossen.

a) Für das Jahr 1915: Borek 15 M., Czersk 70 M., Gostyn 30 M., Hohenjalza 52 M., Kempen 23 M., Kosten 40 M., Mirstadt 8 M., Rakel 30 M., Ostrowo 57 M., der Verein der Landwirtinnen in Posen 600 M., der Verein „Ognisko Wielkopolskie“ in Posen 20 M., Plejchen 84,50 M., Rawitsch 20 M., Schroda 43 M., Strelno 45 M., Samter 20 M., Tuchel 15 M., Wejchen 45 M., Bnin 33 M.

b) Rückständige Beiträge für das Jahr 1914 sandten die nachstehenden Vereine ein: Baranow 5 M., Buś 10 M., Czarnikau 20 M., Dolzig 14,50 M., Gnesen 25 M., Hohenjalza 58 M., Kempen 30 M., Kosten 44,50 M., Ostrowo 60 M., Schildberg 15 M., „Oswiata“ Posen 15 M., Strelno den zweiten Halbjahresbeitrag 20,50 M., Wągrowitz 30 M., Breslau 30 M.

c) Im Jahre 1916 gingen die nachstehenden Rückstände für das Jahr 1915 ein: Posen, Verein der Landwirtinnen 146 M., Strelno erster Halbjahresbeitrag 25,50 M. Die eingegangenen Beträge betragen zusammen 1800 M. Davon gehen 26 × 5 Pfg. Abtragsgeld = 1,30 M. ab. Es flossen somit der Kasse an Beiträgen im Berichtsjahre 1798,70 Mark zu.

Der vorstehende Bericht gibt uns ein klares Bild über die Verluste in unserer Organisation, welche durch den Krieg herbeigeführt worden sind.

Mögen uns diese Verluste nicht entmutigen, mögen sie vielmehr in uns Energie zu weiterer Arbeit wecken. Fragen wir uns, ob diese Verluste tatsächlich notwendig gewesen sind, ob es nicht möglich gewesen wäre, sie zu verhindern? Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß so manches mit mehr Eifer hätte betrieben werden können, daß man sich nicht gleich hätte durch die Schwierigkeiten einschüchtern lassen sollen, so möge doch die Anerkennung der eigenen Schuld gleichzeitig zur Bereitschaft führen, für die Zukunft bessere Vorjorge zu treffen.

Niemand hätte angenommen, daß der Krieg so lange dauern würde. Man hat deshalb die Besserung der Verhältnisse gar zu gerne auf die Zeit nach dem Kriege verschoben. Jetzt aber, da das Ende des Krieges nach menschlicher Berechnung noch in weiter Ferne zu liegen scheint, müssen wir uns der Arbeit mit allen Kräften hingeben, trotz des Krieges.

Die Zeit wartet nicht, bis es uns zur Arbeit bequemer sein wird. Die Nachkommenschaft wird sich einst an uns wenden, entweder mit der Anerkennung oder mit der Klage — ganz angepaßt dem, was wir in diesen schweren Zeiten getan haben.

Mit dem Gedanken an die Zukunft müssen wir alle bereit an die Arbeit gehen — und wäre es auch unter den schwersten Verhältnissen. Gott wird uns seinen Beistand sicherlich nicht vorenthalten!

Aus Nr. 97 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 13. September 1916.

Der Religionsunterricht in der Muttersprache.

Zum zweiten Male während des Krieges hat der preussische Kultusminister den Religionsunterricht in polnischer Muttersprache in einer Elementarschule gestattet.

Wir haben schon mitgeteilt, daß diesmal in Schneidemühl ein ministerieller Spezialkommissar die Verhältnisse in den untersten Klassen der dortigen Volksschule geprüft und festgestellt hat, daß die polnischen Kinder, welche Ostern in die Schule eingetreten sind, die deutsche Sprache nicht kennen, und daß infolgedessen von irgend einem erfolgreichen Religionsunterricht in dieser Sprache nicht die Rede sein kann. Deswegen hat der Minister angeordnet, daß die polnischen Kinder die Muttersprache in dem Religionsunterricht in der Schule gebrauchen sollen.

Sowohl im ersten als auch im zweiten Falle haben wir die Schritte und Anordnungen des Kultusministeriums als die Einleitung zu einer wohlwollenden Anschauung hinsichtlich der Notwendigkeit einer tief religiösen Erziehung unserer jungen Generation mit großer und aufrichtiger Freude begrüßt.

Das bisherige System des schulplanmäßigen Religionsunterrichts hat gute und für unsere Jugend durchaus erforderliche Erfolge nicht gezeitigt.

Darunter hat die ganze Volksgemeinschaft gelitten. Aber es haben darunter nicht nur unsere Interessen, sondern vor allem die Interessen der Kirche, aber auch die des Staates gelitten.

Die Mehrung jeder Autorität müßte jeder Regierung am Herzen liegen.

Unsere Gegner verkündeten bis jetzt, daß die polnische Sprache uns zum Schmieden von verräterischen Plänen diene, was sich im Falle eines gefährlichen Krieges zeigen werde.

Es brach der Krieg aus, und zwar ein für den Staat so gefährlicher, wie noch keiner bis jetzt.

Und es gab keinen Verrat von polnischer Seite her . . . im Gegenteil: wir erfüllen unsere Pflichten und bringen ebenso wie die deutschen, jüdischen usw. Bürger Opfer an Blut und Gut dar.

Wir pflegen unsere Muttersprache, nicht, wie uns untergeschoben wurde, um Verrat zu erleichtern, sondern auf Grund des göttlichen, natürlichen und übernatürlichen Rechts.

Die Pflichten werden wir dem Staate gegenüber auch fernerhin treu erfüllen.

Angesichts einer solchen Situation fängt die Regierung an, sich anders, als wie bis jetzt, zu orientieren.

Zwecks Stärkung der kirchlichen und staatlichen Autorität fängt sie an, sich um eine bessere religiöse Erziehung der Jugend zu bemühen, und darum läßt sie die polnische Sprache für den Religionsunterricht in der Schule zu. Das ist ein kluges Vorhaben, und inmitten des Sturmes der Gottlosigkeit und der Verneinung jeglicher Autorität ist es durchaus notwendig und vollständig an der Zeit. Durch die Stärkung der kirchlichen Autorität, durch die Erleichterung der religiösen Erziehung des Volkes, was offenbar die wichtigste Sache ist, wird gleichzeitig die staatliche Autorität gestärkt.

Gläubige Bürger sind auch dem Monarchen und dem Staate treu. Man kann sich auf sie zu jeder Zeit, auch bei größter Gefahr verlassen.

Wir vertrauen darauf, daß das Kultusministerium und die Regierung auch weiterhin in der Frage unseres Schulunterrichts derselben Ansicht sein werden, wie in den obigen Fällen.

In der gleichen Angelegenheit schreibt die „Gazeta Narodowa“ (Posen) vom 15. September was folgt:

„In der ersten Nummer der „Gazeta Narodowa“ haben wir die Verfügung des Kultusministers in Sachen der Zuhilfenahme der polnischen Sprache im Religionsunterricht in der Volksschule zu Schneidemühl bekannt gegeben. Unsere Ansicht über diese Angelegenheit haben wir gleichzeitig mit der Veröffentlichung der ministeriellen Verordnung ausgedrückt. Unsere Volksgemeinschaft müßte diese Verordnung als einen Präzedenzfall für die Einführung von Änderungen im Religionsunterricht in allen Schulen betrachten, welche von polnischen Kindern besucht werden.“

Aus Nr. 207 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 13. September 1916.

Das Blatt bringt einen vom „Dziennik Poznański“ unter dem Titel „Der häusliche polnische Sprachunterricht“ veröffentlichten Artikel wieder (s. Nr. 37, 1022 des Gef.-Überblicks) und bemerkt dazu folgendes:

Namentlich in unserer Breslauer Diözese müßten die Eltern alles daran setzen, um die Kinder gut polnisch zu unterrichten. In vielen Pfarochien ist nämlich die Sitte eingerissen, die nicht genügend polnisch sprechenden Kinder in der deutschen Sprache zu den Sakramenten vorzubereiten. Wir wissen auch, daß es in vielen Pfarochien nichts nützt, wenn die polnischen Kinder gut polnisch können, weil daselbst sämtliche Kinder grundsätzlich in deutscher Sprache für die heiligen Sakramente vorbereitet werden.

Aus Nr. 213 des Oredownik (Posen)
vom 17. September 1916.

Kalt und dunkel.

Nach einer Reihe sonniger, warmer und für die gegenwärtige Zeit außergewöhnlich schöner Tage ist die Temperatur plötzlich gesunken, und seit drei oder vier Tagen herrscht eine empfindliche Kälte. Noch hat der Herbst seine Herrschaft nicht angetreten, da gewann man den Eindruck, als fordere der Winter seine Rechte. Zu den zahlreichen Sorgen kommt gegenwärtig noch die Sorge um das Heizmaterial für den Winter. Manche Familie, welche an und für sich schon mit verschiedenen Schwierigkeiten zu kämpfen hat und nicht weiß, wie sie sich durchschlagen soll, steht vor einem neuen Rätsel: Wofür werde ich mich mit Kohlen versehen? Aber auch diejenigen, bei denen die finanzielle Seite nicht ins Gewicht fällt, befinden sich in einer nicht weniger schwierigen Lage, soweit es sich um die Bewohner Posen's handelt.

Wie soll man hier ein guter Wirt sein und sich mit Heizmaterial versehen, da es doch in fast ganz Posen keine Kohlen gibt? Wir haben schon einmal auf den großen Kohlenmangel in unserer Stadt aufmerksam gemacht, aber der hochlöbliche Magistrat hat bis heute keine Schritte unternommen, um diesem Mangel auf irgendeine Weise abzuhelfen. Wir haben schon einmal betont, daß man zwar nicht verlangen könne, daß der Magistrat sich noch mit der Einfuhr von Kohlen beschäftigen solle, aber nach unserer Ansicht müßte er hier mindestens irgendwie einschreiten. Wenn der Magistrat nichts sollte unternehmen können oder wollen, dann bleibt nichts anderes übrig, als sich an eine andere Instanz, vielleicht den Gouverneur der Festung Posen, zu wenden, dem doch auch die Obhut über unsere Stadt anvertraut ist. Irgendein Ausweg müßte doch gefunden werden.

Die polnische Frage im besetzten Gebiet.

Aus Nr. 258 der Gazeta Poranna (Warschau)
vom 17. September 1916.

Gegen die Verleumder.

Seit längerer Zeit sind wir Gegenstand unlässiger Angriffe seitens gewisser politischer Kreise und Tageblätter, welche die Straflosigkeit ausnützend, unser Blatt als angeblichen Vorposten der „Russenfreundlichkeit“ verunglimpfen.

Wenn ich diese Angelegenheit, die ein schmachvolles Blatt in der Geschichte des Zeitungswesens Warschaus ist, zur Sprache bringe, so tue ich dies nicht mit Rücksicht auf unsere ständigen Leser. Diese hatten Gelegenheit, sich nachweislich zu überzeugen, daß in unserem Blatte echt polnischer Geist herrscht, daß wir das Banner der nationalen Würde hochhalten und, ausschließlich für das Vaterland arbeitend, keine „Russenfreundlichkeit“ betreiben.

Ende Juli 1915, als noch die russische Zensur regierte, gelang es mir, einen (allerdings stark beschnittenen) Artikel zu bringen, welcher gegen die barbarische Vernichtung des Landes durch die sich zurückziehenden russischen Truppen gerichtet war. Damals (am 9. Juli 1915) schrieb ich einen Leitartikel unter der Überschrift „Barbarische Theorien“:

„Der Geist des Vandalen Genferich schwebt über den Schlachtfeldern, angelockt durch den Blutgeruch und den Kriegslärm. Aber dieser unheilverkündende Geist reicht mit seinem Einfluß sogar dorthin, wo man ihn am allerwenigsten hätte erwarten können.“ Und weiter brandmarkten wir die barbarischen Theorien der Vernichtung unseres Landes, welche von dem einflußreichsten russischen Organ „Nowoje Wremia“ gutgeheißen wurden. Wir schilderten in diesem Artikel die schrecklichen Folgen der zwangsweisen Räumung, indem wir sie mit dem trassen Bild des Schicksals der aus dem Gouvernement Lublin und Chelm vertriebenen Bevölkerung illustrierten. Am 24. Juli beschlagnahmte uns die russische Zensur einen ganzen Leitartikel in der selben Angelegenheit, und deshalb befindet sich in der betreffenden Nummer ein weißer Raum.

Am 26. Juli verlangten wir in dem Leitartikel „Um die staatliche Hilfe“ gesetzlichen Schutz für die unglücklichen Flüchtlinge und verurteilten wiederum, soweit es die Zensurverhältnisse gestatteten, das ganze System der sinnlosen Räumung.

Der Leitartikel vom 2. August wurde wiederum stark beschnitten.

Der Artikel vom 3. August unter der Überschrift „Die polnische Frage in der Duma“ ist eine scharfe Kritik der verspäteten Erklärung Goremykins.

Am letzten Tage der Anwesenheit der Russen in Warschau schrieben wir in einem Leitartikel: „Und obwohl uns (Polen) noch Unterschiede in den Anschauungen trennen, können wir den einen großen Trost haben: Das polnische Volk hat im Laufe des Krieges einen kostbaren Schatz erobert, den lebendigen unerschütterlichen Glauben an seine Auferstehung. Heut glauben wir alle, heute wissen wir beinahe, daß Polen sein wird!“ So schrieben wir, als die russische Zensur ihre sieben Sachen einpackte und aus Praga abreiste.

So schrieben wir stets ein ganzes Jahr hindurch, und es bedurfte sehr bösen Willens, um gegen uns die nichtswürdigen Verleumdungen zu schleudern, daß wir kein unabhängiges Polen wünschten. Alles das führen wir nicht für unsere ständigen Leser an. Diese erinnern sich Hunderter von Artikeln, in welchen sich eine konsequente Kritik des Regimes der russischen Bürokratie und Fingerzeige wiederholten, wie sich das Volk auf die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit

vorbereiten soll. Das alles schreiben wir unter einer anderen Adresse.

Wer sind diese „Russenfreunde“?

Etwa diejenigen, welche als erste die mühselige Arbeit der nationalen Aufklärung im Königreich Polen begannen und mit der Russifizierung in den Zeiten der größten Bedrückung kämpften? Etwa diejenigen, welche die russischen Gefängnisse und Verbannungen kennen gelernt haben, welche im Geheimen für ein freies Polen arbeiteten, damals, als viele der heutigen marktschreierischen Patrioten (wie leicht und sicher ist es heut zu schreien!) geldliche und staatliche Karrieren machten.

Wenn es sich um die heut so sichere Lösung „unabhängiges Polen“ handelt, so arbeiteten diese Menschen von Anfang ihrer nationalen Arbeit, von der Schulbank an für die Unabhängigkeit, und sie arbeiten noch.

Wem erdreistet ihr euch die verleumderische Bezeichnung „Russenfreunde“ ins Gesicht zu schleudern? Wem?

Wenn die politische Taktik denjenigen Leuten, welche für das Schicksal des Vaterlandes vor allem verantwortlich sind, geboten hat, mit den bestehenden Verhältnissen zu rechnen und in einem so äußerst wichtigen Zeitpunkt, wie beim Kriegsbeginn, engere Forderungen in den Vordergrund zu stellen, als das grundsätzliche Ideal —, so hat jeder gut gewillte und dabei politisch denkende Pole verstanden, daß dies ein taktischer Schachzug ist, welcher weder „Russenfreundlichkeit“, noch nationale Abtrünnigkeit ist.

Aber die Entwicklung der Kriegseignisse und die Evolution der polnischen Frage auf dem europäischen Schauplatz gestatteten uns grundsätzlich und taktisch die Lösung der nationalen Unabhängigkeit in den Vordergrund zu stellen, dem wir in unserem Blatte zweimal in sehr nachdrücklicher und offizieller Weise Nachdruck verliehen.

Und wenn wir uns in dem Begriff von der Unabhängigkeit von unseren Gegnern unterscheiden, so doch wohl nicht zum Nachteil dieser Unabhängigkeit.

Daß wir uns in der Meinung über die zum Ziele führenden Wege von anderen unterscheiden, daß wir die Besonnenheit und Geduld im politischen Handeln, durch die Erfahrungen der nationalen Vergangenheit belehrt, hoch einschätzen — das alles gestattet nicht, an unserem Patriotismus zu zweifeln.

Wie ihr, so können auch wir uns hinsichtlich der Wahl der zur Unabhängigkeit führenden Wege und Mittel täuschen, aber die Hand weg, hundert mal die Hand weg davon, daß man uns bösen Willens, nationaler Abtrünnigkeit, der „Russenfreundlichkeit“ beschuldigt!

Przemysław Maczowski.

Zu dem vorstehenden Artikel bemerkt die Warschauer „Godzina Polska“ in ihrer Nummer 260 vom 18. September 1916:

In der Tat — antworten wir — ist dies weder Russenfreundlichkeit, noch nationale Abtrünnigkeit. Das ist etwas hundertmal Schlimmeres. Also aus taktischen Gründen suchte sich und sucht sich immer noch die Nationaldemokratie allen Bestrebungen zu widersetzen, die den Zweck haben, nachzuweisen, daß wir ein freies Volk und ein für alle Mal von dem Joch und von der Obhut der Moskowiter befreit sein wollen? Also aus taktischen Gründen suchte man nach Kräften und Möglichkeit zu verhindern, daß die Feier vom 3. Mai gelinge, wurde gegen die Aufstellung eines Kreuzes am Fuße der Zitadelle, gegen die Umänderung der Bergstraße in Trauguttstraße agitiert? Also ebenfalls aus taktischen Gründen ist jener verräterische Protest gegen die Entschließung des Klubs der Anhänger des polnischen Staatswesens

welche die Forderung eines unabhängigen Polens umfaßt, hervorgegangen?

Fürwahr, eure Taktik, meine Herren, ist würdig der Unabhängigkeit, wie sie von euch aufgefaßt wird.

Aus Nr. 257 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 15. September 1916.

Erklärung.

In Anbetracht des in der Presse veröffentlichten Protestes gewisser politischer Gruppen gegen die Beschlüsse der Versammlung vom 3. September dieses Jahres — erklären wir folgendes:

1. Die Entstehung eines unabhängigen polnischen Staates und eines Nationalheeres sowie die Beteiligung am Kampfe mit Rußland seitens des polnischen Staates noch während des gegenwärtigen Krieges ist das Programm der aufgeklärten Massen des polnischen Volkes.

2. Die unter dem Protest vom 9. September unterzeichneten politischen Gruppen können keinen Anspruch darauf machen, im Namen breiterer Kreise der Volksgesamtheit, und um so weniger im Namen ihrer Mehrheit zu sprechen.

Ein Teil dieser Gruppen ist durch die Überlieferung und durch die nicht ferne Vergangenheit mit der in den Augen der Volksgesamtheit diskreditierten russenfreundlichen Aktion verknüpft, andere wieder sanktionieren unter dem Schleier eines „neutralistischen“ politischen Programms das passive Verhalten des Volkes in der gegenwärtigen entscheidenden Zeit. Der Inhalt des veröffentlichten Protestes zeugt davon, daß die unter ihm unterzeichneten Gruppen — wir wollen es glauben, daß in der Mehrheit unbewußt — im gegebenen Falle ein Werkzeug in der Hand derer waren, welche bis jetzt im Namen Polens eine russenfreundliche Politik zu betreiben suchten. In diesem Protest sehen wir eine den Unabhängigkeitsbestrebungen des Volkes zuwiderlaufende Tat und infolgedessen halten wir es für unsere Pflicht festzustellen, daß er nicht der Ausdruck der Anschauungen des breiteren Teils der öffentlichen polnischen Meinung ist.

Trotz der uns von dem Klub der Anhänger des polnischen Staatswesens trennenden Unterschiede in der politischen Taktik beteiligten wir uns an der erwähnten Versammlung mit Rücksicht auf ihren Gegenstand, und wir stellen noch einmal fest, daß die dort gefaßten Beschlüsse mit der Meinung der breiten Massen der polnischen Volksgesamtheit im Einklang stehen.

Das Nationale Zentralkomitee — im Namen folgender politischer Parteien:

Des nationalen Arbeiterverbandes;
der polnischen sozialistischen Partei (P. P. S.);
der polnischen Volkspartei;
des Unabhängigkeitsverbandes;
des Verbandes der Patrioten
sowie der dem nationalen Zentralkomitee unterstehenden nationalen Bezirksorganisationen des ganzen Landes.

Aus Nr. 464 des Goniec (Warschau)
vom 15. September 1916.

Erklärung.

Der nationale Bauernbund belehrte und organisierte seit 9 Jahren auf den Trümmern der patriotischen Arbeiten der früheren Nationalliga die Volksmassen zur täglichen Verteidigung des polnischen Lebens gegen die moskowitische Hochflut, und beim Ausbruch des Krieges bereitete er sie zum bewaffneten Kampf mit Rußland durch die Propaganda der polnischen militärischen Idee, durch tätige Unterstützung der Schützenabteilungen vor. Dieser Charakter der Arbeiten und Aufgaben, welche im nationalen Leben von dem

nationalen Bauernbund unternommen worden sind, legt unserer Organisation die Pflicht auf, das Wort zu ergreifen in einem geschichtlichen Zeitpunkt, wo das Geschick des ganzen Volkes vor der Entscheidung steht und wo man mit jeder Bürgerstimme die polnische Tat unterstützen, sich aber der bei uns durch eine hundertjährige Knechtschaft großgezogenen Passivität widersetzen muß.

Überzeugt, daß alle Polen heute das Streben nach Erlangung eines unabhängigen polnischen Staates verknüpft, nur um zu dokumentieren, daß man sich im gegenwärtigen Augenblick in gemeinsamer Verteidigung dessen zusammenfinden muß, was uns verbindet, mit Übergehung dessen, was uns trennt, stellen wir fest, daß wir, indem wir uns mit dem Inhalt der in der ersten großen Bürgerversammlung in der Philharmonie am 3. d. M. gefaßten Beschlüssen solidarisch erklären, uns zugleich auch genötigt sehen, unser großes Bedauern auszusprechen infolge der „Mitteilung“, welche am 9. d. M. im „Kurjer Warszawski“ erschienen ist. Diese Mitteilung ruft nämlich nach innen und nach außen durch ihre unglückliche Abfassung die falsche Vermutung hervor, daß es in Polen auch nur eine ganz kleine Meinung geben könnte, die dagegen wäre, von den Mittelmächten eine Beschleunigung der Ausrufung — eines unabhängigen polnischen Staates und die Schaffung eines polnischen Heeres zu verlangen.

Ohne auf die Beweggründe einzugehen, welche diese „Mitteilung“ hervorgerufen haben, sind wir gezwungen, ihren Urhebern eine desto größere Verantwortung zuzuschreiben, als sie nach unserer festen Überzeugung selbst Gegner des Effektes sind, den ihr Auftreten hervorruft.

Warschau, den 17. September 1916.

Der Vorsitzende des Hauptvorstandes
des nationalen Bauernbundes:
Alexander Jawadzki; Schriftführer Anton Piattkowszki.

Aus Nr. 467 des Goniec (Warschau)
vom 17. September 1916.

Erklärung.

Wir erhalten folgenden Aufruf:

Den Protest der 5 rechtsstehenden politischen Gruppen, welcher im Kurjer Warszawski gegen die Beschlüsse der Versammlung vom 3. d. M. veröffentlicht worden ist und in welchem diese 5 Gruppen die Bestrebungen nach Ausrufung der Unabhängigkeit Polens und nach Schaffung eines Nationalheeres weitgehende Forderungen und eine usurpatorische Tat nennen, — betrachten wir als einen der polnischen Nation hingeworfenen Fehdehandschuh, als einen Verrat gewisser — zum Glück wenig zahlreicher — Kreise unserer Volksgesamtheit in unserer 1½ Jahrhunderte währenden Geschichte, deren Hintergrund und Wesen ein unaufhörlicher, von Tragik und Heldentum voller Kampf mit Rußland um die Erlangung einer eigenen staatlichen Existenz war.

Nur durch eine tiefe Depravation, die durch die hundertjährige moskowitische Sklaverei geschaffen worden ist, kann man sich derartige beispiellose öffentliche Äußerungen erklären. Indem wir sie aufs entschiedenste verurteilen und feststellen, daß einzig und allein die extremen rechtsstehenden und im Niedergang begriffenen politischen Gruppen unterschrieben haben, daß aber die ganze Nation wiederholt und zuletzt in der Erklärung des Gemeinderats der Hauptstadt Polens ausdrücklich mit der Forderung eines unabhängigen polnischen Staats, der mit allen unentbehrlichen staatlichen Attributen und Organen ausgestattet wäre, hervorgetreten ist, erklären wir, daß wir uns

mit den Beschlüssen vom 3. September völlig solidarisch erklären und alle Kräfte aufbieten werden, daß sie möglichst bald verwirklicht würden.

Warschau, den 13. September 1916.

Die national-radikale Partei.

Aus Nr. 468 des Goniec (Warschau)

vom 18. September 1916.

Ein Dementi des Klubs der Anhänger des polnischen Staatswesens.

In der Absicht, die polnische Bevölkerung gegen den Klub der polnischen Staatsanhänger aufzuwiegeln, haben unbekannte Übeltäter gefälschte Beschlüsse des Klubs der polnischen Staatsanhänger gedruckt, die angeblich den deutschen Behörden vorgelegt wurden und die zungsweise Aushebung aller Männer vom 16. bis 55. Lebensjahre, eine Besteuerung der Männer mit 10 Mark, der Frauen mit 7 Mark und die Requisition des Getreides und der Kartoffeln betrafen.

Unter diesem Falsifikat wurden die Namen Siegismund Makowiecki's, Wladislaus Studnicki's und Josef Wajercugs für den Klub der polnischen Staatsanhänger abgedruckt.

Hiermit machen wir bekannt, daß solche Beschlüsse von dem Klub der polnischen Staatsanhänger nicht gefaßt wurden und nicht gefaßt werden konnten, also auch nicht den deutschen Behörden vorgelegt werden konnten, und daß alles von Anfang bis zu Ende Lüge ist.

Für den Klub der polnischen Staatsanhänger

Siegismund Makowiecki, Wladislaus Studnicki,
Ludwig Jawadzki.

Aus Nr. 458 des Goniec (Warschau)

vom 12. September 1916.

Die Erklärung der Nationaldemokraten und der Realisten.

Gegen die Entschließung der Versammlung vom 3. d. M. übersandten einige politische Gruppen einem Blatte eine Erklärung. Diese „Mitteilung“ haben unterschrieben: Die Partei der Nationaldemokratie, die nationale Partei, die Partei der realen Politik, die Partei des polnischen Fortschritts, die Provinzialgruppe: Rationale Vereinigung. Diese „Mitteilung“ gibt der Abneigung der unterzeichneten Gruppen gegen die Veranstalter, die Redner der Versammlung und ihre Entschließung Ausdruck. Darüber hinaus enthält sie weder Beweggründe, noch überhaupt irgend einen Inhalt, sie beschränkt sich zu behaupten, daß die Beschlüsse der Versammlung nur eine usurpatorische Tat (??) „weniger Einzelpersonen sind“.

Es kann wohl kein loyaleres und ehrlicheres Verhältnis zur öffentlichen Meinung geben, als in einer gegebenen Sache eine Versammlung bekannt zu machen, in ihr einen Standpunkt klarzumachen, ihn in einen entsprechenden Beschluß zusammenzufassen und die Versammelten aufzufordern, ihn anzunehmen und gutzuheißen. Das eben haben die Veranstalter der Versammlung getan. Sie gewannen dadurch einige tausend Anhänger der Entschließung. Wir werden uns wohl nicht irren, wenn wir sagen, daß alle unter der „Mitteilung“ unterzeichneten Gruppen mit größter Mühe die Zahl von Mitgliedern nachweisen könnten, die insgesamt nicht den zehnten Teil der Masse übersteigen würden, welche den Saal der Philharmonie gefüllt hatte. Kleine Koterien, die sich bombastisch Parteien nennen, versagen großen Versammlungen das Stimmrecht! Zum Glück hat man, wie ein Volkspruchwort

sagt, gewissen Geschöpfen keine Hörner gegeben, also brauchen wir uns nicht zu fürchten.

Aber richtig, diese Herrn reden von einer ernstesten öffentlichen Meinung und geben zu verstehen, daß die Mittelpunkte dieser Meinung ihre Parteien seien. Was für Parteien sind denn das? Die Partei des polnischen Fortschritts können wir übergehen, denn die Rolle dieser kleinen, aus einigen oder aus einem Duzend von Personen zusammengesetzten Gruppen gehört seit langem nicht zur Publizistik, sondern zur Humoristik. Die sogenannte nationale Partei ist ein Bruchstück, genauer gesagt, die späteste Sezession der Nationaldemokratie. Diese wenig zahlreiche Gruppe löste sich Ende 1914 von der Nationaldemokratie los und begann ein neues Wochenblatt als Parteiorgan herauszugeben. Sie klärte in ihm die Gründe ihres Bruchs mit der Nationaldemokratie nicht auf, behauptete ihre Orientierung in dem Verhältnis zu den kämpfenden Parteien und brachte nur den klerikalen und konservativen Charakter der neuen Koterie stärker zum Ausdruck. Es ist dies also eigentlich ein Teil der Nationaldemokratie. Eine nationaldemokratische Formation ist die sogenannte Nationale Vereinigung — die letzte der unterzeichneten Gruppen.

In Wirklichkeit haben wir es also mit den Realisten und Nationaldemokraten zu tun. Der Standpunkt dieser beiden Parteien war von Anfang des Krieges an ganz ausgeprägt. Sie hatten sich ohne Vorbehalt auf den Boden des Aufrufs des Großfürsten gestellt, später bildeten sie unter Beteiligung verschiedener parteiloser Sympathiker das sogenannte soziale Komitee, welches die Losung ausgab, die Kain-Abteilungen zu formieren. Aber die Bemühungen des Komitees hatten ein armseliges Ergebnis: Die Werbung für die Kain-Abteilungen überschritten nicht eine Handvoll von betörten Leuten und hörte bald ganz auf, das Komitee aber verlor schon einige Monate vor der Räumung völlig den Boden unter den Füßen und gab kein Lebenszeichen von sich. Es lebte in der Emigration in Rußland wieder auf, und dort vertritt es ungehindert die öffentliche Meinung Polens.

Daß die Nationaldemokraten und Realisten die Entschließung, welche von dem polnischen Staate, vom polnischen Heere, vom Kampfe mit Rußland redet, mit Widerwillen und Furcht aufgenommen haben, das ist ganz erklärlich. Kann doch ein und die selbe Person nicht gleichzeitig eine Vereinigung der polnischen Lande unter dem Zeppter des Zaren und einen besonderen polnischen Staat mit einem eignen Heere wünschen.

Es würde kein Grund zu Mißverständnissen, um so weniger aber zu Bekanntmachung solcher Mitteilungen vorliegen, wenn die Nationaldemokraten und Realisten selbst die öffentliche Meinung nicht verwirren würden. Sie gerade geben sich seit einigen Monaten den Anschein, daß sie den früheren Standpunkt aufgegeben hätten, daß sie das Programm der Unabhängigkeit angenommen hätten. Sie sprachen davon in ihrem Aufruf vor den Wahlen zum Gemeinderat, schrieben davon in ihren Blättern und verbreiteten über diesen Gegenstand entsprechende Versionen. Um sich die Lage zu erleichtern, verbreiteten sie die Gerüchte, daß Rußland nach Polen nicht zurückkommen wolle und mit dessen Unabhängigkeit einverstanden sei.

Aus diesen Lügen, falschen Gerüchten und Ausflüchten ist in der öffentlichen Meinung eine große Verwirrung hervorgerufen worden, und auf ihre Basis sind verschiedene ungereimte Pläne entstanden, die sich auf eine angebliche Befehung beider russenfreundlichen Parteien stützen. Aus der Mitteilung ist ersichtlich, daß sie auf dem früheren Standpunkt stehen und daß die Nachrichten von einer Umkehr oder Befehung

entweder eine absichtliche Lüge sind oder auf einem Mißverständnis beruhen. Dem politischen Kurs muß die falsche Münze möglichst bald entzogen werden.

Aus Nr. 466 des Goniec (Warschau)
vom 16. September 1916.

Die Gegner der Entschliebung vom 3. September.

Der „Kurjer Warszawski“ ist gegenwärtig das Organ unserer Pazifisten. Als zur Aktivität zugunsten Rußlands Warschau der rechte Ort war, als die russophile Aktion ungefährlich war und gefördert wurde, war der „Kurjer Warszawski“ das Organ der Aktivisten und Russophilen.

Am 25. Januar 1915 schreibt der „Kurjer Warszawski“ in einem Redaktionsartikel Folgendes:

„In der polnischen Allgemeinheit war von der ersten Initiative einer Formierung der Legionen an die Meinung über diese geteilt. Man zweifelte an der realen Bedeutung und der Zweckmäßigkeit des Unternehmens, und obwohl man es verstand, daß ein ernstes Auftreten ein Akt von grundsätzlich weittragender Bedeutung wäre, so entstand doch die Frage, ob dieser Umstand die Größe des Opfers aufwiegt, das er nach sich zieht.“

Heute steht die Sache vor uns in einer entschieden anderen Gestalt. Es hat die Überzeugung die Oberhand gewonnen, daß die Formierung der Legionen am Platze ist. Man hat für sie die Garantien der Rechte eines regulären Heeres und eine verantwortliche Leitung erlangt.

Unter diesen Bedingungen glauben wir, daß an Stelle der bisherigen Zweifel die Sorge dafür treten müßte, daß die Sache, wenn sie schon ausgeführt werden soll, gut ausgeführt werde. Die polnischen Traditionen bieten nach dieser Richtung hin ausgezeichnete Vorbilder.“

So schrieb am 25. Januar 1915 der „Kurjer Warszawski“ unter der Schriftleitung von Stanislaus Szczykowski, des gegenwärtigen Sekretärs des „Kurjer Warszawski“, indem er für die Kassenabteilungen Propaganda machte. Sie wurden so genannt, weil sie gegen die polnischen Legionen, die bereits gegen Rußland kämpften, aufgestellt werden sollten.

Unsere politische Tradition ist der Kampf gegen Rußland. Auf das Vorbild der polnischen Traditionen stützten sich die Legionen, die den staatschöpferischen Gedanken der Legionen Dabrowski's fortsetzten; in der Epoche Napoleons bemühte sich Mickiewicz, eine polnische Legion während des Krimkrieges aufzustellen, die die Tradition der polnischen Aufstände fortsetzen sollte.

Als Rußland die kulturellen polnischen Institutionen in Lemberg zu vernichten bemüht war, die Beseitigung des polnischen Charakters dieser Stadt proklamirte und gegen Krakau vorrückte, propagierten die Dwugroszówka (Zweigroschenblatt) und der „Kurjer Warszawski“ die Schaffung einer bewaffneten polnischen Macht zugunsten Rußlands. Wie soll man sich da wundern, daß diese Zeitungen heute die Idee eines Kampfes gegen Rußland bekämpfen!

Die Aktion zu diskreditieren, die zur Schaffung einer bewaffneten polnischen Macht führen soll, deren erste Aufgabe der Kampf gegen Rußland im gegenwärtigen Kriege wäre, ist die Aufgabe dieser Zeitungen. In der Politik geht nichts zugrunde. Die Aktion, die die Schwächung unsrer antirussischen Aktivität zum Ziele hat, unfähig, sie vollständig zu paralytisieren, wird die Spannkraft unsrer Kampfesenergie schwächen, wenn diese aus dem potentiellen in den kinetischen Zustand übergehen wird, wenn uns die Mittelstaaten zur Tat berufen. Daher ist die größte Rücksichtslosigkeit gegenüber unseren Gegnern angebracht. Wer

die russophilen Aktivisten, die, sei es in der Presse, sei es auf anderen Gebieten des öffentlichen Lebens operieren, heute schon, der bewahrt unsere zukünftige bewaffnete Macht nicht vor Demoralisation, der schon nicht die besten Kräfte des Volkes, die durch Verrat untergraben werden können.

Das Wohlergehen im Kampfe erfordert einen starken Willen zum Kampfe, einen starken Siegeswillen. Der Wille zum Kampfe und zum Siege entsteht aus dem Bewußtsein, daß er zur Entwicklung und zum Dasein des Volkes unumgänglich notwendig ist. Wenn man dieses im nationalen Bewußtsein vermischt, entreißt man dem Volke den zukünftigen Sieg. Es begehen also solche Leute ein Verbrechen gegen Polen. Die bewaffnete Macht — eine polnische Armee — jenes grundlegende staatliche Organ, das am meisten staatschöpferisch ist, werden wir nicht erhalten. Die von den polnischen Patrioten ersehnte Proklamation des polnischen Staates werden wir nicht erleben, wenn die Zentralstaaten zu der Überzeugung kommen, daß nicht diejenigen das Volk beherrschen können, die einen polnischen Staat fordern, sondern diejenigen, für die die bescheidenste, im realen Verhältnis der Kräfte am wenigsten gesicherte Autonomie erwünschter ist, als ein selbständiges staatliches Dasein, und wenn sie zu der Überzeugung kommen, daß unser Volk der Opfer nicht fähig ist.

Daher hat die Erklärung einiger russophilen Gruppen, die gegen die Entschliebung vom 3. September, die die Ausrufung eines polnischen Staates und die Schaffung einer polnischen Armee fordert, der polnischen Sache Schaden gebracht und erfordert die Verstärkung unsrer Anstrengungen, um sie zu neutralisieren.

W. Studnicki.

Aus Nr. 216 der Iskra (Sosnowice)
vom 13. September 1916.

Der Hochmut der Minderheit.

Am 3. September d. J. fand im Saale der Philharmonie in Warschau auf Anregung des „Klubs der Freunde eines polnischen Staatswesens“ — wie wir bereits berichtet haben — eine politische Versammlung unter Beteiligung von ungefähr 5000 Personen statt, in der eine Entschliebung unter der Adresse der Mittelmächte angenommen wurde. Diese Entschliebung stellte die antirussische Stellungnahme und die Notwendigkeit der Ausrufung eines polnischen Staates und der Schaffung eines polnischen Heeres fest.

Es war also durchaus nichts Verbrecherisches. Das Programm, das seit Beginn des Krieges durch die Unabhängigkeitsparteien betont wurde und das eine freundliche Aufnahme seitens der lebendigen, tätigen und initiativfreundigen politischen Faktoren gefunden hatte, wurde in der Versammlung in die Form eines kurzen Antrages gekleidet. Dieses Programm ist nicht eine vereinzelte Widerspiegelung der Anschauungen der 5000 Versammelten, sondern es steht dahinter die bedeutende Mehrheit der organisierten polnischen Faktoren, die durch die Macht der Tatsachen infolge ihrer Tätigkeit und der Vernunftmäßigkeit ihrer politischen Forderungen sich an die Spitze der nationalen Politik gestellt haben.

Auf einmal, nach Verlauf einer Woche seit Annahme der genannten Entschliebung trat unsere absterbende Nationaldemokratie unter mehreren erlöschenden Firmen mit Protesten hervor.

Vergeblich würde man auf eine Erklärung warten, auf welche Gründe die im Absterben begriffenen Geschöpfe der russischen Knechtschaft die Notwendigkeit des Protestes stützen. Wir denken zwar noch an die Don-Quichoterie der Nationaldemokratie, da der Redakteur der „Gazeta Polska“, Herr Roman

Dmowski, mit seinen kleinstädtischen Emporkömmlingen sich in die Toga der Würde hüllte und als der einzige unfehlbare Anwalt des polnischen Volkes „urbi et orbi“ aufzutreten gewöhnt war. Unbedingt gehört ein solches Vorgehen, das an die vergangene Epoche der Sklaverei unter der sorgsamsten Fürsorge des russischen Eroberers erinnert, der Vergangenheit an, die nach unserer festen Überzeugung nicht mehr wiederkehren wird.

Wozu also diese durch nichts gestützte, inhaltlose Grammophonie? Mochnacki hat einmal gesagt: „Wir sind zugrunde gegangen, weil nicht die Mehrheit, sondern die Minderheit bei uns stets das Volk darstellte.“ Die protestierende Nationaldemokratie & Comp. ist doch um Himmels willen nicht die — Mehrheit. Die Unabhängigkeitsparteien, die die politischen und wirtschaftlichen Interessen breiter Volksmassen unmittelbar vertreten, sind der Ausdruck der Meinung der Mehrheit und lassen sich durch die usurpatorische Nationaldemokratie nicht vom Wege abdrängen.

Es drängt sich uns nebenbei noch eine Bemerkung auf. Die Protestler haben sich durch die Tatsache des Protestes selbst in die Rolle der Opposition begeben. Da Opposition überall sein muß, wird sie auch von uns geduldet. Aber die nationaldemokratische Usurpation halte von der Herrschaft über den freien Geist des Volkes die Hand weg!

W. Klin.

Aus Nr. 252 des Naprzód (Krakau)
vom 11. September 1916.

Nach der Warschauer Entschliebung.

Wenn wir das Leben des Königreichs seit dem entscheidenden Datum des Rückzuges der Russen aus ihm beobachten, dann sehen wir, wie dort die Reigung zur aktiven Politik ständig wächst; dies wurde zuletzt entschieden in der letzten Versammlung in der Philharmonie dokumentiert.

Zunächst fiel uns im Königreich, namentlich aber in Warschau, eine gewisse Resignation, eine scheinbare Apathie auf politischem Gebiete auf; die Energie zeigte sich nur in einer einzigen Strömung, der Organisierung der Rettungsaktion auf dem Boden der durch den Krieg herbeigeführten Verhältnisse.

In bezug auf diese Arbeit hat uns das Königreich bedeutend übertroffen, beunruhigte uns jedoch zugleich durch die Atrophie in der Richtung des Willens zur politischen Tat. Man empfand dort mehr und fast ausschließlich das unmittelbare Verwüstungsmoment des Krieges und fühlte nicht den sich ankündigenden Befreiungsprozeß auf den Trümmern der russischen Herrschaft an der Weichsel.

Es konnte jedoch damals nicht anders sein. Die langjährige, brutale politische Knechtung des Königreichs mußte eine Erstarrung seiner politischen Gruppierung nach sich ziehen.

Eine Politik, die nicht nur eine schmerzhafteste Pantomime oder die Parodie der Bewegung eines Paralytikers auf seinem Wägelchen war, konnte hier lediglich im geheimen existieren. Dies erforderte jedoch große Opfer und Abhärtung, aber infolge der unnatürlichen Verhältnisse schuf es auch hier nicht selten nur trügerische Resultate.

Und noch mehr: Auf diesem künstlich ausgesogenen und vorher so fruchtbaren Gebiete verbreitete sich während des letzten Jahrzehnts vor dem Kriege das Unkraut des Dmowskischen Wesens, welches unter der überwiegenden Mehrheit der Bourgeoisie und der Intelligenz die überlieferten Ideale überwucherte, die Politik der Ergebung in den Willen des Zaren sanktionierte, den „Ablenkungswinkel“ zwischen den pol-

nischen Aspirationen und dem Kurs der russischen Regierung verringerte.

Point de rêveries — keine Träume, verkündigte nicht mehr Romanow, sondern „der große Statist“ Roman Dmowski. Und den Hunger jener Träume versuchte er durch kleine Gaben verschiedener emsig ausgedachter lokaler Lockmittel zu stillen. Die Politik, wie er sie verstand, als „mysteriöse“, in Wirklichkeit aber misérable Abmachungen mit der ihn immer ins Feld führenden russischen Perfidie eskamotierte er für sich und das kleine Konfession seiner Vertrauten.

Der zehnjährige Abschnitt des Dmowskischen Wirkens war also dadurch gekennzeichnet, daß er nicht nur die politische Zurückhaltung im Königreich verstärkte, sondern auch zahlreichen Kreisen der dortigen Allgemeinheit einredete, daß die Invalidentät einer politischen Nichtbewegung die Tugend der Abgeklärtheit, dagegen die entsprechende Bewegung, die sich hinter der galizischen Grenze bemerkbar machte, etwas Krankhaftes, irgend eine Besessenheit, ein Weitzstanz sei.

Mit dem Augenblicke jedoch, als vom polnischen Boden der Alp des Zarentums verschwand, als das Dmowskische Gift in alle Winde zerstreut war, wuchsen bei uns die Hoffnungen, daß das Königreich, daß Warschau sich von jener Ohnmacht befreien werde. Vereinzelt war nur der Aphorismus eines Krakauer Politikers, daß Warschau nur „für den Bauch“ lebe.

Und in der Tat belebte sich Warschau systematisch vor unseren Augen, sei es durch die imponierende Feier des 3. Mai, durch den Verlauf der Einführung des städtischen Gemeinderats usw. Zuletzt gab es seinen politischen Aspirationen in jener Versammlung Ausdruck, die zu diesen Bemerkungen die Veranlassung gab.

Und es ist bezeichnend, daß man sich gerade von der Seite, von der gelegentlich Warschau der Vorwurf gemacht wurde, daß es nur „für den Bauch“ lebe und darüber hinaus nicht sehen wolle, gegen jene Versammlung wandte, daß sie, durch einen einzigen Klub einberufen, sich erdreiste, politische Resolutionen aufzustellen.

In jener Kritik wurde übersehen, daß der genannte Klub nur der Veranstalter der Versammlung war, da er die einzige bisher legalisierte Organisation in Warschau ist. Das Verzeichnis der Redner mußte jedoch den Verfasser der Kritik darüber genügend aufklären, daß er die Vertreter der verschiedenen Unabhängigkeitsorganisationen vor sich hatte.

Das Sicheinsetzen für irgend welche Gruppen, die nach keiner Richtung hin irgend etwas Bindendes erklären wollen, so lange die Ungewißheit des Krieges andauert, und ihre Gegenüberstellung den aktiven Gruppen ist nur ein schnell verpuffender Effekt.

Auf einer solchen Grundlage könnte man sogar die Genauigkeit einer Sprachenstatistik in Frage stellen und die besondere Berücksichtigung der Taubstummen verlangen.

Wer in der geschichtsschöpferischen Zeit keine Orientierung beweist, der streicht sich selber aus der Rechnung.

Charakteristisch ist, daß das selbe Krakauer Organ (viele Leser werden es schon erraten haben, daß es sich um die „Reforma“ handelt) es für richtig hielt, die Legionen (sic) vor den Teilnehmern der Versammlung, unter denen sich auch Sieroszewski befand, in Schutz zu nehmen aus Anlaß der Nichtachtung, die diese (die Legionen) dort angeblich erfahren hätten.

Und wiederum erinnern wir daran, daß, als Sieroszewski für eine bewaffnete Tat der Legionen eintrat und sich gegen die kleinlichen Sorgen wandte, sich in den Spalten der „Reforma“ eine Warnungsstimme erhob unter dem Titel „Primum vivere dein philosophari“ (zuerst erleben, dann philosophieren.)

Man muß also fragen, womit sich eigentlich die „Reforma“ auf dem Warschauer Boden solidarisch erklären will, mit dem „Bauch“ oder mit dem Geiste, oder mit dem veränderlichen Windeswehen?

Wir jedoch, die wir unsrerseits der Freude Ausdruck geben, daß in Warschau in dieser Zeit des bedauernswerten wirtschaftlichen Ruins, zugleich aber der nach dem Leben strebenden politischen Hoffnungen, das politische Leben immer kräftiger pulsiert, wir erwarten noch eins, nämlich, daß Warschau, indem es seinen politischen Blick schärft, auch unser Gebiet damit umfaßt, wie wir das bis jetzt getan haben.

Denn wir geben uns der Hoffnung hin, daß auf Warschau, die Hauptstadt Polens, die Führung in der polnischen Politik übergehen wird.

Aus Nr. 254 des Naprzód (Kraakau)

vom 13. September 1916.

Einige Worte zu dem berühmten Protest.

Gegen die Entschließung der Versammlung in der Philharmonie traten einige Gruppen der sogenannten alten Parteien, d. i. der nachgeborenen Söhne der russischen Ära mit einem Protest hervor, in welchem sie den Urhebern dieser Entschließung den Charakter „eines ernststen Teils der nationalen öffentlichen Meinung“ absprechen.

Sich selbst also betrachten sie a contrario als genügend ernste Organisation. . . So ungefähr denken aber alle von sich. Niemand gibt gern ein Urteil über sich ab und niemand bekennt gern öffentlich, daß er ein ähnlich löbliches Merkmal nicht besitze.

Aber außer diesem Selbstkompliment vermochten die unterzeichneten Gruppen nichts zu sagen. . .

Einige von ihnen, wie die an der Spitze unterzeichnete Nationaldemokratie, konnten früher sogar im Schweigen wenigstens zahlenmäßig imponieren.

Heute ist dies eine Partei von Schiffbrüchigen. Zu der Feier des 3. Mai in Warschau hatten sich, als in dem Festzuge Gruppen von Mitgliedern der politischen Parteien gebildet wurden, unter die Fahne der Nationaldemokratie ganze 8, buchstäblich acht Leute gemeldet und diese Gruppe kam nicht zustande.

Die einen hatten vielleicht Angst vor der Beteiligung an einer solchen „Manifestation“, andere schämten sich vielleicht, sei es gerade ihres bisherigen Banners, sei es des sonderbaren Schauspiels, welches sie in den Reihen des Festzuges bilden würden.

Es schritten aber Hunderttausende einher, und das Fehlen der Nationaldemokratie entdeckte nur zufällig das geübte Auge eines Zeitungsberichterstatters.

Unter der Unterschrift der Nationaldemokratie befindet sich die Unterschrift der Realisten und daneben auch die jener „fortschrittlichen polnischen Partei“, welche die Person Dmowski's bekämpfte, aber seine Weisungen mit Selbstverleugnung verschlang.

Diese Gruppen verbieten durch den Ernst ihrer Unterschriften anderen Gruppen, in Sachen Polens das Wort zu ergreifen, aber sie selbst „schonen“ ebenfalls ihre Stimme.

Die Friedhofsrufe ist sicherlich höchst ernst, aber Polen ist kein Friedhof und will es nicht sein.

„Ernstes“ Faktum steht es immer frei, sich in die Erde zu vergraben, aber ein lebendiges Volk kann nach einem solchen Frieden nicht schwachen und wird sich nicht entschließen, sich selbst — in den Augen der Welt — ein solches Verderben zu bereiten.

Aus Nr. 250 a der Godzina Polski (Warschau)

vom 8. September 1916.

Jetzt oder niemals.

Um alles zu retten, muß man zu allem entschlossen sein. Eine schwerere Krankheit erfordert heroische Mittel.
Schiller.

Vor dem Forum des Gerichts der Geschichte erschien die Frage der Unabhängigkeit Polens.

Die Verteidiger dieser Sache wenden sich an das Volk und rufen:

„Das Schwert des Brennus muß man in die Wagchale werfen.“

Anderere murren lauter und leiser:

„Mit welchem Rechte wagen es jene, das Volk auf den Weg des Abgrunds zu drängen?“

Die Frage nach dem Recht ist im gegebenen Falle ein Unsinn.

Denn hier ist das Recht der Einzelnen vorhanden, an die Geschicke der Allgemeinheit zu denken. Es handelt sich nur um die Frage, ob sie nicht etwa irren, ob sie richtig denken!

Rechnen wir mit der Argumentation jener ab, die in den Anhängern eines tätigen Kampfes mit Rußland und in dem Bündnis mit den Zentralmächten unverständige Phantasten, ja anmaßende Dummköpfe oder gar Bösewichte sehen wollen, die — gleichgültig ob mit oder ohne Absicht — zum Verderben ihres Volkes tätig sind.

Das erste Argument ist ein humanitäres. . .

Durchs Blut waten!

Wir achten den ethischen Widerwillen gegen den blutigen Kampf nicht gering, aber es gibt Momente, wo die Pazifisten in der Öffentlichkeit keine Stimme haben.

Die ganze Welt steht in den Flammen des Kampfes.

Jede Tatsache beweist, daß die Freiheit des Volkes durch Blut erkaufte wird und der Sieg der besten Sache eine Frage der physischen Kraft ist.

Man könnte sich davor schütteln, wenn der Soldat nur töten ginge, wenn er nicht zugleich ginge, um getötet zu werden. Er nimmt das Leben andern, aber er bringt auch das seinige zum Opfer dar.

Der tiefe Widerwille vor dem Blutvergießen, der nach dem Grundsatz handelt: „Besser getötet zu werden als zu töten“, ist übrigens nur seltenen Seelen, erhabenen Märtyrern eigen.

Die Massenpsychologie ist zu einer solchen wunderbaren Höhe nicht gelangt. Der gesunde Selbstverhaltungstrieb ist ihr entgegen.

Es ist nicht wahr, daß diejenigen, die sich durch den Schild des Pazifismus vor dem Kriege schützen wollen, zu den edelsten gehören. Sie verdammen den Krieg der andern nicht. Sie fürchten ihn nur für uns.

Den ehrlichen Pazifisten gebührt das ironische Lächeln der Jahrhunderte der Geschichte; den gewöhnlichen Feiglingen gebührt nur die Verachtung.

Mit Argumenten einer empfindlichen Humanität darf man während des Krieges der Völker nicht rechnen. Nach dem siegreichen Kriege werden die Propheten des Friedens verstummen. Es handelt sich also darum, daß man gewinne.

Das Argument einer eventuellen Entscheidung des Krieges zugunsten dieser oder jener Seite des Krieges erscheint demnach auf dem Plan. Das reale Leben auf der Erde, — und nicht das ideelle der Träume in den Wolken von der allgemeinen Menschenliebe — kann nur mit diesem Argumente rechnen.

Es gibt drei Argumente, die uns den Kampf im Bündnis mit den Zentralmächten diktiert. Und jedes von ihnen hat eine unermessliche Bedeutung.

Das erste Argument — ist ein strategisches. Was auch der größte Skeptizismus sich von der Zukunft vorstellen möge, so ist doch eine unzweifelhafte Tatsache vorhanden: Die wunderbare Macht des Widerstandes, die die Kampforganisation der Zentralstaaten im Verlauf von zwei Jahren der riesig überwiegenden numerischen Kraft entgegengestellt hat. Man kann reden, was man will, aber die Kriegskarte Europas sagt ohne die Möglichkeit eines Widerspruchs: Bis jetzt ist der Genius der deutschen Strategie überall siegreich. Alles ging rückwärts oder bewegte sich vorwärts im Schildkrötentempo, während er mit Riesenschritten vorwärts ging. Auf diese Kraft darf man schon etwas für das Morgen bauen.

Das zweite Argument — ist ein politisches. Es ist dies der gegenwärtige status quo. Österreich und Deutschland haben das in die Tat umgesetzt, was Nikolaus Nikolajewitsch nur versprach. Diese beiden Staaten vereinigten die polnischen Gebiete. In dieser Lage bleiben uns nur zwei Sachen übrig: entweder mit den tatsächlichen Herren der Lage Hand in Hand zu gehen und ein Anrecht auf die Teilung des Grobarten zu erwerben, oder müßige Zuschauer zu bleiben und kein Recht für die Zukunft zu erringen. Die Müßigen dürfen sich nicht an den Tisch des Siegers setzen, wer dieses auch sein möge, und können nicht das gleiche Stimmrecht verlangen — nicht einmal in eigener Sache.

Das dritte Argument — ist ein moralisches. Obwohl uns die geschaffene Lage wirtschaftliche Lasten auferlegt hat (der Krieg hat damit alle Staaten belastet), so ist das eine sicher: Das, wovon wir so lange unter russischer Herrschaft ohne Erfolg geträumt haben, ist während des kurzen Aufenthalts der Deutschen im Lande Wirklichkeit geworden. Wir haben kulturelle Freiheiten erlangt, das Recht der eigenen Sprache in der Schule, vor Gericht, in den Hochschulen, in den Gemeindevertretungen, das Recht der Erinnerung an Nationalheiden, das Recht, davon zu reden, wovon die Würde des Menschen und des Volkes zu reden zwingt — von der Freiheit. Das Wort „Unabhängigkeit“ war gestern ein Verbrechen. Heute ist es ein berechtigter Traum. Wir denken laut polnisch. Wir träumen laut polnisch. Für die Seele des Volkes, — sofern jemand an eine solche Seele glaubt, bedeutet dies die Erringung des Rechts der Entwicklung, der Zukunft.

Auf diese Grundlage darf man die Kampferbrüderung bauen. Übrigens datiert dieses schon seit Beginn dieses Krieges und feiert Triumphe in der Heldenhaftigkeit der Legionen.

Was kann man dieser Argumentation entgegenstellen?

Das Risiko des Krieges?

Zeigt mir eine Welt ohne Risiko. Das Risiko ist das Element eines jeglichen Unternehmens. Es riskiert jeder Unternehmer alle Tage, da die Konjunkturen sich ändern können. Es riskiert der Mann der Wissenschaft, wenn er Versuche des Fliegens in der Luft anstellt —, und die Erfindung des Flugzeugs ist der Sieg des menschlichen Genies nach vielen riskanten Ereignissen, die tragisch geendet haben.

Der Krieg ist eine riesige Lotterie, zu der alle großen Nationen Lose genommen haben. Die kleinen folgen ihrem Beispiel. Warum sollen bloß wir nicht spielen dürfen? Besitzen wir denn bereits alles? Haben wir wirklich nichts mehr zu gewinnen?

Man wird antworten: „Wenn auch die ganze Welt wahnsinnig werden sollte, so muß doch irgend jemand das Recht haben, verständig zu bleiben. Wenn auch alle spekulieren sollten, wir haben keine Verpflichtung, unvernünftig zu sein.“

Diese Antwort ist nur scheinbar richtig.

Wenn Millionäre spielen, dann brauchen die mittelmäßig Begüterten ihrem Beispiel nicht zu folgen. Denn jene dürfen verlieren, und die letzteren müssen vorsichtig sein. Aber der Arme, der seinen letzten Groschen aufs Spiel setzt und das Glück versucht, ist durchaus nicht unvernünftig. Er handelt unter dem Einflusse des Zwanges. Der ersparte Groschen wird ihn nicht retten. Aber das Spiel kann ihm günstig sein. Zu spielen... ist manchmal der Verstand eines gesunden Instinkts!

Übrigens ist der Krieg nicht völlig mit einer Lotterie zu vergleichen. Wer aktiv tätig ist, der zwingt vielfach das Los, ihm günstig zu sein. Wer aber mit verschränkten Armen daßigt, der verliert immer.

Ein unfreies Volk ist in gewisser Beziehung arm! Die Freiheit kann man nur gewinnen, wenn man ein Los der Kriegslotterie nimmt!

Ob diejenigen, die für das Volk das Risiko des Krieges fürchten, es wagen werden, uns zu versichern, daß die Unabhängigkeit wie ein Brosamen von dem Herrentische des Kongresses für uns herunterfallen wird? Kann irgend jemand sich der Illusion hingeben, daß Rußland die Absicht habe, Polen wiederzugewinnen, um ihm die Unabhängigkeit zu geben? Oder macht sich jemand Illusionen darüber, daß der Sieg der Koalition nicht die Wiederkehr der Verhältnisse zur Zeit des Kongresses von 1815 bedeuten würde, bei dem der russische Zar die übermächtige Stimme hatte? Ein zurückhaltendes Polen wird ein Fraß für Rußland sein, ebenso wie früher.

Das Risiko der Tat verheißt uns die Unabhängigkeit. Das Risiko der Zurückhaltung verspricht die frühere Knechtschaft.

Das Volk muß sich entweder sagen: „Ich bin mit meiner Knechtschaft für immer einverstanden“, oder es muß in dem Momente, da nach hundertjähriger Knechtschaft zum ersten Male sich die Verhältnisse für dasselbe günstig gestalten, da es die Stimme in dem blutigen Konzerte Europas erlangen kann, da in dem Ringen der großen Völker die große politische Lotterie eröffnet worden ist, sagen:

„Die Stunde hat geschlagen!
Jetzt, oder — niemals!“

Aus Nr. 253 a der Godzina Polski (Warschau)

vom 11 September 1916.

Die Politik der Tat.

Die epochemachenden politischen Beschlüsse, die in der von dem Klub der Freunde eines polnischen Staatswesens einberufenen Versammlung in der Philharmonie gefaßt wurden, haben in allen Schichten unseres Volkes ein kräftiges Echo hervorgerufen.

Die Forderung der Unabhängigkeit Polens ist endlich als Wunsch des ganzen Volkes vor das Forum Europas gestellt worden.

Endlich...

Zwei Jahre hat Polen geschwiegen. Während zweier Kriegsjahre hat Polen sich zu keiner schöpferischen Tat aufgerafft.

Auf der ganzen Welt fließt das Blut in gewaltigen Strömen, massenweise werden die Soldaten ganz Europas in die Grabhügel gelegt und Polen schweigt.

In den blutigen Schlachten kämpfen die Heere Europas um ein helleres Morgen der Völker und bringen ihr Blut und Leben als Opfer dar; die Stürme der Schlachten wüten über alle Länder, und Polen schweigt.

Raum eine Handvoll Mutiger ist im Begriff, die bedrohte Ehre des Volkes zu retten und gibt einen

Beweis dafür, daß unsere ritterlichen Tugenden unzerstörbar sind.

Wem soll man dieses Schweigen zuschreiben? Wem die Schuld für ein so schwaches politisches Bewußtsein, das Zurückhaltung empfiehlt, zuschieben?

Die vernichtende Politik Rußlands hat Polen in bezug auf schöpferische Politik vollständig ausgefogen.

Man verurteilte uns zur Tatenlosigkeit und zum Schweigen.

Sklavische Spielbälle sind wir in der Hand des östlichen Satrapen geworden.

Zum großen Teil können wir dies auch der zersplitternden Arbeit der Nationaldemokratie zuschreiben, diesem Geschwür auf dem gesunden Körper Polens.

Je mehr Nachgiebigkeit aus den amtlichen und polnischen Kompromißkreisen kam, desto mehr unterdrückte man das Volk.

Es ist bekannt, daß der Angreifer um so kräftiger angreift, je mehr er Resignation und Mangel an Vertrauen zur Wirksamkeit der Verteidigung in dem Gegner sieht.

Unzweifelhaft war der Verlust durch Lostrennung des Schmelmerlandes und die unglückselige städtische Selbstverwaltung eine Schuld der Nationaldemokratie.

Man raffte sich zu keinem einzigen Postulate auf, das auch teilweise die lebendigen Rechte des Volkes befriedigen könnte. Ewig — Versöhnung und Demut.

Welches Volk hat in der Geschichte Europas ein Minimum der Rechte durch Nachgiebigkeit und Knechtschaft erlangt?

Der erniedrigte Sklave hat kein Recht auf den Namen eines freien Menschen.

Als der Krieg ausbrach, zog die russische Regierung den vorbereiteten Unabhängigkeitsakt Polens aus der Tasche, da sie der Polen nicht sicher war.

Und nun...

Freiwillig ließen wir uns das Halsband des Sklaven um den Nacken legen.

Die Menschen zogen wie Hammelherden nach den Sammelpunkten der Mobilisierung, um durch Untertänigkeit und Treue das Vertrauen der Behörden zu erwerben.

Eine Schande für das Volk war die Rede des Abgeordneten Jaronski in der Duma, in der er die Treue Polens gegenüber der russischen Regierung erklärte.

Ein Volk, das hundert Jahre lang durch die russische Regierung mit Galgen und Sibirien unterdrückt wurde, wird nachgiebig und verspricht seinem Henker Treue.

Was wird die Geschichte dazu sagen?

Solche Tatsachen wird sie gewiß nicht übergehen!

Und heute, da nach zwei Jahren blutigen Ringens auf den Schlachtfeldern Europas die hervorragendsten Vertreter Polens endlich die Wünsche des Volkes klar aussprechen und die Zustimmung von fast ganz Polen erlangen, protestiert die Nationaldemokratie gegen die Beschlüsse der unvergeßlichen Versammlung und nennt sie „eine usurpatorische Tat wenig zahlreicher Einzelpersonen.“

Wogegen protestiert sie?

Gegen das unabhängige und freie Polen?

Sie will es nicht haben und braucht es nicht.

Sie zieht die Sklaverei und die Peitsche des Herrn vor — so sehr ist sie schon daran gewöhnt.

Sie fürchtet die Unabhängigkeit wie Feuer, denn in dem freien Polen würde es keinen Platz für sie geben.

Die heutigen Konspirationen der evakuierten Arrangeure der Nationaldemokratie in Petersburg erinnern lebhaft an den Verrat von Targowice.

Ein ebensolches Paktieren um den lebenden Organismus Polens, wie damals!

Dieselbe sklavische Dienerhaftigkeit, wie vor 125 Jahren!

Das freie und unabhängige Polen ist heute das einzige Ziel unsrer Politik.

Die geschichtlichen Bedingungen haben sich so günstig gestaltet, daß wir heute das erlangen können, was noch vor kurzem als „nicht durchführbare“ Träumerei galt.

Aber nur eine ehrliche und starke Tat diktiert das Gesetz Europas.

Nur sie ist der sicherste Trumpf des Sieges.

Durch die Tat erlangt das Volk die Freiheit und den Sieg. Ein Volk, das die Tat meidet, verelendet und geht zugrunde.

Nicht Kriege waren die Ursache von Polens Untergang, sondern die Zurückhaltung und Untätigkeit des Volkes und die Flucht unter die Fittiche des Friedens.

Ein Volk, das sein Schwert in die Wagschale der Ereignisse wirft, erlangt das Stimmrecht zur Verteidigung seiner Rechte; — ein untätiges und die Gnade des Herrn erwartendes Volk ist der Freiheit unwürdig.

Aus Nr. 14 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 19. September 1916.

In der Warschauer Chronik des Blattes lautet ein Absatz:

..... Es fehlt uns an Fähigkeit zum Handeln, aber dafür lieben wir viel zu sprechen. Die Versammlungen in der Philharmonie erfreuen sich großen Erfolges. Das ist übrigens kein Wunder. Solange durften wir öffentlich nichts davon sagen, was uns schmerzt, was wir wünschen. Morgen wird wiederum eine öffentliche Versammlung in der Philharmonie stattfinden zwecks Sichausprechens der Unabhängigkeitsparteien in Sachen der politischen Situation.

Von vornherein kann ich sagen, daß es wiederum voll sein, daß man ein Duzend hinreißende Reden halten, daß man eine Reihe von Beschlüssen fassen wird, ob aber aus diesem Strom von Worten eine politische Handlung geboren werden wird? Wenn es doch der Fall wäre!...

Aus Nr. 455 des Czas (Krakau)
vom 9. September 1916:

Das Spielen mit dem Feuer.

Die „Wiadomości Polskie“ brachten unlängst einen Artikel, der von uns zum Teile wiedergegeben wurde und manche Rundgebungen der demagogischen Agitation verurteilte, welche unter dem Deckmantel des Strebens nach der Unabhängigkeit die polnische Volksgesamtheit im Königreich Polen zu irgend einer verzweifelten und hoffnungslosen Aktion zu treiben sucht, zu einer Aktion, die höchstens im Interesse der fanatischsten Feinde unserer Zukunft liegt. Diese Agitation richtet sich gegen alle öffentlichen Organisationen und politischen Programme, und sogar das Nationale Zentralkomitee, welches bekanntlich von den radikalen Parteien (Unabhängigkeits-Linke) gegründet worden ist, ist Gegenstand ihrer Angriffe, weil es zu kompromißartig ist. Diese Agitation wird mit Hilfe von Aufrufen und Flugblättern, z. B. von Schriften wie „Aufforderung“ (Wezwanie) oder „Zur Tat“ (Do czynu) verbreitet, wovon schon elf Nummern erschienen sind. In der letzten Nummer dieses Blättchens lesen wir heftige Angriffe auf das Nationale Zentralkomitee, daß es „die Rechte nicht gezwungen habe, seinem Befehle zu folgen“, und „daß es durch

Bereitwilligkeit für Zugeständnisse und durch bescheidene Forderungen für gemeinsame politische Anstrengungen habe versöhnen wollen.“ Es hätte dagegen das ganze Volk zu einer breiten organisierten Aktion zwecks Erlangung der Unabhängigkeit treiben, nicht warten, nicht aufschieben, sondern den Großmächten gegenüber mit Forderungen hervortreten, diese Forderungen mit einer entsprechenden Kraft unterstützen sollen, ohne vorirgend welchen Mitteln zurückzuschrecken.“ Mit solchen allgemeinen und kindischen Drohungen ist übrigens die ganze Nummer ausgefüllt.

„Unterstützung der polnischen Forderungen durch eine entsprechende Kraft“ ist entweder eine Redensart oder das Verlangen, die verderblichsten Traditionen aus der Zeit der Raubanfänge und der Anarchie wieder zu beleben. Die polnische Volksgesamtheit weiß ausgezeichnet, daß solche Lösungen nur ganz unverantwortliche Menschen ausgeben können, die sich über die Konsequenzen dessen, was sie predigen, keine Rechenschaft ablegen, oder Menschen, die absichtlich eine Verwirrung im Lande anrichten wollen, um in ihr die Zukunft der polnischen Frage aufgehen zu lassen. Im ersten Falle hätten wir es mit einem Irren, im zweiten Falle mit einer Herausforderung zu tun. Zweifellos wäre die zweite Möglichkeit, weil sie von außerhalb der polnischen Volksgesamtheit stammt, für uns vorteilhafter, aber alles scheint eher gegen sie zu sprechen. Wir müssen daher abwarten, daß die öffentlichen Organisationen und verantwortlichen Leute, besonders die im Nationalen Zentralkomitee, gegen welches sich diese Agitation vor allem richtet, indem sie fordert, daß es sich ihrem Kommando unterwerfe, instände sein werden, sich dieser Agitation nicht nur wie bisher zu widersetzen, sondern sie auch als eine für die gemeinsame Sache höchst schädliche Agitation zu unterdrücken. Jedes weitere Wachstum dieser Agitation, welche in Anbetracht der Anhäufung so vieler Explosivstoffe durch die kriegerischen Ereignisse so gefährlich ist, müßte einer Verurteilung des ganzen verständigen Teils der Volksgesamtheit begegnen.

Aus Nr. 33 der Wochenschrift Zorza (Warschau)
vom 12. August 1916.

Welches Unglück ist der Mangel eines eigenen Staates und die Fremdherrschaft?

Was die Fremdherrschaft bedeutet und was für ein Unglück sie ist, davon haben sich die Polen, seitdem sie die Unabhängigkeit verloren, überzeugen können. Über hundert Jahre hat die fremde Regierung uns alle geknechtet und ausgebeutet. Wie sehr die fremde Regierung der ganzen Volkswirtschaft schadet, wie sie den Fortschritt des nationalen Lebens hemmt, wie sie die Sprache und das Glaubensbekenntnis unterdrückt, davon gibt die russische Herrschaft ein Beispiel. An diesem Beispiel erkennen wir, welchen Schaden der Mangel an Unabhängigkeit und staatlichen Selbständigkeit dem ganzen Volke bringt. Wieviel Unrecht uns die Russenherrschaft durch so viele Jahre zugefügt hat, werde ich gar nicht aufzählen, denn es gehören Bände dazu, um es zu fassen. Übrigens hat jeder dieses Unrecht mit eigenen Augen gesehen; also rufen wir uns das Mächtige und Bedeutendste ins Gedächtnis.

Die Bedrückung des Glaubens und der Sprache:

Was ist teurer und heiliger für jeden von uns, als unser, von den Vorfahren geerbter heiliger Glaube, in welchem wir von klein auf aufgewachsen sind. Der eigene Glaube ist für jeden Menschen das teuerste Gut. Die Russen wollten uns langsam unser Heiligtum, den katholischen Glauben, entreißen und uns zu ihrer orthodoxen Kirche bekehren. Wie sie danach jahrelang gestrebt haben, das konnten wir in Podlasie

sehen, wo die Uniaten und Römisch-katholischen mit Gewalt zum Übertritt zur orthodoxen Kirche getrieben wurden.

Wer zählt, wieviel Qualen diese heldenmütigen Märtyrer in Podlasie erduldet haben, um bei ihrem Glauben zu beharren? Sie waren gezwungen, die Taufen und die Trauungen in Galizien vorzunehmen, wohin sie sich erst durch die Grenze schleichen mußten. Manchmal haben sie jahrelang keine Gelegenheit zum Beten in ihrer Kirche gehabt. Wie viele Qualen und Verfolgungen die Bewohner von Podlasie erleiden mußten, kann nur der Himmel zählen.

Nicht besser wurde unsere Sprache, das zweitgrößte Heiligtum des Menschen, von der fremden Regierung behandelt:

Die eigene Sprache ist ein Heiligtum, weil wir doch in ihr die ersten Worte aussprechen gelernt haben; in dieser Sprache beten wir und erheben unsere Gedanken zum Himmel; in dieser Sprache klagen und trauern wir. Diese Sprache gebrauchen wir das ganze Leben hindurch. Darum ist sie uns so vertraut und so lieb. Die fremde Regierung wollte uns langsam dieses Heiligtum entreißen. In unserem eigenen Lande durften wir in unserer Sprache weder auf dem höheren Gericht, noch im Amte, noch in der Schule, wo die Kinder ihre ersten Kenntnisse erlangen, sprechen. Die Kinder wurden — fast als Säuglinge noch — von der fremden Regierung geknebelt, damit sie die fremde Sprache lernen. In den Schulen in Polen wurde fast ausschließlich russisch gelehrt und in der polnischen Sprache wurde in unserem eigenen Lande kaum ein paar Stunden wöchentlich unterrichtet. In unserem eigenen Lande wurde unsere Sprache stiefmütterlich behandelt und hintangesetzt. Und doch wird bei jedem Volke, welches seine staatliche Selbständigkeit besitzt, in der Volksschule nur in der eigenen Sprache unterrichtet. Man spart dadurch viel Zeit, welche zum Unterricht in anderen nützlichen Gegenständen verwendet werden kann.

Die Unterdrückung des Glaubens und der Sprache zeigte, daß die russische Regierung uns langsam in Russen und Orthodoxen verwandeln wollte. Ich habe gesagt „langsam“, denn sie handelte listig und langsam und wollte uns beherrschen.

Die Zurückhaltung unserer ganzen Entwicklung und die Unterhaltung wilder Zustände:

Nicht nur verbieten die eigenen Regierungen überall die Gründung von Vereinen, Genossenschaften und dergleichen nicht, sondern sie begünstigen sogar jede gemeinnützige Organisation, denn diese tragen zum Reichtum und zur Hebung des Landes bei. Noch vor kurzem waren bei uns Vereine und Genossenschaften wenig bekannt, denn ihre Gründung wurde nicht erlaubt.

Unter der russischen Herrschaft wurde erst nach dem Jahre 1905 die Erlaubnis erteilt, Vereine zu gründen; aber man konnte in dieser Hinsicht wenig tun, denn die Beamten spürten jeder eifrigeren Tätigkeit nach und verfolgten sie. Davon, daß die Regierung dem nationalen Streben helfen sollte, war keine Rede.

Die Schädigung unseres Vermögens, unseres Wohlstandes, unserer Volkswirtschaft:

Weil wir eine Fremdherrschaft hatten, konnte unser Land, welches früher der Speicher Europas war, uns selbst nicht immer ernähren; darum mußten Tausende unserer Brüder auf die Wanderschaft zu den Fremden gehen, mußten auf der ganzen Erde ihr Brot suchen. Dies geschah aus dem Grunde, weil die fremde Regierung uns bedrückte, mißbrauchte, ausnützte und unserer Volkswirtschaft nicht erlaubte, sich zu entfalten. Man erlaubte uns nicht zu lernen und Genossenschaften zu gründen, darum verstanden wir „dumm und verstreut“ nicht, unsere Wirtschaften zu heben, auch unsere Interessen nicht. Rußland hat

alle Ämter mit eigenen Leuten besetzt, welche unseren Landsleuten das Brot wegnahmen, denn Tausende von Polen würden ihren Lebensunterhalt gefunden haben, wenn die Ämter uns zugänglich gewesen wären. Es wäre uns dadurch viel leichter gewesen. Nicht nur Bahnbeamte, sondern auch Bahnarbeiter und Bedienstete wurden aus Rußland bezogen. Vor kurzem wurde die Privat-Bahnlinie von Warschau nach Wien darum angekauft, um die polnischen Beamten zu vertreiben und an ihre Stelle Beamte aus Rußland zu beziehen. Das war noch nicht genug, denn in den Straßen Warschaws und anderer Städte sahen wir, die schmutzigen Russen verschiedene Waren veräußerten und dadurch den Verdienst der polnischen Bevölkerung entzogen. In der Nähe von Städten legten die Russen Gemüse- und Obstgärten an und verdrängten dadurch den polnischen Bauer.

Auf diese Weise drängen die Russen in alle Stellen ein und nahmen unseren Leuten Arbeit und Brot weg, was uns wieder übers Meer trieb. Die ganze Politik der Fremdherrschaft tötete unsere Nationalwirtschaft und begünstigte alles, was uns schädlich war. So hat z. B. die russische Regierung auf den Bahnlinien die sogenannten „Ausnahmetarife“ eingeführt. Diese bestanden darin, daß, wenn wir Getreide nach Rußland verschickten, wir die Fracht sehr teuer bezahlen mußten; wenn die Russen aber ihr Getreide zu uns sandten, bezahlten sie die Fracht viel billiger. Diese Bestimmung war dazu da, um unsere Landwirtschaft zu vernichten und die eigene zu begünstigen. In den letzten Jahren hat die russische Regierung sehr viel für Landwirtschaftsschulen und Hebung der Landwirtschaft in Rußland ausgegeben. Uns gab man fast gar nichts oder sehr wenig.

Das selbe geschah mit unserer Industrie. Die fremde Regierung schadete uns auf die Weise, daß sie für Rohstoffe, wie Baumwolle, Eisenerz u. a., welche in den Fabriken gebraucht wurden, an den Grenzen hohe Zölle erhob. So konnte man diese Rohstoffe nicht direkt vom Ausland in unsere Fabriken beziehen, was viel billiger gewesen wäre, aber man mußte sie in Rußland einkaufen, was viel teurer war, besonders weil die teure Fracht bezahlt werden mußte. Hier war es ebenso, wie in der Landwirtschaft; die Industrie bezahlte teuer die Überfahrt sowohl der Rohstoffe, als auch später der fertigen Waren nach Rußland. Die russische Industrie aber hatte überall Erleichterungen. Auf diese Weise fing die russische Industrie und Landwirtschaft, welche noch vor kurzem auf niedriger Stufe standen, sich schnell zu heben an; die unserige wurde dadurch immer mehr niedergedrückt, was uns mit dem Ruin bedrohte.

Die Herabsetzung unserer Werte:

Die Fremdherrschaft hat nicht nur unsere Sprache und Religion bedrückt, unsere Wirtschaften, unsere Nationalwirtschaft zerstört, sondern sie hat auch uns gegeneinander gehetzt und innerlich getrennt, um die Streitenden leichter an sich zu fesseln. Um die einen gegen die anderen zu hetzen, hat die russische Regierung z. B. die „Servitute“ nicht abgeschafft, diesen Apfel der Zwietracht zwischen der Guts herrschaft und den Hüttenbewohnern. Sie gab uns Kommissare, welche der Regierung bei dieser Arbeit helfen sollten. Diese Kommissare haben uns eingeimpft, daß wir Rußland unser Land zu verdanken haben, daß Rußland den Frondienst abgeschafft hat, obgleich es allen Aufgeklärten bekannt ist, daß die Gutsherren schon längst den Frondienst abschaffen wollten, nur Rußland gab es nicht zu. Erst später hat die russische Regierung fremdes und nicht eigenes Land den Bauern angeboten, um in den Augen derselben als Wohlthäter zu gelten und die Gutsherren als Feinde hinzustellen.

Die Regierung gab uns anscheinend Land, doch wir mußten es teuer bezahlen und mußten bis zu den

letzten Zeiten bezahlen, obgleich alles schon längst bezahlt war. Hier hat man uns wieder bestohlen und gleichzeitig hat man uns von der Sorge und dem Schutz der Regierung vorgeredet.

Das alles müssen wir Bauern uns im Gedächtnis behalten und nach einem eigenen Staate streben, denn nur dann können wir uns entfalten, wie die anderen, unsere Herde, unsere Wohnstätten verteidigen, wie die anderen. Das behalten wir in unseren nüchternen Köpfen und heißen Herzen.

gez. Jan Smola, Landmann aus dem Dorfe Winiary.

Aus Nr. 34 der Wochenschrift Zorza (Warschau)
vom 19. August 1916.

Warum sollen wir nach einem eigenen Staate, d. h. nach einem unabhängigen Polen streben?

Im vorigen Aufsatze haben wir davon gesprochen, welch ein Unglück die Fremdherrschaft ist. Wir haben gesehen, wie schwer unsere Abhängigkeit ist. Zuletzt sind wir zu der Überzeugung gekommen, daß nur durch den eigenen Staat und die eigene Regierung sich unsere Lage ändern kann. Der eigene Staat, das ist die Mutter, der fremde — die Stiefmutter; darum müssen wir alle unsere Kräfte und Opferwilligkeit einsetzen, um die Unabhängigkeit zu erlangen.

Jeder Bürger soll seinen Stolz darin sehen, seine eigene Regierung zu besitzen, so wie jeder Mensch die Bestrebung hat, selbständig und sein eigener Herr zu sein und das, was sein eigen ist, lieb hat. Wir sehen, wie andere Völker ihr Land und ihren Staat lieben; wie sie jetzt mit Aufopferung ihr Vaterland und ihre Unabhängigkeit verteidigen. Sollten wir Polen schlechter wie die anderen Völker sein?

Wir sollen darum nach dem eigenen Staate streben, weil nur der eigene Staat sich aller unserer Angelegenheiten annehmen und sie zu unserem Besten erledigen wird. Nur der eigene Staat kann unsere Sachen gut und zu unserem Vorteile führen, weil ihm unsere Interessen und sogar unsere persönlichen Sachen nahe stehen.

Nur die eigene Regierung hilft den Ihrigen. Also auch uns kann nur eine eigene Regierung helfen.

Und was ist eine eigene Regierung?

Die eigene Regierung, der eigene Staat, das ist die höchste Organisation, das größte Gemeingut des ganzen Volkes. Dieses höchste Gemeinwesen, diese breiteste Organisation verbürgt seinen Mitgliedern oder Bürgern, welche im Bereiche dieses Staates leben, Freiheit, Sicherheit, Ordnung, Schutz und Vertretung aller ihrer berechtigten Interessen. Die eigene Regierung ist kein fremdes Wesen, weil alle ihre Beamten dem selben Volksstamme angehören und manchmal sogar unsere persönlichen Bekannten sind und uns nahe stehen.

Das sind Bürger unseres Landes, unsere Landsleute.

Der Staat ist den anderen Verbindungen und Organisationen ähnlich, und der Unterschied ist nur der, daß der Staat die breiteste Organisation ist, welche die wichtigsten Sachen des ganzen Landes umfaßt, also die Landesverteidigung, das heißt: das Heer; weiter die Volkswirtschaft, die Sache der Volksbildung usw. Ebenso wie eine Verbindung oder eine Organisation das Wohl ihrer Mitglieder im Auge hat, so wirkt auch ein eigener Staat zum Wohle seiner Bürger. Der eigene Staat verbürgt die Freiheit der Ausübung der eigenen Religion und den Gebrauch der eigenen Sprache, weil ihm daran liegt, daß sich das Heimische frei entwickeln kann. Auf diese Weise kann jeder im eigenen Staate in der eigenen Sprache sprechen und sich verständigen.

Weiter gibt uns der eigene Staat eine Selbstverwaltung, das heißt, daß wir uns selbst regieren

werden, weil alle Gesetze und Bestimmungen durch ein Parlament, welches alle Klassen und Stände vertreten wird, bewilligt werden müssen. Weil wir selbst für uns Gesetze erlassen werden, werden wir uns so einrichten, daß alles nach unseren Wünschen und zu unserem Besten geschieht. Außerdem lassen wir, wenn wir einen eigenen Staat und mit ihm ein eigenes Heer besitzen werden, vom niemandem unser Land zerstören und brandschatzen, und wir würden nicht so gegeneinander kämpfen, wie es heute der Fall ist.

Der eigene Staat verbürgt Wohlstand und wirtschaftliche Entwicklung. Auch unterstützt er die heimische Industrie und deren Entwicklung, verschafft den Arbeitern Beschäftigung. Die eigene Regierung unterstützt die öffentlichen Schulen; durch das Wissen kann man sich bessere Existenzbedingungen verschaffen und aus den Wirtschaften und Werkstätten größere Einkünfte erzielen. Die eigene Regierung baut Wege und Bahnen überall, wo es nötig ist, und dadurch erleichtert sie die Bewirtschaftung des Landes.

Die eigene Regierung baut für die Kranken und Elenden Spitäler und Asyle.

So sorgt der eigene Staat auf jede Weise für das Wohl seiner Bürger. Alles das wirkt auf den allgemeinen Wohlstand ein, denn es ist schon so in der Welt eingerichtet, daß durch den Wohlstand des einen dem anderen das Emporkommen leichter wird. Wenn sich die Industrie entwickelt, dann haben die Industriellen und Kaufleute ihren Profit und die Arbeiter ihre Beschäftigung. Wenn es den Industriellen, Kaufleuten und Arbeitern gut geht, so kaufen sie viele landwirtschaftlichen Erzeugnisse, das heißt, sie unterstützen die Landwirtschaft. Wenn der Landwirt wohlhabend wird, so kauft er wieder viele Waren und Geräte, und dadurch gibt er den Arbeitern, welche sie erzeugen, Beschäftigung. So unterstützt der eine den andern auf Tritt und Schritt, wenn die eigene Regierung hilft. Die fremde Regierung hat im Gegenteil den Wohlstand durch verschiedene Zölle, Steuern, Frachtsätze auf jede Weise heruntergebracht. Die Gesetze, die in einer fremden Hauptstadt geschmiedet wurden, schaden der Industrie und Landwirtschaft im Lande. —

Wohlan, ihr Brüder Bauern, laßt uns nach einem unabhängigen Polen streben und, wir werden einen sicheren Schutz und feste Abwehr finden.

gez.: Jan Smola,
Landwirt aus dem Dorfe Winiary.

Aus Nr. 247 der Gazeta Poranna (Warschau)
vom 6. September 1916.

Das Gespenst der Wiederkehr des Frondienstes.

Eine nicht erst seit heute bekannte Erscheinung ruft bei dem Volke das Erwähnen des Gespenstes des früheren Frondienstes hervor.

So oft es sich um den verheißungsvollen Beginn der Arbeit zum materiellen Nutzen des Bauern handelte, so oft die Lösung ihrer geistigen Wiedergeburt im Namen des allgemeinen Wohls des Landes fiel, oder der nationalen Ideale, fanden sich doch immer genug Leute bösen Willens, die durch ein unbegründetes, jedoch leider oft erfolgreiches Argument, daß jene Arbeit die Wiederkehr der Zeiten des Frondienstes bezweckt, in die unaufgeklärten Gemüter einen ungesunden Gärstoff trugen, und zu jeglicher Arbeit Unlust erweckten.

An bössartig gesinnten Menschen, die den gesunden und praktischen Geist des Bauern auf Irrwege führen, hat es nie gemangelt und fehlt es auch nicht in jetziger Zeit.

Daher ist unserer Ansicht nach der in der letzten Nummer des „Zorza“ veröffentlichte Brief des Lucjan

Sulkowski, eines Bauern aus dem Kalischer Lande, überaus bedeutungsvoll und zeitgemäß. Infolge seiner gesunden und klaren Gedanken ist dieser Brief eine für unsere Zukunft sehr erfreuliche Erscheinung, besonders da er gerade aus der Mitte der Landbevölkerung hervorgeht.

Der Frondienst, — so schreibt Sulkowski — das ist das tägliche Wort des unwissenden polnischen Volkes, das in der Unwissenheit und in moralischen und seelischen Fesseln gehalten wurde.

Frägt nur jemanden, der überall den Frondienst wittert, nach einer besseren Tat, nach einer Arbeit für das Volk, nach Aufklärung, so wird man gleich die Worte vernehmen: „Dadurch will man von neuem den Frondienst und die Prügel für den Bauern“ einführen. Wenn man z. B. einem solchen vor dem Kriege etwas von der Gründung eines landwirtschaftlichen Vereins erwähnte, so sah er darin gleich einen Verrat, die Rückkehr des Frondienstes und sagte: „Den Herren mangelt es an Arbeitskräften, ihre Wirtschaften werden vernichtet und sie müssen parzellieren, weil sie unbedingt den Frondienst einführen wollen, gründen sie landwirtschaftliche Vereine, um nur den Bauern irrezuführen, damit er nur unterschreibt, und dann ist die Sache gemacht“.

Mit Beginn dieses Krieges war diesen Schwägern, den Verkündern der Leibeigenschaft, eine gute Gelegenheit gegeben. Sie begannen zu predigen: „Seht ihr wohl, wir sagten euch doch, gründet keine Vereine, noch irgendwelche Genossenschaften, denn das ist ein Prügel für euch selbst. Und was habt ihr davon? Die Herren haben euch angeblich für die landwirtschaftlichen Vereine notiert, und auf diese Weise haben sie das Getreide für den Krieg festgestellt, um zu wissen, wieviel man dem Heere abgeben kann. Und eben diese Vereine haben den Krieg herbeigeführt und werden auch den Frondienst einführen. Denn wo der Herr und der Piarrer Hand in Hand gehen, da ist der Bauer verraten und verkauft!“

Und jetzt ist jedes Wort von der Freiheit ein neuer Frondienst.

Und eine Menge solcher dummen Beispiele könnte man aufzählen. Aber lassen wir es dabei bewenden und sehen wir klar und mutig vor uns, daß wir weit von dieser in der Erinnerung verwischten quälenden Leibeigenschaft entfernt sind, die nie mehr zurückkehren wird. Diese Leibeigenschaft war doch überall, in allen Staaten und sogar hundertmal schlimmer als bei uns. In Amerika kauften und verkauften die Besitzer ihre leibeigenen Bauern wie das Vieh. In Rußland und in anderen Ländern waren die Herren so grausam, daß sie z. B. auf winterlichen Jagden ihren Untergebenen befahlen, sich die Bäuche aufzuschneiden, damit sie in den Eingeweiden ihre errottenen Füße wärmen konnten. Und es kamen Tausende solcher Grausamkeiten vor. Und bei uns, in Polen, war es doch nicht so. Denn unter dem Adel gab es auch gute Herren, die danach strebten, das Volk aus dem Elend aufzurichten, und sogar von der Leibeigenschaft zu befreien, indem sie ihnen Grundstücke schenkten. Und wenn wir auf jene Zeiten zurückblicken, in denen die polnische Verfassung vom dritten Mai entstanden war, seitdem es heute 125 Jahre her ist, wo noch nirgends in ganz Europa jemand an die Verbesserung dachte, so wird sich herausstellen, daß Polen sehr viel getan hat, indem es den Bauern unter den Schutz des Rechtes stellte und Ansiedelungen ohne Frondienst gestattete. Und wie viele solcher Herren gab es damals, die dem Bauern das Grundstück freiwillig für einen Zins gaben und die Leibeigenschaft aufhoben.

So mancher weiß nicht einmal, daß die Teilung Polens dazu beigetragen hat, daß die Aufhebung der Leibeigenschaft sich um einige Jahre verspätete. Wenn Polen ungeteilt geblieben wäre, dann wäre

der Bauer schon längst Grundbesitzer. Die schönsten und erhebendsten Taten der Verfassung sind zu Wasser geworden durch die Gewalttaten, die Polen nicht zur Wiedergeburt zugelassen haben und ihm einen tödlichen Schlag im Augenblick der Änderung der Verfassung und der Verwaltung versetzten.

Und damals gerade erhob die große Freiheits- und Unabhängigkeitsfahne unser Held, der Verteidiger des sterbenden Vaterlandes, der in unserer Erinnerung unsterblich ist, Tadeusz Kosciuszko. Er wußte, daß der Adel nicht imstande ist, sich selbst zu verteidigen, deshalb rief er die Bauern zum Kampf, damit sie unsere Gehöfte verteidigen. Und als Lohn für das für das Vaterland gebrachte Opfer gab unser edler Führer für die polnische Nation ein Manifest heraus, indem er die Aufhebung der Leibeigenschaft verkündete, und den Bauern das bewohnte Land als Eigentum gab. Aber mit dem Fall Kosciuszko fiel die Unabhängigkeit des polnischen Reiches, und zu gleicher Zeit wurde die Frage der Eigentumsverleihung, die Anreizungsfrage durch die Teilungsmächte für lange Jahre begraben. Daraus geht klar hervor, wie unberechtigt die den Behörden entgegengebrachte Dankbarkeit für die Eigentumsverleihung ist, da doch durch dieselben diese Tat aufgeschoben worden war.

Das müßten wir immer wissen, daran immer denken, danach unsere Gefühle richten und nicht die Rückkehr der Leibeigenschaft befürchten. Mit der Rückkehr eines neuen polnischen Reiches können wir nur eine größere Freiheit, bessere Entwicklungs- und Lebensbedingungen erwarten, wenn wir unsere Behörden, Rechte und unser Königreich haben werden.

Und wer unter der Nation das Geschwätz von der Leibeigenschaft verbreitet, der ist ein Feind und Verräter des Vaterlandes und des polnischen Volkes.

Möchte doch das polnische Dorf mehr solcher edlen und gesunden Gemüter haben! Dann wird die Intrigue der ehrlosen Aufseher und der Vernichter jeglicher nutzbringenden Arbeit in ihm kein Gehör finden, sondern gehörige Abfertigung.

Aus Nr. 464 des Czas (Kraakau)

vom 14. September 1916.

Lodz und Warschau.

Lodz, den 10. September.

Warschau und Lodz. Ein Vergleich zwischen dem Leben in Lodz und in Warschau drängt sich unwillkürlich jedem Einwohner von Lodz auf, dem es gelingt, auch nur auf kurze Zeit in die Hauptstadt zu gelangen. Ich sage „gelingt“, denn eine Durchlaßkarte zur Fahrt von Lodz nach Warschau zu erlangen, ist keine leichte Sache. Die deutschen Behörden wünschen, man weiß nicht warum, nicht, daß die Provinz sich mit der Hauptstadt in Verbindung setze. So ist denn auch der ganze Apparat für Durchlaßkarten so eingerichtet, daß wer wirklich keine dringenden Angelegenheiten in Warschau zu erledigen hat, sicherlich auf eine Fahrt verzichten wird. Besonders schwierig ist es, in Lodz eine Durchlaßkarte zu erhalten. Es muß hier dem Polizeipräsidenten ein Gesuch mit genauer Begründung des Zwecks der Reise vorgelegt — und gewartet werden. Und man muß bisweilen ziemlich lange warten, um schließlich eine ablehnende Antwort zu erhalten. Nach Warschau reist man gegenwärtig mit einer gewissen Art innerer Unruhe. Wer seit Kriegsbeginn in Lodz, in Petrikau oder Lublin gewohnt hat, also mit den Stimmungen dieser Städte wohl vertraut ist, wünscht möglichst bald im Zentrum des Warschauer Lebens selbst zu sein, um sich orientieren zu können, womit Warschau gegenwärtig lebt, welche Strömungen in ihm wühlen, welches die Absichten und Ziele für die allernächste Zukunft sind.

Uns Bewohner von Lodz lockt in Warschau stets die üppigkeit des polnischen Lebens, seine Planmäßigkeit und systematische Genauigkeit an. Sofort fällt auch in die Augen der direkt ungeheure Unterschied in der Behandlung der polnischen Angelegenheiten in Warschau und in Lodz seitens der Behörden. Unsere Hauptstadt, welche in vielen Beziehungen zu einem Lager organisiert ist, bildet eine moralische Kraft, mit welcher die maßgebenden Faktoren zu rechnen nicht umhin können. Wenn hier auch Konflikte vorkommen, so nehmen sie nirgends solche Ausdehnungen an und rufen nirgends einen so lange andauernden Stillstand auf gewissen Gebieten des öffentlichen Lebens hervor, wie dies in Lodz geschieht.

Zur Illustration führe ich den Konflikt wegen des polnischen Gerichtswesens in Lodz an. Das Wesen dieses Konflikts kann man in folgende Worte zusammenfassen: Bei der Bildung oder vielmehr Reorganisation des Gerichtswesens forderte der damalige Polizeipräsident Herr von Oppen von der Rechtsanwaltschaft, mit den neuen Gerichten, welche die polnische Sprache nicht einmal zum Teil dulden, mitzuarbeiten. Unsere Rechtsanwaltschaft führte diese Forderungen nicht aus; seit dieser Zeit, seit Juli 1915 darf sie sich in den Gerichten nicht einfinden, die von deutschen Juristen geleitet werden, welche mit unseren örtlichen Verhältnissen absolut nicht vertraut sind. Als ich i. Zt. davon schrieb, drückte ich die Hoffnung aus, daß der neue Polizeipräsident in Lodz, Graf Loers, diesen Konflikt wahrscheinlich beilegen werde. Indes sind bereits zwei Monate verflossen seit dem Zeitpunkt, als Graf Loers das Regime übernommen hat, und seitdem hört man nicht, daß irgend welche Schritte unternommen würden, um diesen höchst anormalen Zustand des Lodzer Gerichtswesens zu beseitigen. In Warschau fand nach der Besetzung der Stadt durch die deutschen Truppen ebenfalls ein Konflikt wegen des Gerichtswesens statt, er wurde aber zum Teil im Sinne der Warschauer Rechtsanwaltschaft gemildert. Die polnische Sprache erlangte die ihr gebührende Stellung, was sich in Lodz bis jetzt auf keine Weise durchführen ließ.

Man könnte eine ganze Litanei von Vergleichen anführen, welche von einem Unterschied in der Wirtschaft der Behörden in Warschau und Lodz zeugen. Es besteht indes eine Reihe von Problemen erstklassiger Bedeutung, die sich nicht verschweigen lassen. Eines dieser Probleme ist die Angelegenheit des Gemeinderats in Lodz, welche gegenwärtig in eine neue Phase eingetreten ist. Ich teilte i. Zt. mit, daß die polnischen Gemeinderäte an die Behörden eine Denkschrift gerichtet hätten, für Lodz die Warschauer Wahlordnung einzuführen. Die Kanzlei der Zivilverwaltung beim Generalgouvernement in Warschau erwiderte auf diese Denkschrift in dem Sinne, daß für Lodz eine neue Wahlordnung ausgearbeitet werde, die demnächst veröffentlicht werden würde. Bis jetzt — und es sind schon 2 Monate verflossen — kennt niemand diese neue Wahlordnung, und im Lodzer Gemeinderat, welcher nicht durch Wahl, sondern durch Ernennung gebildet worden ist, geht es immer ärger zu.

Hier bedarf es einiger aufklärenden Worte. In ihrer den Behörden schon im Mai d. Js. vorgelegten Denkschrift machten die polnischen Magistratschöffen und Stadtverordneten darauf aufmerksam, daß eine Reihe hervorragender Stellen in der Stadtverwaltung mit Militärpersonen besetzt worden sei. Auf diese Weise wäre der örtlichen Bevölkerung der eigentliche Einfluß auf den Lauf der städtischen Wirtschaft entzogen. Nicht genug damit. Die Besetzung der leitenden Stellen durch Militärpersonen hat auch die Schattenseite, daß die polnische Sprache, welcher das Reglement des Gemeinderats und des Magistrats der

deutschen Sprache gleiche Rechte einräumt, de facto zu einer kaum geduldeten Rolle herabsinkt; da nämlich die Militärs die polnische Sprache nicht beherrschen, bedienen sie sich ausschließlich sowohl in der Buchführung, als auch im Bureaudienst und Schriftwechsel der deutschen Sprache. Unter Berufung auf die oben erwähnte Antwort der Zivilverwaltung heben die polnischen Stadtverordneten in einer zweiten dem gegenwärtigen Polizeipräsidenten Grafen Loers vorgelegten Denkschrift ebenfalls hervor, daß eine ganze Reihe von Stellen in der Stadtverwaltung wiederum Militärpersonen übertragen worden sei, und zwar sogar ohne vorherige Verständigung mit dem Magistratskollegium und mit der Stadtverordnetenversammlung. Die Stadtverordneten betonen z. B., daß die erste bezoldete Stelle eines Stadtrats in der Eigenschaft des Vorsitzenden der Baudelegation und des Stadtbaurats Hauptmann der Reserve Rande aus Hamburg erhalten habe, und in Zukunft sollen auf diese Weise auch andere hervorragende Stellen besetzt werden.

Noch eine Tatsache. Das bisherige städtische Verwaltungssystem hat alle polnischen Ärzte, die in der Gesundheitsabteilung ehrenamtlich tätig waren, dazu bewogen, ihre Mandate niederzulegen. Die Sache verhält sich wie folgt: Jedes Spital in Lodz ist in ärztlicher und administrativer Hinsicht von dem Chefarzt abhängig, welcher für sämtliche Spitalangelegenheiten verantwortlich ist, aber alle Spitalerkrankungen der Abteilung für die öffentliche Gesundheit, die für ihre Tätigkeit verantwortlich ist. Daraus folgt, daß alle das Spitalwesen betreffende Verfügungen an Chefärzte nur von der Gesundheitsabteilung erlassen werden können. Es geschieht jedoch anders. So erläßt der Magistratssekretär Feldwebellieutenant Dummer von sich aus oder im Namen des Magistrats Verfügungen an die Beamten der Spitalverwaltung. In Anbetracht dessen legten die polnischen Ärzte am 30. August dem Polizeipräsidenten eine Denkschrift vor, in welcher sie unter Hinweis darauf, daß das Verhalten des Magistratssekretärs das Ansehen der Ärzte und die Würde der ehrenamtlich tätigen Arbeiter der Gesundheitsabteilung herabsetze, erklärten, daß sie an dem Tage der Einreichung dieser Denkschrift die Erfüllung der Pflichten als Mitglieder der Abteilung für öffentliche Gesundheit einstellen.

Die Reihe der voranstehenden Tatsachen beweist, wie mannigfach die Methoden und Wege der Wirtschaft in Warschau und Lodz sind. Die Warschauer Stadtverordneten befanden sich bis jetzt nicht in der Lage, daß die Notwendigkeit eingetreten wäre, wegen Nichtbeachtung der Rechte der polnischen Sprache im Gemeinderat Interpellationen einzubringen, wie dies unlängst im Lodzer Gemeinderat der Fall war. Gegen wir die Hoffnung, daß es in dem neuen, durch Wahl hervorgegangenen Gemeinderat in Lodz anders zugehen wird. Der Termin der Wahlen zu diesem neuen Gemeinderat ist noch nicht festgesetzt worden. Es ist nur bekannt, daß die Zahl der 36 Stadtverordneten auch weiter bestehen bleiben soll. In den Kreisen des Magistrats versichert man, daß die Wahlen erst nach Neujahr stattfinden würden. Trotzdem läßt sich schon in den deutsch-nationalen Kreisen ein gewisses, ziemlich real umschriebenes Interesse für die Wahlen wahrnehmen. Ganz im Stillen vollzieht sich die Mobilmachung der Kräfte, um die öffentliche polnische Meinung unversehens zu überraschen. Man hört, daß die Deutschen ein Drittel der Stadtverordneten erhalten sollen. Wenn es wirklich dazu kommen wird, so werden die polnischen politischen Kreise sich an den Wahlen wahrscheinlich gar nicht beteiligen, da sie der Meinung sind, daß den Deutschen gemäß ihres zahlenmäßigen Verhältnisses kaum $\frac{1}{6}$, nicht aber $\frac{1}{3}$ der Gesamtzahl der Stadtverordneten gebührt.

Von den städtischen Angelegenheiten verlohnt noch die Frage der städtischen Anleihe hervorzuheben. Für laufende Ausgaben hat der Magistrat vorläufig ein Darlehn von 2 Millionen Mark in der hiesigen Filiale für Handel und Industrie aufgenommen. Diese Summe genügt jedoch nicht, und der Mangel an Bargeld erschwert die Wirtschaft sehr. Die städtischen Kosten kann der Magistrat aus den gegenwärtigen Einkünften nicht decken, es ergibt sich daher die Notwendigkeit, eine 10 Millionen-Anleihe aufzunehmen, für welche die Fabrikanten des Orts die Bürgschaft nicht übernehmen wollen, und zwar infolge der letzten Massenrequisitionen an Waren.

Str.

Aus Nr. 468 des Czas (Kraakau)
vom 16. September 1916.

Beischlagnahmen in Lodz.

Lodz, den 13. September 1916.

Zu den in Lodz gegenwärtig aktuellsten Angelegenheiten gehört die kürzlich durchgeführte Requisition von Waren, und zwar Lodzer Erzeugnisse. Für den in die wirtschaftlichen und industriellen Verhältnisse Uneingeweihten klärt die Nachricht, daß die deutschen Behörden alle Warenvorräte in Lodz für die Bedürfnisse der Armee und der Zivilbevölkerung Deutschlands requiriert haben, die gegenwärtige Lage nicht auf. Man muß wissen, welchen realen und sonstigen Wert diese Waren und die Lager für die Lodzer Fabrikanten gehabt haben, um richtig beurteilen zu können, wie sehr das industrielle Lodz eine solche Requisition empfunden hat. Die letztere hat bereits eine beinahe zweijährige Geschichte hinter sich.

Als die deutschen Heere Lodz besetzt hatten, wurden in der deutschen Presse Stimmen laut, daß die Lodzer Industrie wirksam für die Bedürfnisse des deutschen Heeres ausgenutzt werden könne. Das erste Wort nach dieser Richtung hin erschien — so weit wir feststellen konnten, in der militärischen Zeitschrift „Parole“, die ein Organ der amtlichen militärischen Verbände ist. Die Militärbehörden waren anscheinend über die industrielle Bedeutung von Lodz genau informiert, da schon am vierten Tage nach der Einnahme der Stadt die Lodzer Presse eine Bekanntmachung des deutschen kommandierenden Generals von Geroch enthielt, in der die Fabrikanten aufgefordert wurden, genaue Verzeichnisse der vorhandenen Rohstoffe einzureichen. Dies bezog sich hauptsächlich auf Wolle, Baumwolle, Seide usw. Die Requisition dieser Bestände begann bald darauf. Schon damals machte sich der Sinn der Bekanntmachung den Fabrikanten empfindlich bemerkbar. Mehrere Wochen lang sah man auf den Straßen von Lodz schwere Lastautomobile mit Wolle und Baumwolle beladen, die nach dem Kaiserlichen Bahnhof eilten. Unsere Rohstoffe waren auf dem Wege nach Deutschland.

Die anfängliche Requisition umfaßte jedoch nicht sämtliche Rohstoffe. Daher benutzten auch viele Fabrikanten die Gelegenheit und traten an die Ergänzung der Waren mit Hilfe des Restes der Rohstoffe heran. Bald hörte auch dieses auf. Eine neue Verfügung besagte, daß die hiesigen Fabriken überhaupt nicht tätig sein dürfen. Die Beischlagnahme erstreckte man auch auf diejenigen Maschinenteile die zur Herstellung von Munition Verwendung finden konnten. Die Fabriken wurden still gelegt. Den Arbeitern blieb nur ein Weg übrig: die Auswanderung nach Deutschland, um so mehr, als eine Reihe von Anordnungen des Polizeipräsidenten danach strebte. Eine ergiebige Werbeaktion betrieben

zunächst Privatagenten, die durch niemanden kontrolliert wurden, später das Arbeitsamt beim Polizeipräsidium. Dem Arbeitsamt war die Arbeit insofern erleichtert, als das Polizeipräsidium den Fabrikanten verbot, den Arbeitern irgendwelche Unterstützungen auszuzahlen, sofern der betreffende Arbeiter nicht eine Bescheinigung des „Arbeitsamtes“ beibrachte, daß man wirklich für ihn keine Arbeit im Lande oder Deutschland beschaffen könne. Auf diese Weise lenkte man die Arbeitslosen und Arbeit- oder Unterstützungssuchenden nach dem „Arbeitsamte.“

Es hörte also die Arbeit in den Lodzer Fabriken auf. Aber Lodz besaß riesige Vorräte an Waren, die man nicht nach Rußland hatte expedieren können. Als der Weg nach Warschau frei wurde, belebte sich der Handels- und Ausfuhrverkehr ganz bedeutend, denn Warschau hatte während eines Jahres der Abperrung von Lodz keine Waren bezogen, da die benötigte russische Eisenbahnwirtschaft sogar während des Friedens eine regelrechte Beförderung unmöglich machte, und um so mehr zu einer Zeit, da die Evakuierung immer wieder erneuert wurde. Der Absatz für Lodzer Fabrikate, die auch schon nach dem österreichisch-ungarischen Okkupationsgebiet im Königreich gingen, steigerte sich bedeutend, und die Preise gingen bedeutend in die Höhe. Lodz belebte sich wieder nach halbjähriger Unterbrechung. Aber nur auf kurze Zeit. Die Militärbehörden ordneten an, daß die Ausfuhr der Waren über Lodz hinaus grundsätzlich verboten sei. Das war wiederum für unsere Industriellen eine empfindliche Eventualität, mit der man sich jedoch wieder schnell ausöhnte, indem man sich damit tröstete, daß die Ware in der Stadt bleibt und daß, je länger sie auf Lager bleibt, ihr Wert um so höher steigen werde.

Überhaupt hegte man bezüglich der Zukunft rosige Hoffnungen. Die Lodzer Fabrikanten, die ringsherum die Spekulation auf jedem Gebiete sahen, unterlagen auch dieser „Kriegspsychose“. Sie erhöhten die Preise um 150—300 Prozent. Als Kuriosum muß man hier anführen, daß es sich für die Lodzer Kaufleute längere Zeit lohnte, Leinwand und Futterstoffe aus Galizien und Niederösterreich zu beziehen, anstatt sie in Lodz zu kaufen. Die Preise, die schon damals von Fabrikanten genommen wurden, sollten im geeigneten Zeitpunkt noch erhöht werden. Als geeigneten Zeitpunkt betrachtete man — man weiß nicht aus welchen Gründen — den Moment des Friedensschlusses. Entsprechende Vorbereitungen wurden mit allen Feierlichkeiten in fast allen wohlhabenderen Häusern getroffen. Jeder, der es nur konnte, erwarb „Manufakturen“. Ärzte, Schuhmacher, Friseure, Professoren, jeder hatte einen entsprechenden Vorrat der goldpendenden Ware.

Da erschien am Horizonte der zukünftigen Verdienste eine beunruhigende Wolke. Die Behörden verboten streng jede Warenausfuhr und ordneten an, daß jeder Besitzer irgend welcher Vorräte einer entsprechenden Institution, dem „Kreismarktsausschuß“, die genaueste Spezialisierung der in seinem Besitz befindlichen Waren einreiche. Längere Zeit nahm man an, daß die Behörden auf diese Weise sich ein genaues Bild über die in Lodz befindlichen Warenmengen machen wollten. Eine Beschlagnahme oder Requisition fürchtete man nicht, da zu derselben Zeit die Militärbehörden eine Reihe von größeren Fabriken mit Militärlieferungen beschäftigten. Trotzdem entstand eine gewisse Unruhe, die in dem Augenblicke noch zunahm, als man in industriellen Kreisen erfuhr (im April d. J.), daß eine halb militärische halb zivile Kommission nach Lodz kommen werde, die mit den bedeutenderen Lodzer Fabrikanten in Sachen des Ankaufs von Lodzer Waren für Deutschland verhandeln soll. Die Zama verkündigte, daß eine Verständigung bezüglich der Preise leicht zu erreichen

sein wird; die Konsequenzen dieses Besuchs waren jedoch für die Fabrikanten außerordentlich unangenehm.

Man machte amtlich bekannt, daß sämtliche Vorräte, die Lodz besitzt, von der genannten Kommission, die im Auftrage des Kriegsministeriums tätig ist und den offiziellen Titel „Einkaufsstelle des Kriegsministeriums“ führt, aufgekauft werden.

Die Preise hat jene Kommission in der Weise festgesetzt, daß zu dem Friedenswert der Ware 20 Prozent zugeschlagen wurden. Die Lodzer Fabrikanten ohne Unterschied der Richtung sind der Ansicht, daß sie bedeutend geschädigt seien. Sie behaupten, daß der Aufschlag der Preise um 20 Prozent nicht einmal den Zoll deckte, der an der deutschen Grenze bei der Einfuhr der Rohstoffe zu bezahlen war. Freiwillig verkaufte niemand die Ware. Das hilft jedoch nicht viel, da der Einkaufskommission das Recht zusteht, die Waren ohne Bezahlung zu requirieren, wenn der Besitzer mit den ihm gebotenen Preisen nicht einverstanden ist. Solche Fälle sind nicht selten.

Sogar in den Kreisen der Großindustriellen ist es schwer, genau zu erfahren, für welche Summe Lodz solche Waren besessen hat. Einer von den Fabrikanten, dessen Namen ich aus leicht verständlichen Gründen nicht nennen kann, der aber in Lodz eine bedeutende Rolle spielt, erklärte, daß man in den industriellen Kreisen die Vorräte auf 3 bis 4 Milliarden Rubel schätzte. Er fügte hinzu, daß die Lodzer Industriellen „lieber eine Kontribution von 50 Millionen Rubel ertragen hätten, als diese Zwangsrequisition.“

Die Angelegenheit der Beschlagnahme hat den Lodzer Behörden schon manche Sorge bereitet. Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß der gewesene Polizeipräsident von Oppen während des Besuchs des Staatssekretärs Dr. Helfferich in Lodz einen unangenehmen Zwischenfall erlebt hat. Aus Anlaß des Besuchs des Staatssekretärs wurde von den Militärbehörden ein Empfang veranstaltet, zu dem die Vertreter der Stadt eingeladen wurden. Es ist jedoch von den Fabrikanten und Bürgern der Stadt niemand erschienen. Das ablehnende Verhalten der hiesigen industriellen Kreise bezüglich der Bürgerschaft für die städtische Anleihe ist ebenfalls eine deutliche, wenn auch nicht öffentlich als Grund angegebene Antwort auf die Beschlagnahme.

Aus Nr. 252 des Naprzód (Krajan)
vom 11. September 1916.

Aus der Tätigkeit der Polnisch-Sozialdemokratischen Partei im Königreich Polen.

Das Organ der Polnisch-Sozialdemokratischen Partei „Do czynu“ (Nr. für Juli und August) bringt einen Bericht über die Konferenz der Warschauer Organisation, die am 6. und 15. August stattgefunden hat. Sie war viel zahlreicher besucht als alle übrigen Konferenzen in den letzten zwei Jahren.

Die Konferenz setzte sich zusammen aus 49 Delegierten, darunter 37 Vertretern der Bezirke und lokaler Organisationen, 7 Vertretern der Ausschüsse und 5 Mitgliedern der D. R. R. Außerdem war der Vertreter des C. R. R. und zahlreiche Gäste anwesend.

In den politischen Beschlüssen finden wir einen Protest gegen eine etwaige Teilung Polens. Außerdem lesen wir folgende Beschlüsse:

I. In der Erwägung, daß es von der tatkräftigen Aktion des Proletariats abhängt, ob das zukünftige Polen demokratisch sein und ob es die Interessen der arbeitenden Bevölkerung berücksichtigen wird,

stellt die Warschauer Konferenz der Polnischen Sozialdemokratischen Partei fest, daß der gegenwärtige Moment für das Proletariat und das ganze Volk der entscheidende ist, so daß man

deshalb jetzt tatkräftiger als zu irgend einer anderen Zeit die Aktion um ein unabhängiges Polen und um die Erringung eines möglichst demokratischen Charakters für dieses Polen fortführen muß, und zwar durch Forderung von Institutionen, die aus allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlen hervorgehen, und einer sozialen Gesetzgebung, die für das Proletariat vorteilhaft ist.

II. Die Warschauer Bezirkskonferenz stellt mit Bedauern fest, daß die Politik des Nationalen Zentralkomitees, die zu jeglichen Zugeständnissen gegenüber der Rechten geneigt und nicht ausgesprochen demokratisch genug ist, mit der Auffassung der Arbeiterklasse nicht übereinstimmt.

Die Konferenz hält es für durchaus notwendig, daß das Nationale Zentralkomitee seine Stellungnahme gegenüber der sozialen und politischen Gestaltung Polens sowie gegenüber den monarchischen Elementen der polnischen Allgemeinheit klar umschreibt.

Die Konferenz ist der Ansicht, daß der Aufruf der Polnischen Volkspartei, die einen polnischen König verlangt, eine Abweichung dieser Partei von demokratischen Grundsätzen darstellt.

Wenn das Nationale Zentralkomitee den beschrittenen Weg nicht verläßt, so wird das Verbleiben der Polnischen Sozialdemokratischen Partei in ihm unmöglich werden.

Die polnische Frage im Auslande.

Aus Nr. 458 des Czas (Kraakau)
vom 11. September 1916.

Die polnische Sphinx.

Ein Jahr ist vergangen — das zweite Jahr des Weltkrieges — seit ich in Marienburg an dem über die Ufer getretenen Weichselarm, der Rogat, stand und die roten Mauern der Bastionen, die Wiege des preussischen Staates, betrachtete, als gerade die auf den Gebäuden flatternden Fahnen die eben vollzogene Befreiung Lembergs aus den Händen der Russen verkündigten.

Es war in diesem Augenblicke Stoff zum Denken vorhanden über die wechselnden mit Marienburg verknüpften menschlichen Geschicke und die wunderbaren Wege der Vorsehung in dieser Zeit. Der Staat, der Polen Schritt auf Schritt aus diesen Gebieten und aus der Welt zu verdrängen sich bemühte, stellt heute — infolge des unbeabsichtigten Verlaufs der Ereignisse — die polnische Frage in die erste Reihe der Lebensragen Europas. Es kam dann Warschau, Wilna, Grodno, Brest; fast ganz Polen wurde auf das Blatt des zukünftigen Friedensvertrags gestellt.

Ein wunderbares Rätsel der Geschichte! Um so wunderbarer, als zu Anfang des Krieges niemand im Ernst an die polnische Frage gedacht hat. Es gab Fragen des Balkans, deutsche, österreichische, elßassische, Fragen, die Fragen des Trentino, der Dardanellen, des internationalen Handels usw., aber es gab keine polnische Frage. Heute spricht davon die ganze Welt, und beide kämpfende Parteien bemühen sich um ihre Lösung. Und heute muß sie gelöst werden, und das Interesse des Siegers selbst wird es erfordern, daß sie möglichst vollkommen im polnischen Sinne gelöst werde. Wer weiß, ob dies nicht das einzige Ergebnis des Krieges sein wird, den man alsdann den Krieg um — Polen nennen mußte.

Und daß die Frage sich nicht aus einem zufälligen Verlauf der Ereignisse ergeben hat, sondern daß sie im Kern der Sache steckt, wird dadurch bewiesen, daß vor einem Jahrhundert, während der napoleonischen Völkerwanderung, sie ebenso aktuell war wie jetzt.

Napoleon kam im Jahre 1807 direkt mit ihr in Berührung und kehrte 1809 und 1812 zu ihr zurück, berührte sie also dreimal. Und als er später auf der Insel Helena seine Lebensgeschichte überdachte, hielt er die „polnische Kampagne“ für die wichtigste und nannte den Wiederaufbau Polens „den Schlüssel des europäischen Gewölbes.“

Der zweite große Staatsmann „Bismarck“, dem niemand geniale Intuition absprechen wird, empfand sehr stark die Bedeutung der polnischen Frage. Die Sache schob sich wie ein Keil in seine geschichtliche Synthese hinein, und daher strengte er alle seine Kräfte an, um sie von der Weltoberfläche verschwinden zu lassen. Die Wucht, mit der er an diese Aufgabe heranging, die Hartnäckigkeit, mit der er den Kampf führte, die zahlreichen Bemühungen, sie zu beseitigen, beweisen deutlich, was für eine Bedeutung er ihr zuschrieb. Menschen, die die Angelegenheiten nüchtern zu betrachten gewohnt sind — sowohl Deutsche als auch Polen — hielten die antipolnischen Anstrengungen Bismarcks, namentlich wenn sie die Ohnmacht Polens nach der Teilung betrachteten, für einen Wahn. Daß in diesem Wahn eine Intuition gesteckt hat, dafür ist der beste Beweis in dem Umstande vorhanden, daß es genügt, daß die künstliche preussisch-russische Freundschaft ins Wanken geriet, um die polnische Frage mit ihrem ganzen Schwergewicht in die Wagschale Europas zu werfen.

So urteilten die zwei bedeutendsten Staatsmänner, die nach der Teilung Polens existiert haben — zwei mächtige Geister, die mit tieferem Blick das Wesen der Dinge erfaßten. Und trotzdem urteilte die ganze Welt anders. Die Welt sah in dem Glauben der Polen an eine Wiedergeburt ihres Vaterlandes eine krankhafte Erscheinung, und die Worte „Noch ist Polen nicht verloren“ galten in ganz Europa als Synonym des Leichtsinns, der bis an Wahn grenzt. Und die Polen selbst, obwohl sie an eine Wiedergeburt glaubten, glaubten sie denn nicht entgegen dem Verstande und der Wirklichkeit?

Nur einige rätselhafte Einzelheiten, die mit der Auferstehung Polens verknüpft sind und die beweisen, daß in dem Gesicht der Sache der rätselhafte Zug der Sphinx steckt, wollen wir erwähnen.

Einige von diesen Einzelheiten, für die Welt bis jetzt unverständlich, waren dem polnischen Herzen seit langem klar. Das Herz hatte es empfunden, daß durch die Teilung das natürliche Recht zertreten war, und in dem Glauben an die Gerechtigkeit Gottes zweifelte es nicht daran, daß die Stunde der Gerechtigkeit schlagen wird. Man sah später, wie das Gift der bösen Tat immer tiefer in die Adern der ganzen Welt eindrang, wie die ungerechte Sucht, sich auf fremde Kosten auszubreiten, und der brutale nationale Egoismus immer mehr das Leben der Staaten vergifteten, wie infolgedessen der bewaffnete Friede über die Welt zu herrschen anfang, bis schließlich der Weltkrieg kam. Man sah seit langem das kommende Gericht Gottes.

Man sah besonders, wie Rußland, indem es in Polen eindrang, damit in Europa eindrang. Es vernichtete mit einem Mal, soweit dies in seiner Macht war, das ganze Erbe der apostolischen Mission Polens in Litauen und Weißrußland, und nach vollbrachter Tat sah es sich nach Weiterem um. Das in seiner Eroberungssucht ungezügelte „dritte Rom“, wie die Russen gern ihren Staat nennen, hatte zunächst zu viel mit der Verdauung Polens zu tun und wurde außerdem dadurch von der deutschen Diplomatie in Schach gehalten. Und trotzdem schwebte schon seit einem Jahrhundert der Krieg mit Österreich in der Luft, und seit Abschluß des Zweibundes mit Frankreich auch der mit Deutschland. Diese beiden Staaten fühlen es jetzt, was die Nachbarschaft Rußlands be-

deutet, und in welchem Grade der polnische Schutzwall als ein Werk der Vorsehung gelten konnte. Daß diese Erkenntnis kommen muß, wußte man in Polen seit langem.

Die wesentlichste Ursache jedoch steckt in den natürlichen Tiefen, in der Psyche des Volkes, in der Weise, wie sie sich in ihren grundlegenden Elementen darstellt, wie sie sich alsdann durch die Geschichte, durch die Lage seiner Gebiete, durch die nachbarlichen Verhältnisse und die Einflüsse der Umgebung entwickelt hat. Im allgemeinen hat man es bereits wiederholt festgestellt, daß der Bau des modernen Europa in einem mehrere Jahrhunderte dauernden Prozesse der organischen Entwicklung sich vollzogen hat.

Nach den großen Umgestaltungen des Mittelalters, nach der Verschmelzung einzelner Stämme zu Völkern, begann unter dem mächtigen Einfluß des Christentums die Bildung der Staatsorganisationen. Rings um den Herd der christlichen Idee begann sich die Völkerfamilie zu entwickeln, die durch das selbe übernatürliche Leben, die selbe Kultur und Bildung geeint war, wodurch in den verschiedenen Völkern derselbe Typus des Menschentums entstanden ist. Diese Völker hatten, je nach ihren inneren Fähigkeiten und äußeren Verhältnissen, verschiedene Funktionen, verschiedene Richtungen und Formen ihrer Wirksamkeit; trotz dieser verschiedenen Wege jedoch, trotz der verschiedenen Reibereien und Kämpfe war ganz Europa ein einziges Erbe des christlichen Gedankens, eine einzige Familie, ein einziger Organismus. Jedes einzelne Volk war nur ein Mitglied dieses Organismus und die verschiedenartigen Rollen der Völker waren nur Funktionen der verschiedenen Glieder eines Körpers. Ein solcher Organismus war und ist trotz allem bis heute dieses Europa, das dem katholischen Rom die Zivilisation entnommen hat.

Ein Glied dieser Familie, dieses Organismus war auch Polen; ein notwendiges und wesentliches Glied, denn sonst hätte es nicht acht Jahrhunderte lang ein großer Staat sein können. Wie der einzelne Mensch, so muß auch ein Volk nach etwas streben, muß irgend ein Ziel, eine Sendung haben. Mit welchem Worte man diese Sendung Polens bezeichnet, ist zunächst gleichgültig. Nichts Leichteres als eine Phraseologie in dieser Sache. Polen war die Schutzmauer des Christentums gegen die Türkei, die Schutzmauer des Katholizismus gegen Rußland; es erfüllte genau die von der Vorsehung bestimmte Mission im Osten, indem es eine Brücke zwischen dem Osten und Westen, zwischen Europa und dem Slawentum und der katholische Pol des Slawentums war. Das letzte katholische Volk an der Ostgrenze, ein Volk, das mit ganzem Herzen, mit der ganzen Befähigung, mit der ganzen Kraft der Seele zu der Familie der westlichen Völker drängte — und durch die Rasse, die geographische Lage, die Tätigkeit, den Einfluß auf die Gewohnheiten mit dem Osten in Verbindung stand.

Daß die Vernichtung eines solchen Staates das Gleichgewicht der Staaten zerstörte, daß sie eine schwere Wunde im europäischen Organismus war, das wurde schon mehrfach festgestellt, darunter auch von Napoleon. An die Stelle eines friedlichen Volkes kam das eroberungslustige Rußland, an die Stelle des polnischen Katholizismus trat die Orthodoxie. Anstatt des Vordringens Europas nach dem Osten dringt der Osten nach Europa vor.

Aber ist Polen nicht etwa deswegen untergegangen, weil es ihm an Kräften zur Erfüllung dieser Aufgaben mangelte? Oder wenn nicht, läßt sich das Gleichgewicht, das durch den Untergang Polens ins Wanken geriet, nicht auf andere Weise wiederherstellen? Läßt sich die Wunde des europäischen Organismus nicht ohne den Wiederaufbau Polens heilen? Bismarck behauptete, daß Preußen die Rolle

Polens übernommen habe, andere behaupten dies von Österreich. Blaskowich nennt Österreich den Niegel zwischen den Pangermanismus und dem Panславismus. Andere nennen es die Brücke zwischen dem Osten und dem Westen. Gibt es für Polen noch einen Zweck, zum Leben zurückzukehren?

Wieviele solcher und ähnlicher Zweifel kreisen bis jetzt in der Welt, ja sogar in schwächeren polnischen Herzen! Das ist der unübersehbare Wüstenand, der an Stelle des früheren Lebens den Fuß der Sphinx verschüttet hat. Die Sphinx selbst erhebt den Kopf und das Gesicht nach oben und sieht mit ungeschwächter Kraft in die Zukunft.

Polen steht da, es hat also einen Lebenszweck und die Macht dazu.

Die rote Junifonne neigte sich schon gen Osten und warf ihre Flammenstrahlen in die Gluten der Rogat; meine Gedanken wanderten aber noch immer nach Polen. Weit in der Ferne, hinter hundert Flüssen, erstreckte sich in einem romantischen Tale am Fuße des Schloßberges das frisch aus russischer Hand entriessene Lemberg. Eine Stadt, die deshalb von polnischen Händen im Osten erbaut zu sein scheint, um der Ausdruck und der Inhalt der geschichtlichen Aufgaben Polens zu sein. Wie oft zerklüften sich an dieser Schutzmauer des Christentums die tartarischen, türkischen und Kosakenhorden; wie weit erstahlte von hier die Zivilisation und der katholische Glaube, der Rom neue Befekner zuführte!

Wenn in irgendeiner Stadt, abgesehen von Krakau, ein symbolischer, nur uns eigener polnischer Hügel entstehen sollte, dann nur dort. Der auf dem Schloßberge über Lemberg sich erhebende majestätische Hügel der Union spricht deutlich von der hohen Sendung des Volkes. Ohne aus Felsstücken erbaut zu sein, wie die ägyptischen Pyramiden und Sphinxen, erfüllt er dieselbe Aufgabe. Er ist die geheimnisvolle Stimme der Erde, aus der er aufgeschüttet ist. An diesem Tage wird der Hügel der Union mit lauter Stimme die Bedeutung seines Symbols verkünden. Umgeben vom Kanonenrauch, vom Feuer und Eisen des Kriegsbrandes, verkündet diese polnische Sphinx, indem sie sich über die kämpfenden Armeen der Staaten erhebt, die einst Polen geteilt haben, die unverwundliche Sendung ihres Volkes.

Aus Nr. 449 des Kurjer Lwowski (Lemberg)
vom 8. September 1916.

Die aktuellsten Angelegenheiten aus Wien.

(Zuschrift des „Kurjer Lwowski.“)

Wien, den 5. September 1916.

Die Nachricht des halbamtlichen Wolffschen Bureaus über die politische polnische Versammlung in Warschau hat einen überaus großen Eindruck in Wien hervorgerufen. Man glaubte allgemein, daß Wien nicht viel Verständnis für polnische Angelegenheiten habe; es hat sich jedoch gezeigt, daß es gewisse polnische Angelegenheiten gibt, deren große Bedeutung Wien richtig einschätzt. Dazu gehört anscheinend auch die gestrige. Die in der Warschauer Versammlung beschlossene Resolution hat in Wien sehr gefallen.

Nach der gestrigen Nachricht erwartet Wien nunmehr eine ganze Reihe anderer, und zwar immer deutlicherer und erschöpfenderer Taten. Augenscheinlich wird die polnische Frage in Wien immer populärer und gewinnt immer mehr Anhänger nicht nur in den maßgebenden Kreisen, sondern auch in den breiten Schichten der Bürgerschaft.

Eine zweite Sache, mit der sich Wien sehr beschäftigt, ist die Niederlegung des Mandats seitens

des Abgeordneten Daszynski. Die Wiener Politiker sagen: „Die Angelegenheit entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie.“ „Warum ist er dem polnischen Klub beigetreten und hat verschiedene Sozialisten nachgezogen? Warum legt er, wenn er dem Klub beigetreten ist, sein Mandat nieder?“ Zuerst dachte man, daß nach dem Vorbild Daszynskis auch andere Sozialisten ihre Mandate niederlegen werden. Aber es kam eine weitere Nachricht, die eine noch größere Sensation brachte. Der „Naprzód“ machte bekannt, daß Daszynski sein Mandat ohne Einverständnis mit seiner Partei niedergelegt habe. Nun konnte niemand mehr die Sache verstehen. Ein großer Teil der Wiener Politiker und ein noch größerer Teil (fast 100 Prozent) der Journalisten hat bekanntlich talumidisches Gehirn. Die Leute mühen sich mit der Lösung des Problems ab, können aber keine finden. Sie warten die weitere Entwicklung der Dinge ab. Die Sache interessiert so sehr, daß es schon Polemiken über dieses Thema gegeben hat. „Der Abend“ macht der sozialistischen „Arbeiter-Ztg.“ den Vorwurf, daß sie die Sache mit einigen Zeilen erledigt habe; die „Arb.-Ztg.“ antwortet, daß das die Herren vom „Abend“ nichts angehe. Die christlich-soziale „Reichspost“ jedoch schmiedet aus der ganzen Affäre eine Waffe gegen die „Arb.-Ztg.“ und macht ihr böshafte Vorwürfe.

Aus Nr. 254 des Naprzód (Kraukau)
vom 13. September 1916.

Parteibeschlüsse.

Der Vorstand der polnisch-sozialdemokratischen Partei verhandelte am 10. September in Kraukau. An den Beratungen beteiligten sich alle Abgeordnete mit Ausnahme des Genossen Abgeordneten Dr. Bobrowski, welchen Dienstobliegenheiten am Erscheinen verhinderten. Von den Beschlüssen des Vorstands veröffentlichen wir folgende:

I.

Der Vorstand der polnisch-sozialdemokratischen Partei drückt der Politik des Klubs der polnischen sozialdemokratischen Abgeordneten im polnischen Klub und im Obersten Nationalkomitee sein Vertrauen aus.

(Zensurlücke.)

III.

Der Klub der polnischen sozialdemokratischen Abgeordneten soll möglichst bald die Einberufung einer Sitzung des polnischen Klubs anregen zu dem Zwecke, ihn zu einer politischen Aktion gegenüber den maßgebenden Regierungsfaktoren zu verlassen.

(Zensurlücke.)

Aus Nr. 92 der Wiadomości Polskie (Petrifau)
vom 3. September 1916.

Das Schicksal Polens.

Den nachstehenden Artikel erhielt die Schriftleitung der „Wiadomości Polskie“ von Herrn Dr. D. Jajzi, einem bekannten und geschätzten ungarischen Soziologen und Publizisten. Dr. Oskar Jajzi, Verfasser einer Reihe bedeutender soziologischer Werke, ist zugleich Dozent an der Universität in Budapest, einer der Führer der demokratischen Partei, Schriftleiter der wissenschaftlichen Monatschrift „Das 20. Jahrhundert“ und Mitarbeiter des Blattes „Bilag“ in Budapest. Vielfach begegnen wir noch der Behauptung, daß die Hauptursache des gegenwärtigen blutigen Krieges in der wirtschaftlichen Rivalisation zwischen England und Deutschland zu suchen sei. Ich leugne

nicht, daß der wirtschaftliche Gegensatz, welcher zwar nicht beide Völker, sondern nur gewisse einflußreiche Schichten derselben umfaßt, in hohem Maße dazu beigetragen hat, Europa in die gegenwärtige beispiellose Krisis hineinzuziehen. Von Anfang des Krieges an behaupte ich jedoch, daß wir auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Gegensätze zwischen England und Deutschland das eigentliche grundsätzliche Problem, dessen Lösung die blutigen Ringkämpfe der Völker bringen sollen, vergeblich suchen: dieses Problem liegt ganz wo anders, und zwar in der Entscheidung folgender Fragen der geschichtlichen Evolution:

Werden die Mittelmächte die Möglichkeit einer weiteren Entwicklung ihres wirtschaftlichen und politischen Ganzen haben? Wird Österreich-Ungarn in seinen bisherigen politischen Grenzen weiter bestehen können? Wird der Balkan der wirtschaftlichen und kulturellen Einflußsphäre Mitteleuropas angehören?

Oder auch: Soll die weitere Entwicklung Deutschlands als der leitenden Großmacht in Mitteleuropa eine Verschmetterung Österreich-Ungarns, die Entstehung einer neuen staatlichen Konstellation verhindern, welche, unter der Hegemonie Rußlands stehend, einen ständigen Druck auf Deutschland und die Länder des Nordens ausüben würde? Soll der Balkan nach dem Grundjatz einer mechanischen Durchführung des Nationalitätenproblems zusammen mit Kleinasien eine Gruppe kleiner Lehnstaaten des Zartums werden?

Eine positive Lösung des ersten Problems würde eine endgültige wirtschaftliche und politische Konzentrierung Mitteleuropas bedeuten, welches, auf diesem ganzen Gebiete unter dem Zeichen der westlichen Kultur, unter der Hegemonie Deutschlands sich entwickelnd, zur Entstehung eines vorübergehenden Gebildes führen würde, welches die Schaffung der „Vereinigten Staaten Europas“ bezweckt. Dies würde mit Ausschluß Rußlands geschehen, welches durch seine Verfassung, die durch die autokratischen und asiatischen Elemente bedingt ist, nur ein Hindernis sein könnte in der sich enger knüpfenden Annäherung und in dem Zusammenschluß West- und Mitteleuropas zu einem Ganzen.

Eine positive Lösung des zweiten Problems aber würde ein Rückschritt der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in Mitteleuropa um Jahrzehnte bedeuten, würde eine Auslieferung der heutigen Monarchie, des Balkans und Kleasiens an die russischen Einflüsse und dadurch eine Schwächung und Hemmung der westlichen Kultur in Mitteleuropa zu Gunsten der orientalisches-asiatischen Kultur sein.

Wenn eine solche Formulierung der Probleme berechtigt ist, so können wir sagen, daß der bisherige Lauf der geschichtlichen Ereignisse der Entwicklung günstig ist, die danach strebt, Mitteleuropa unter deutscher, das ist westeuropäischer Leitung zu erhalten. (Trotz der gegenwärtigen paradoxen, ja sogar perverfen Situation würde nämlich ein Sieg der Mittelmächte einen Sieg Westeuropas bedeuten — malgré lui — zwar nicht in augenblicklichen Ergebnissen, jedoch in der Logik der geschichtlichen Entwicklung.)

Das Schicksal der von den Mittelmächten eroberten polnischen Lande kann man nur von einer Perspektive klar und richtig beurteilen. Es ist nötig, daß Polen unwiderstehlich und harmonisch dem Staatenkomplex und der wirtschaftlich-kulturellen Sphäre Mitteleuropas einverleibt werde. Das ist nur dann möglich, wenn die überwiegende Mehrheit der Polen die Unabhängigkeit und die Freiheit der kulturellen politischen Entwicklung gesichert haben wird. Wenn dies nicht gelingen wird, wenn in das mitteleuropäische Gefüge wiederum ein zerrissenes Polen gelangen wird, wird sich Rußland nicht abzumühen brauchen, durch die

Propaganda und durch das Versprechen einer Vereinigung Polens eine neue und gefährlichere polnische Irredenta hervorzurufen, welche auf Rußland die letzten Hoffnungen der Verwirklichung ihrer Bestrebungen wird setzen müssen.

Auf diese Weise würde Polen anstatt eine Verteidigung Mitteleuropas und des Westens gegen den russischen Autokratismus sehr bald ein immer unruhigeres und unsicheres Nest panslawistischer Intriguen werden.

Es ist gegenwärtig in dem Strudel der Ereignisse nicht möglich, die Einzelheiten der nationalen und politischen Vereinigung der Mehrheit der Polen im Rahmen der Mittelmächte zu erörtern. Jedoch kann ich gewisse grundsätzliche Punkte, ich glaube, mit Ruhe schon jetzt festlegen:

1. Eine Vereinigung des besetzten Gebiets mit Galizien im Rahmen der österreichisch-ungarischen Verfassung wäre der am sichersten zu einer befriedigenden Lösung führende Weg.

2. Ein enger wirtschaftlicher und politischer Verband mit Deutschland müßte der deutschen öffentlichen Meinung gewährleisten, daß das auf diese Weise gestärkte Österreich und Polen auch in Zukunft nur eine solche Politik treiben wird, welche die wirtschaftlich und militärischen Interessen seines Bundesgenossen, wie überhaupt des ganzen Komplexes der mitteleuropäischen Völker nicht antasten würde.

3. Die ruthenische Minderheit muß im Rahmen der polnischen Verfassung die Sicherstellung ihrer national-kulturellen Entwicklung durch eine weitgehende „Homerule“ erlangen.

4. Die jüdische Frage muß im Bereiche der polnischen Autonomie nach dem Grundsatz des politischen und wirtschaftlichen Liberalismus gelöst werden.

Ein in diesem Geiste organisiertes Polen wäre nicht nur eine Stärkung der wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte des mitteleuropäischen Bundes und wäre nicht nur imstande, einseitige und unberechtigte germanisierende Tendenzen aufzuhalten, sondern es würde zugleich ein unerschütterlicher Schutzwall der westlichen Kultur gegen Rußland werden, welches, von seinen Eroberungsplänen abgeschnitten, fast automatisch den Weg innerer Reformen und einer demokratischen Reorganisation betreten müßte.

Dr. Oskar Jaszi,
Dozent der Budapester Universität.

Aus Nr. 259 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 17. September 1916.

Aus der polnischen Presse jenseits der Front.

Treffende Ausführungen des
„Kurjer Nowy“.

Die russische Presse ist beunruhigt aus Anlaß der Nachricht, daß die Zentralstaaten die polnische Frage bald zu lösen beabsichtigen. Die „Nowoje Wremja“ klagt über das Loß, das der Polen wartet, wobei sie durch Andeutungen zu verstehen gibt, daß sich die Polen Rußland gegenüber nicht loyal verhielten. Die Angriffe der russischen Presse werden von dem Petersburger „Kurjer Nowy“ in würdiger Weise zurückgewiesen:

„Schon heute kann man es fühlen, daß eine von den „Lizitationsbedingungen“ das Verhalten der Polen sein soll. Die polnische Frage wird in Rußland unter dem Gesichtspunkte des „Verhaltens“ der Polen betrachtet. Wir erinnern uns, daß schon die „Annahme der Warschauer Universität“ wenn nicht einen direkten Unwillen, so doch in jedem Falle Insinuationen und starkes Zischen der Rechten hervorrief. Mit einer gewissen Schwierigkeit „verzieht“ man Warschau die Schaffung der Universität und des Polytechnikums aus eigener Kraft, oder, wie man sagte, „die Annahme

der Universität aus der Hand der Deutschen“. Man dachte augenscheinlich, daß die Polen weder eine Universität noch Schulen eröffnen sollten, obwohl sie niemand daran hinderte. In größerem Umfange werden die selben Vorwürfe unzweifelhaft im Augenblick einer Proklamation der Unabhängigkeit seitens der Zentralstaaten erhoben werden. Die selben Leute, die uns die Gründung der Universität nicht verzeihen konnten, werden gewiß auch der Meinung sein, daß das Land die ihm gewährte Freiheit nicht benutzen soll, um eigene Institutionen am Orte zu schaffen, Behörden einzurichten usw. Wenn man sich alles vergegenwärtigt, was man über den Abgeordneten Parczewski aus Anlaß der Übernahme eines Lehrstuhls an der Warschauer Universität oder über den Rektor Dr. Brudzinski geschrieben und gesagt hat, dann kann man leicht verstehen, wie das Verhältnis zu einer etwaigen Landesverwaltung, zu der Allgemeinheit, die dieselbe anerkannt hat, sich gestalten wird. Und doch bedeutet die Erhebung von Vorwürfen gegen die polnische Allgemeinheit aus diesen Gründen daselbe, was die Forderung bedeuten würde, daß ein Mensch, der mit Stricken gefesselt war, keine Bewegungen ausführen soll, trotzdem man ihm die Fesseln abgenommen hat. Polen hat ein Anrecht auf die Freiheit, und der Umstand, daß die Okkupation ihm dieses Recht läßt, kann es nicht abhalten, diese angeborenen Rechte auszuüben.

Doch in welchem Maße kann man auf einen solchen Grad des Verständnisses unserer Rechte und unserer Lage rechnen? In einem sehr geringen. Es wird der Prozeß wegen des „Verhaltens“ beginnen, und es wird wahrscheinlich sehr scharf geurteilt werden. Die gegenwärtig im allgemeinen zurückgewiesenen Anklagen wegen der Österreich- oder Deutschfreundlichkeit werden mit größerer Kraft von neuem erstehen, obwohl am allerwenigsten diejenigen sie verdienen werden, die „für sich selbst“ die natürlichsten Funktionen des nationalen Organismus ausüben werden. Es wäre erniedrigend, sich alsdann in solchen Ergüssen, Erläuterungen und Feststellungen dieser oder jener „Freundlichkeit“ zu ergeben. Polen, das die während des Krieges gegebene Möglichkeit einer freien Entwicklung seiner Kräfte ausnützt, hat keine Veranlassung, sich in irgend einer Weise zu entschuldigen. Wer die geschichtliche Notwendigkeit der Wiedererweckung eines freien Polens anerkennt, muß auch die Tatsache anerkennen, daß Polen lebt, wenn es nicht zu Boden gedrückt und in Fesseln geschlagen ist.“

Über die russische Behandlung der polnischen Sprache.

Die russische Presse schreibt gegenwärtig viel über die polnische Frage, und zwar teils in freundlichem, teils in feindlichem Geiste gegenüber den Polen. Daß die Polen in Rußland dieses Schweifwedeln der polenfreundlichen Presse sehr kühl aufnehmen, dafür ist ein Beweis ein Artikel von Eduard Paczkowski im „Dziennik Kijowski“ (Kiew) vom 15. August. Wir lesen darin folgendes: „Die Unterhaltung zwischen den beiden Seiten findet dauernd in der Weise statt, als wenn sie in zwei fremden Sprachen stattfände. Wenn wir aus den Artikeln der russischen Presse alles das beseitigen, was zur Phraseologie der gegenwärtigen Politik gehört und eine sentimentale abgerissene Blume der Moral ist, die bekanntlich im praktischen Leben eine sehr zweifelhafte Rolle spielt, dann überzeugen wir uns davon, daß ein „Polen“ dort überhaupt nicht vorhanden ist. Zwar erkennen alle Teile der öffentlichen Meinung, die durch diese Presse repräsentiert werden, sogar die am meisten nationalistischen, teils laut, teils halblaut an, daß die Polen die vor 150 Jahren vollzogene Teilung überlebt

haben und bis jetzt noch bestehen. Aber diese „Wahrheit“ ist dort eine leblose, die keine Fähigkeit hat, ihre Konsequenz lebendig auszustrahlen.

„Es ist geschehen“, sagen die Herren Markow und Strzyzewski und sogar Herr Miljukow und die von der äußersten Rechten, „aber jetzt werden wir von neuem anfangen.“

Und man muß anerkennen, daß die russische Fähigkeit, „von neuem“ zu beginnen, sich nirgends so konsequent geäußert hat, wie in dem hundertjährigen Verhältnis zu uns, und daß sie sich nirgends so deutlich zeigt, wie bei der gegenwärtigen Behandlung der polnischen Frage.

Es steckt hier die absolute Negation der historischen polnischen Werte als des Ergebnisses einer tausendjährigen staatlich nationalen Kultur, und daher wird das polnische Volk bei der praktischen Lösung der Frage nur als „polnische Bevölkerung“ in den alten und den erhofften „neuen Gouvernements“ betrachtet; aber das ethnographische, sogar das geeinte Polen, bleibt für alle Zweige und Teile dieser öffentlichen Meinung immer nur das „polnische Zarenreich“ d. h. ein Gebilde des russischen Staatswesens.“

Paczkowski weist alsdann die lächerlichen Ansprüche eines gewissen Prof. Jastrebowski zurück, der in den „Wizjesza Wiedomosti“ sich darüber „wundert“, daß Warschau die Universität, die Schulen, die Selbstverwaltung usw. von den Deutschen angenommen hat. Jastrebowski ist offenbar der Ansicht, daß die polnische Bevölkerung lieber hätte fallen sollen, als eine Erleichterung fürs Leben aus nicht russischer Hand anzunehmen.

Aus Nr. 212 des Dziennik Narodowy (Petrifau)
vom 17. September 1916.

Die polnische Frage und die Friedensbestrebungen in Rußland.

(Von unserem Berichterstatter.)

Stockholm, den 11. September.

Von einem guten Kenner der gegenwärtig in Rußland wühlenden Stimmungen erhält unser Berichterstatter Mitteilungen, welche die Vermutung der polnischen Presse bestätigen, die Vermutung, daß Rußland willens wäre, das Königreich Polen um den Preis irgendwelcher näher nicht umschriebenen Kompensationen loszuwerden. Dies beweisen die Aufschübung der Entscheidung in der polnischen Frage, wie auch verschiedene Publikationen über dieses Thema, u. a. die Äußerungen „eines alten Diplomaten“ im „Golos Rossii“, dem Organ des Fürsten Andronikow. Bezeichnend ist ebenfalls die Broschüre Suchanows, welche unter dem charakteristischen Titel „Warum führen wir Krieg?“ erschienen ist. Die rechtsstehenden Elemente, welche gegenwärtig zur Macht gelangt sind, befehlen sich mit der Wiedererlangung des Königreichs Polen nicht. Die erste Rundgebung dieser Strömung war das Rundschreiben des Ministeriums des Innern an alle Gouverneure, in welchem die Polen als Feinde Rußlands und als Freunde Österreichs hingestellt werden. Die Antwort der polnischen Fraktion auf dieses Rundschreiben, welche von fünf polnischen Dumaabgeordneten unterzeichnet ist, hat in Warschau einen niederdrückenden Eindruck hervorgerufen. In dieser Antwort suchten die Emigranten, welche mit der polnischen Volksgesamtheit keine Fühlung haben, die russische Regierung und die Regierungen des Vierverbandes zu überzeugen, daß die Polen Anhänger Rußlands seien. Augenscheinlich war die Tendenz dieser Antwort: Sie hatte den Zweck, wiederum den Appetit Rußlands auf Polen, der nachzulassen begann, anzuregen. Es scheint jedoch, daß die Kom-

plimente der 5 polnischen Abgeordneten unter der Adresse Rußlands ohne Erwiderung geblieben sind. Seitdem die Polen im Königreich Polen frei atmen und an der Wiederherstellung ihres Staates arbeiten können, herrscht allgemein nur ein Wunsch, nämlich der, daß die russischen Tschinowniks nicht mehr zurückkehren. Dieser Ansicht sind sogar in der Richtung der östlichen Orientierung engagierte Organe, wie die „Sprawa Polska“ und die „Gazeta Polska“.

Ob sich die gegenwärtigen Strömungen in Rußland erhalten werden, ist schwer zu beurteilen. Die weitere Stellung Rußlands wird von der Entwicklung der inneren Politik dieses Staates abhängen. Es unterliegt keinen Zweifel, daß die Kriegsmüdigkeit in Rußland allgemein ist. Das tatsächliche Fiasko der russischen Offensive und der rumänischen Aktion, welches mit ungeheuren Verlusten an Menschen und Materialien verbunden ist, wird sicherlich den Prozeß beschleunigen, welcher vor unseren Augen in Rußland heraneift.

Wenn man die russischen Stimmen für einen Sonderfrieden betrachtet, so darf man nicht vergessen, daß sie überwiegend eine unter der Adresse Englands und Frankreichs gerichtete Gelderpressung sind. Ein Teil der Stimmen dieser Art stammt aus liberalen Kreisen, die den Wunsch haben, die russischen Konservativen, welche gegenwärtig das Ruder in der Hand haben, vor dem Vierverband bloßzustellen. Nach Berücksichtigung dieser beiden Quellen der Friedensfundgebungen Rußlands müssen wir doch annehmen, daß ein gewisser Teil der für einen Sonderfrieden eintretenden Artikel tatsächlich den Stimmungen der russischen Volksgesamtheit entspricht. Der Versuch des stellvertretenden Dumapräsidenten Protopopoff und des Abgeordneten Olsufiew in Stockholm und ihre Unterredungen mit dem deutschen Diplomaten lassen sich nur durch die im Vorstehenden erwähnten beiden Momente erklären. In dieser Episode ist etwas mehr enthalten, nämlich der Kern zukünftiger Möglichkeiten, welcher verderben, aber sich auch weiterentwickeln kann.

Aus Nr. 216 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 19. September 1916.

Die Vorlage eines Entwurfs der Autonomie für Polen in der Duma.

Nach den Informationen des „Berliner Tageblatts“ teilt das „Ruskoje Slo wo“ mit, daß zwischen Stürmer, dem Justizminister und dem Minister der inneren Angelegenheiten eine private Beratung stattgefunden habe, während welcher beschlossen worden ist, daß sofort nach Eröffnung der Herbstsitzung der Duma den russischen Abgeordneten der Entwurf eines Gesetzes über eine Autonomie für Polen werde vorgelegt werden.

Diese Absicht stößt in der polnischen Presse jenseits der Kampffront auf scharfen Widerstand. So bemerkt z. B. der „Dziennik Kijowski“ sehr bestimmt, daß man die polnische Frage ohne die Polen nicht entscheiden könne. Denn die drei polnischen Abgeordneten in der Duma könne man nicht als das polnische Volk ansehen, und was wäre dies übrigens für eine Unterredung dreier Männer mit 450 anderen Männern, die andere Anschauungen haben. Die Fiktion einer Verständigung wäre die Behandlung der polnischen Frage in einer Versammlung mit einem solchen zahlenmäßigen Verhältnis der Polen zu den Russen, in welchem die Angelegenheiten durch Stimmenmehrheit entschieden werden. Die russischen sozialen Faktoren sollten dessen eingedenk sein, daß die polnische Frage

ein internationales Problem war und ist und darum auch nicht nach häuslicher Art gelöst werden kann.

Einer häuslichen oder privaten Behandlung der polnischen Frage stimmten wir niemals zu, und die einzige Unterredung, der wir allein zustimmen könnten, das sind die Worte Lubeckis — „Gleiche mit Gleichen“. Weder die Duma, noch der Staatsrat sind der dazu geeignete Boden.

Wir ersehen aus diesen Auslassungen des „Dziennik Kijowski“, daß die Polen in Rußland die polnische Frage entschieden und mit Würde zu verteidigen verstehen, indem sie fest auf dem grundsätzlichen Standpunkt stehen, daß die Polen keine Gnade wollen, sondern die ihnen mit Recht gebührenden Rechte. Darum klingt auch dort nicht der Ton angeblicher Russenfreundlichkeit durch, wessen verschiedene „Phile“ unsere Landsleute jenseits der Kampflinie zu Unrecht beschuldigt haben, sondern der Ton einer gesunden Stimme, welcher seine Kraft und die Bedeutung des Volkes kennt, welches selbständig als gleiches neben anderen gleichen Völkern, nicht aber fortgesetzt ein unterwürfiger und unterjochter Sklave sein will.

Aus Nr. 213 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 17. September 1916.

Die Nationalisten in Rußland.

Auf den ersten Blick ist es wenig verständlich, daß in Rußland die Anhänger des Krieges, besonders des Kriegsführens bis zum Äußersten, nicht die Nationalisten sind. In allen anderen in den Krieg verwickelten Ländern sind die Nationalisten dasjenige Element, welches die Kriegsführung bis zur vollständigen Demütigung des Gegners fordert. Aber die friedlichen, wenigstens gegen den weiteren Krieg mit Deutschland gerichteten Aspirationen der russischen Nationalisten erklären sich aus der Besorgnis um die zukünftige Gestaltung der inneren russischen Verhältnisse. Diese Kreise, welche sich fast ausschließlich aus radikalen Reaktionären rekrutieren, hegten schon seit jeher deutliche Sympathien für das monarchische Deutschland und Abneigung gegen die demokratischen Staaten des westlichen Europas. Die gegenwärtige enge Verbindung mit diesen Staaten erfüllt sie mit der Besorgnis, daß nach beendetem Kriege der demokratische Geist des Westens sich auch in Rußland die Herrschaft erobern werde. Eine gewisse Rolle spielt in diesen Befürchtungen unzweifelhaft auch die Frage der Zukunft Polens. Nach Ansicht der Nationalisten könnte die polnische Sache unter dem Einfluß Englands und Frankreichs in einer den russischen Lebensinteressen nicht entsprechenden Weise erledigt werden.

In der ersten Kriegszeit hat diese Opposition der reaktionären und nationalistischen russischen Elemente gegen den Krieg bis zum Äußersten, der vor allem durch liberale Kreise propagiert wurde, nicht allzudreist das Haupt erhoben. Sie hat sich hauptsächlich auf Privatgespräche und vertrauliche Versammlungen beschränkt. Vertraulich waren auch die Beschlüsse, welche in der letzten Zusammenkunft der wahrhaft russischen Leute gefaßt wurden. Der Bericht über diese Versammlung erschien jedoch vor einigen Tagen in einem schweizerischen Blatt.

„Die militärische Lage Rußlands ist vorzüglich und verspricht angesichts der riesigen Reserven an Menschen, Material und Munition, über welche man verfügt, eine weitere Verbesserung. Die Lage unserer westlichen Verbündeten ist sehr stark. Es beschäftigt uns jedoch die Frage, welchen Nutzen Rußland von diesem Siege haben würde. Wir sollen darum die drei Teile Polens vereinigen, um sie zu verlieren, indem wir ihnen eine Autonomie gewähren. Wenn wir Konstantinopel erhalten, so wird dies unserer

Politik eine andere Wendung geben, indem es sie von Asien abwendet, wo unsere wahrhaften Interessen sich befinden. Der heutige Staatsorganismus wird durch revolutionäre Tendenzen bedroht sein, welche seine Kräfte aus dem Triumphe der westlichen Mächte mit liberaler Regierung schöpfen werden.

„Wir sind in diesen Krieg geradezu entgegen unseren Lebensinteressen hineingezogen worden. Das sehen wir von Anfang des Krieges an. Die Hindernisse, welche uns vom Friedensschluß mit Deutschland abhalten, sind: die Ansichten der liberalen Elemente, welche der autokratischen Regierung dieses Landes feindselig gegenüber stehen, der Geist der Armee, vor allem in erster Reihe der Wille des Monarchen, und der Standpunkt der Polen, welche die Komödie eines russischen Loyalismus spielen. Eben darum strebten alle unsere Bemühungen dahin, bei einer Politik zu verharren, welche die Polen zum Fallenlassen der Maske zwingen würde. Deswegen widersetzten wir uns allen Konzessionen und jeder Realisierung der den Polen gemachten Versprechungen. Trotzdem haben die Polen in ihrem falschen Loyalismus verharret. Tatsache ist es, daß die Polen auf die Verbündeten Rußlands rechnen, um ihre Ansprüche ihm gegenüber aufrecht zu erhalten. Zum Glück nähert sich der Augenblick, wo nach unseren sicheren Informationen ihnen die Deutschen ihr Polen geben werden. Angesichts der vollendeten Tatsache werden sich die Polen ihren Woh'tätern in die Arme werfen. Das verstehen die Deutschen ebenso gut, wie wir, daß, wenn die Polen Rußland verraten, eine Annäherung zwischen Rußland und Deutschland um vieles leichter sein wird. Und wenn uns dies sogar keinen unmittelbaren Frieden bringen sollte, so wird es uns für die Zukunft die Grundlage bieten, Polen als eine aufrührerische Provinz zu behandeln und zu vernichten.“

Wir wissen natürlich nicht, ob und wie weit der obige Bericht authentisch ist. Es fehlt ihm jedoch nicht die innere Wahrscheinlichkeit. Besonders das, was er von der zukünftigen Gestaltung des Loses Polens spricht, entspricht vollständig der bisherigen Haltung der Nationalisten, welche gegen jegliche Zugeständnisse zu Gunsten der fremden Nationalitäten sind, die zum Bestande des russischen Reiches gehören und besonders derjenigen, die jeden Gedanten einer Annäherung Rußlands an die Polen bekämpfen.

Aber schließlich würde der Bericht über diese vertrauliche Versammlung an sich noch kein Material zu ernstesten politischen Kombinationen bieten. Es fehlt jedoch in der letzten Zeit auch nicht an anderen Zeichen dafür, daß die Nationalisten eine Propaganda im Sinne ihrer Ansichten beginnen. Charakteristisch ist vor allem die Ausnahme, welche die letzte Rede Asquiths über die Kriegsziele Englands in einem bestimmten Teile der russischen Presse erfahren hat. Man darf der abfälligen Beurteilung, welche diese Rede in den wenig gelesenen und wenig einflußreichen Organen der äußersten Rechten erfahren hat, nicht eine allzugroße Bedeutung beimessen. Beachtung verdient jedoch die Tatsache, daß in demselben Tone sich über die Rede Asquiths das „Nowoje Wremja“ ausdrückt, welches Blatt gewöhnlich sehr gut fühlt oder ahnt, von woher in den entscheidenden russischen Kreisen der Wind weht.

Es wäre natürlich verfrüht, schon jetzt auf Grund dieser Tatsachen irgend eine Ankündigung einer Änderung in der bisherigen russischen Politik vorauszusehen. Sicher findet die Aspiration der russischen Nationalisten einen gewissen Widerhall auch in der deutschen öffentlichen Meinung. Noch vor kurzem haben sich ausschließlich die deutschen konservativen Blätter, welche in England den Hauptfeind Deutschlands sehen, mit einer gewissen Rücksicht über Rußland ausgedrückt, und sie schlossen nicht die Möglichkeit einer späteren Verständigung aus. In den letzten Zeiten erscheinen aber

auch in der liberalen Presse ähnliche Stimmen. Vor einigen Tagen haben wir einen Artikel der ultra-liberalen „Frankfurter Zeitung“ zitiert, der vor der Täuschung warnt, daß es möglich sein könnte, Rußland als einen Faktor der internationalen Politik für die Dauer auszuschließen. In ähnlichem Geiste schrieb vor kurzer Zeit der politische Leiter der „Voss. Ztg.“.

Es ist dies jedoch Zukunftsmusik, welche die Möglichkeit einer Annäherung Rußlands und Deutschlands — nach dem Kriege — ankündigt. Augenblicklich wütet der Krieg ohne Unterbrechung, und nichts scheint ein nahes Ende anzukündigen. Was die Friedenswünsche der russischen Nationalisten anbetrifft, so stellen schon der neuerdings erfolgte Anschluß Rumäniens an den Vierverband und die gemeinsame Aktion der russischen und rumänischen Heere auf dem Balkan der Verwirklichung dieser Absichten schwer überwindbare Hindernisse entgegen.

Aus Nr. 16 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 19. September 1916.

Das „Echo Polskie“ gegen Burcew.

Der bekannte, gegenwärtig „bekehrte“ russische Revolutionär Burcew hat in der „Kiecz“ einen Artikel veröffentlicht, in dem er behauptet, daß die Polen nur eine Orientierung haben könnten, — nämlich die russische.

Dies hat einen lebhaften Protest in dem in Rußland erscheinenden „Echo Polskie“ hervorgerufen, welches schreibt: „Eine russische Orientierung in dem Sinne, wie sie Burcew auffaßt, hatten die Polen niemals, sie haben eine solche heute nicht und werden sie niemals haben, obgleich sie Burcew schon seit 2 Jahren unter den Polen mit allen möglichen Mitteln erblickt. Die polnische Koalitions-Orientierung hat überhaupt mit derjenigen nichts Gemeinsames, welche uns Burcew aufdrängen möchte. Der Aufruf des Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch ist vollständig klar und erfordert keine Erläuterung; trotzdem fängt Burcew an, ihn zu interpretieren, und das in einer mit Rücksicht auf seine Vergangenheit Staunen erregenden Weise. Er versucht seine Leser zu überzeugen, daß die „Träume unserer Väter und Großväter“ nicht Träume von der Unabhängigkeit, sondern von der Abhängigkeit gewesen seien, daß sogar unsere Aufstände Kämpfe um die vollständige Vereinigung mit Rußland gewesen seien.“

„Wir wollen, — so schreibt das „Echo Polskie“ weiter, die Russen als ein Brudervolk betrachten, aber in keinem Falle ist Rußland für uns ein „Mütterchen“ und wird es uns auch niemals werden. Die Polen haben nur eine Mutter, dies ist unser Vaterland. Burcew wird uns niemals von der Notwendigkeit einer anderen Orientierung gegenüber Rußland überzeugen können, als die aufrichtige und wirklich brüderliche Vereinigung eines Freien mit einem Freien und eines Gleichen mit einem Gleichen. Die polnische Frage ist nicht deswegen eine internationale Frage, weil wir Polen dies wünschen, sondern weil es dem wirklichen Stande der Sache entspricht. Wir sind kein kleines Volk. Unter den Völkern Europas nehmen wir den siebenten Platz ein. Da wir keinen eigenen Staat besitzen, so fehlt uns die Stimme, welche gehört werden könnte, und darum können wir unsere Bedürfnisse und Wünsche den Herren Diplomaten nicht vorlegen. Jede Vernachlässigung der reifen und eine Lösung fordernden Fragen führt im inneren Leben des Staates zur Revolution und im äußeren zum Kriege. Die blutigen Lehren hätten doch irgendwelche Früchte gebracht haben müssen; wenn man jedoch Burcew glauben soll, sind die verantwortlichen Leiter der internationalen Angelegenheit nicht

geneigt, die mindeste Lehre betreffend die polnische Frage zu ziehen, und Burcew selbst hat nichts gelernt. Die Lösung des Wiederaufbaues Polens ist aufs engste verbunden mit der Lösung des Kriegsführens bis zum Schluß, bis zum Abwerfen des die Völker Europas drückenden Militarismus, bis zur Beseitigung der Möglichkeit des Ausbruches eines künftigen europäischen Krieges. Die polnische Frage besitzt auch für das äußere Leben Rußlands Bedeutung. Zu unserem Bedauern finden wir auf Seiten der russischen Fortschrittler dafür kein Verständnis, daß die Behandlung der polnischen Sache als eine innere russische Frage gefährlich und vor allem für Rußland selbst schädlich ist. Schon vor dem Kriege war die polnische Sache für die innere Entwicklung Rußlands ein Hemmschuh, da sie überhaupt für ganz Europa eine der bedeutendsten Grundlagen und Bürgschaften für die Reaktion war. Gegenwärtig jedoch, wo die Kriegsergebnisse das nationale Selbstbewußtsein der Polen bis zur höchsten Spannung gehoben haben, würde ein Rußland untergebenes Polen für ersteres eine hundertmal schwerere Last sein, als das „Generalgouvernement Warschau“. Jedenfalls sind halbe Mittel und halbe Zugeständnisse nicht im Stande, die polnische Sache zu lösen.“

Soviel das „Echo Polskie“ Das russische Organ der Reaktion, das „Nowoje Wremia“, hat den Artikel des Echo Polskie abgedruckt und ihn mit folgenden Bemerkungen versehen: „Der angeführte Artikel ist aus dem Grunde bezeichnend, weil er gewissermaßen eine Übertreibung enthält, die man gegenwärtig in der polnischen Presse oft antrifft. Es ist dies teilweise verständlich, gleichzeitig ist aber auch in solchen Artikeln viel Krankhaftes und Schädliches enthalten, was der Aufklärung und dem Verstehen der Sache hinderlich ist.“

Aus Nr. 30 der Polonia (Paris)
vom 22. Juli 1916.

In Lausanne.

Sehr verschieden und eigentümlich geht es in Lausanne in der Schweiz, und wohl nicht nur in Lausanne selbst her. Hier ein Auszug aus einer Zuschrift, die uns mit der Unterschrift des Herrn W. Krüzel zugegangen ist, ein Auszug, den wir unter gänzlicher Überlassung der Verantwortung an den Autor und die Vermittler zur Charakteristik der dort herrschenden sozial politischen Verhältnisse wiedergeben:

„Gewissermaßen der Epilog der „Beteiligung“ der Polen an dem Kongreß war eine Versammlung zu Vorlesungszwecken, die am 2. Juli im Hotel Lilian stattfand und fast die ganze polnische Kolonie versammelte.“

Die Versammlung eröffnete Herr Wenzel Sierozewski mit einem Referat über die politische Lage. Er sprach farblos, unlogisch und zu gleicher Zeit tendenziös; der Krieg hat ihn sehr altern gemacht und ihm gewissermaßen beinahe den Mut der Legionen genommen. Er sagte u. a., Polen werde in den Bestand von Mitteleuropa als „politisch und wirtschaftlich unabhängiger Staat treten“, es „müsse“ so sein, alle „müßten“ zugeben, daß die Legionen eine einzige Sache seien, vor der sich der Wille Europas beugen „müsse“. Eine Bedingung für uns sei es jedoch, daß wir sofort eine „Legionenarmee von einer Million, eine nationale Regierung und einen Staat schafften“. Wie? Was? — Das war schwer zu erraten.

Als das Referat zu Ende war, verlangte man die Diskussion. Der um die Übernahme der Leitung ersuchte Historiker Herr Johann Ruchazewski gab bekannt, daß der Referent sich der Diskussion entziehe, und da auch Herr Lempicki, wie zuerst angekündigt worden sei, ihn nicht vertreten wolle, so bleibe nichts anderes übrig, als nach Hause zu gehen, was

auch die unabhängigkeitsparteilichen und österreichfreundlichen Führer taten. Aber die Versammlung verlangte die Diskussion, und man einigte sich dahin, daß Herr Dr. K. M. Morawski aus Krakau die Leitung übernehmen solle.

Herr Lados aus der aufgelösten östlichen Legion verlas sodann als Dokument des tatsächlichen Standes der Dinge in Warschau eine Denkschrift des radikalen, nationalen Zentralkomitees an das Oberste Nationalkomitee, ungeheuer enttäuscht bezüglich der Taktik der Mittelmächte. Sodann ergriff das Wort der Redakteur Herr Marian Seyda aus Posen, und er widerlegte in einer glänzenden, kräftig argumentierenden und heißen, alle Augenblicke durch dröhnenden Beifall unterbrochenen Ansprache Punkt für Punkt die Ausführungen des Herrn Sieroszewski und rückte das Programm der Vereinigung der polnischen Lande zu einem staatlichen Ganzen in den Vordergrund.

Die Versammlung schloß mit dem Ausdruck des Bedauerns darüber, daß die Seite, welche die Unabhängigkeit auf den Lippen führe, aber die praktisch zu ihr führenden Wege nicht zu zeigen wisse, sich der Diskussion entzogen habe. Herr Sieroszewski reiste nach kurzer Zeit von Lausanne ab, Herr Lempicki bereitet sich zur Abreise vor, und Herr Studnicki ist nicht mehr da. Schade!

Aus Nr. 446 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 5. September 1916.

Die polnische Aktion in Skandinavien.

II.

Zwecks gegenseitiger Annäherung und Hilfeleistung an die über Stockholm reisenden Polen wurde während des Krieges ein polnisches Komitee in Stockholm gegründet. Es waren auch Absichten vorhanden, den durch den Krieg in Not geratenen polnischen Provinzen zu Hilfe zu kommen, aber bis jetzt ist auf diesem Gebiete nichts zustande gekommen.

An der Spitze des Komitees steht als Vorsitzender H. Alfred Pomian Hajdukiewicz, ein Nachkomme eines Aufständischen aus dem Jahre 1863. Obwohl Bürger des schwedischen Königreichs, sucht H. Hajdukiewicz beiden Vaterländern, Schweden und Polen, so viel Arbeit und Herz zu widmen, als es nur möglich ist. Er ist Redakteur des Organs der Industriellen „Schwedischer Export“ und Major der Reserve in der schwedischen Armee. Noch vor dem Kriege hat sich H. Hajdukiewicz mit seinen beiden Schwestern lebhaft für polnische Fragen interessiert.

Das Protektorat über das Polnische Komitee hat H. Hildebrand übernommen, ein konservativer Abgeordneter zum schwedischen Parlament. Die Leitung der Bureaus des Komitees ruht in den Händen des Dr. Rudowski.

Das „Polnische Komitee“ hat gleich zu Anfang des Krieges eine Rettungs- und Unterstützungsaktion zu Gunsten Polens eingeleitet, die jedoch erfolglos geblieben ist, da andere Faktoren sich nach dieser Richtung hin zu bemühen anfangen, aber — ebenfalls erfolglos.

Das Komitee hat daher seine Tätigkeit auf die Vermittlung des Verkehrs zwischen Polen und dem Auslande beschränkt. Außerdem übernahm es den Schutz der Polen, die hilfsbedürftig sind und sich in Skandinavien aufhalten. Es kommen hier hauptsächlich polnische Landarbeiter in Dänemark und mittellose Personen in Betracht, die über Stockholm reisen und Informationen usw. bedürfen. Ein Verdienst des Polnischen Komitees ist u. a. die Regelung des Verhältnisses zwischen der dänischen Polizei und den polnischen Arbeitern. Der Vorsitzende des Komitees

J. Hajdukiewicz, war persönlich in Dänemark und erledigte den Konflikt in einer für unsere Landsleute günstigen Weise.

In welcher Weise geschieht nun die Vermittlung des Verkehrs zwischen der Heimat und dem Auslande?

Was diese Vermittlung anbelangt, so äußert sie sich hauptsächlich in der großen Erleichterung der Korrespondenz zwischen den Polen in der Heimat und denjenigen in der Fremde. Ich habe die Arbeit im Polnischen Bureau in Stockholm, das in den luxuriös ausgestatteten Räumen an der Wallingatan-Straße 28 untergebracht ist, gesehen. Es wird darin eine Reihe von Personen unter der Leitung von Dr. Rudowski beschäftigt. Das Bureau ist fast den ganzen Tag offen. Alle Augenblicke kommt ein Briefträger mit einer Menge Karten, Briefe, Geldanweisungen usw. Es sind dies hauptsächlich Sendungen aus Rußland an Familien, die im Königreich Polen geblieben sind, und aus dem Teile Ostgaliziens, das durch Rußland okkupiert ist (Tarnopol, Husiatyn). Jeder solcher Brief wird in den Kanzeleibüchern notiert und der Name des Absenders und des Adressaten eingetragen. Alsdann wird er in ein amtliches Kouvert des Komitees gesteckt und an den Adressaten weiter befördert. Täglich empfängt und befördert das Bureau einige hundert solcher Briefe. Alle Sendungen die durch das Komitee gehen erfreuen sich der Förderung seitens der verschiedenen Bottschaften. Deshalb gelangen sie auch rasch und sicher an ihren Bestimmungsort. Hierbei muß man anerkennen, daß sämtliche Gesandtschaften dem Komitee hilfreich zur Hand gehen.

Nach Rußland, Posen und Galizien gelangen die Briefe auf direktem Wege verhältnismäßig schnell. Nach dem Königreich Polen (unter der österreichischen Okkupation) durch Vermittlung des Ministeriums des Auswärtigen in Wien. Gegenwärtig kann man aber infolge einer entsprechenden amtlichen Verfügung diese Briefe auch direkt an die österreichische Okkupation befördern.

Schwierigkeiten bietet die Postverbindung mit Warschau und der deutschen Okkupation. Dahin werden Briefe aus Stockholm gar nicht geschickt, sondern die Vermittlung der spanischen Bottschaft benutzt. Der Inhalt der Briefe wird auf amtliche Blanketts der Gesandtschaft übertragen, und unter Vermittlung der letzteren wird der Inhalt der Blanketts durch die deutschen Polizeibehörden dem Adressaten bekannt gegeben. Alsdann wird die Antwort auf dasselbe Blankett — deutsch — aufgenommen und an die spanische Bottschaft in Berlin geschickt, die sie an das Komitee in Stockholm weiterreicht. Hier wird wiederum der Inhalt des Blanketts abgeschrieben und an die Familie nach Rußland geschickt. Die Vermittlung vollzieht sich schnell. Wenn nicht irgend ein unvorhergesehenes Hindernis eintritt, erhält man auf einen Brief aus dem Königreich nach Rußland oder umgekehrt in ungefähr 3—4 Wochen Antwort. Es fehlt hierbei nicht an amüsanten Szenen, da die Leute an das Komitee in verschiedenen Sprachen schreiben; das Komitee wundert sich über diese Praktiken, denn man muß hierher polnisch schreiben.

In welcher Form kann das polnische Publikum von den Diensten des Komitees Gebrauch machen?

Das Komitee wünscht, daß das Publikum die Briefe polnisch schreibe, direkt an den Adressaten. Auf der einen Seite des Briefes ist die Adresse der Person anzugeben, für die der Brief bestimmt ist. Ein solcher Brief wird in ein Kouvert getan, das an das polnische Komitee in Stockholm adressiert ist. Es ist nicht nötig, noch irgend ein Kouvert hineinzulegen, da das Stockholmer Komitee den Brief im eigenen amtlichen Kouvert weiterexpediert. Für das Porto ist es einzig das Richtige, internationale Coupons beizufügen, die in Österreich bei allen Postämtern

zu haben sind. Manche schicken Postwertzeichen, was jedoch nicht empfehlenswert ist, da das Komitee solche nicht braucht. Es schickt trotzdem den Brief auf eigene Kosten weiter, da es über einen kleinen Fonds verfügt, der zu diesem Zwecke von dem Komitee für die polnischen Flüchtlinge, dessen Vorsitzender der frühere Dumaabgeordnete Lednicki ist, zur Verfügung gestellt ist.

Das Stockholmer Komitee versendet auch Briefe an die Polen in andern Ländern z. B. nach Frankreich, England und Amerika. In den Bureaus des Komitees weilt täglich eine ziemlich große Anzahl von Durchreisenden, die Rat und Auskunft suchen. Besonders kann man hier Leute antreffen, denen es gelungen ist, aus irgend einer „Internierung“ zu entweichen.

Das Bureau beschäftigt viele Mitarbeiter, von denen besonders die Damen Dobrowolska und Rudowska zu erwähnen sind, die keine Mühe scheuen, um nur den Landsleuten zu helfen.

Es ist noch zu erwähnen, daß außer dem polnischen Komitee ein junger Geistlicher aus der Diözese Wilna, H. Markowski, in analoger Weise den Briefverkehr vermittelt. Er leitet die polnische Abteilung beim russischen „Roten Kreuz“, die unter der besonderen Protektion der Schwester des russischen Gesandten in Stockholm, H. Refudow, steht.

Wenn es sich um die Vermittelung mit Kriegsgefangenen handelt, so kann dies unter Vermittelung des schwedischen „Roten Kreuzes“ geschehen (Adresse: „Rodbors-Komitee, Linnegatan, Stockholm“). Im Bureau dieses Roten Kreuzes wird die Korrespondenz ebenfalls durch einen Polen, H. Krzyzanowski, erledigt.

Auch außer der Briefvermittlung leisten das polnische Komitee und H. Krzyzanowski große Dienste, indem sie die Adressen von Personen aufsuchen, deren Aufenthalt ihren Familien nicht bekannt ist.

Die Arbeit dieser Faktoren erfreut sich ungeteilter Anerkennung der Allgemeinheit, wofür Hunderte von Briefen aus allen Gegenden ein Beweis sind. Das ist der einzige Lohn für die zeitraubende schwere Arbeit in der Fremde.

Aus Nr. 209 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 10. September 1916.

In der Angelegenheit des Schriftwechsels

mit den von einander getrennten Polen erhalten wir von der polnischen Abteilung des russischen Roten Kreuzes in Stockholm folgenden Brief:

Stockholm, den 5. September 1916.

Geehrter Herr Redakteur!

In Nr. 200 des „Dziennik Berliński“ vom 31. August d. Js. erschien eine Bemerkung unter der Spitzmarke: „Schriftwechsel mit dem Auslande“, die die Angelegenheit nicht in richtiger Weise darstellt.

Darin ist unter anderem gesagt, daß „infolge Verfügung der Behörden der gesamte Schriftwechsel zwischen Polen und dem Auslande, sowohl dem neutralen als auch dem feindlichen, angehalten werde und daß sämtliche Briefe und Sendungen an den Verein in Stuttgart gegenwärtig zurückgeschickt würden.“

Wir wollen auf das Gebiet der Betätigung des Vereins für Kriegshilfe in Warschau oder des Vereins in Stuttgart in der Angelegenheit des Familienschriftwechsels nicht eingehen. Jedoch infolge der obengenannten Bemerkungen im „Dziennik Berl.“ fühlen wir uns mit Rücksicht auf das Wohl unserer Landsleute verpflichtet, zur allgemeinen Kenntnisnahme folgendes mitzuteilen:

Seit einigen Monaten besteht in Stockholm eine „Polnische Abteilung“ als rein polnische Schöpfung, die unter Benützung der Vergünstigungen des Roten Kreuzes und der Möglichkeit des direkten Verkehrs mit den Botschaften der drei Teilmächte und der spanischen Botschaft den Schriftwechsel nach allen Ländern mit den denkbar günstigsten Ergebnissen erledigt.

Der Dienste und Vergünstigungen der „Polnischen Abteilung“ bedienen sich verschiedene Institute, sogar das schwedische „Rote Kreuz“, das durch uns die Briefe und Nachforschungen an die deutsche Okkupation weiter befördert.

Jrgend eine Unterbrechung, die der Gewährsmann des „Dziennik Berl.“ erwähnt, haben wir nicht gehabt. Wir arbeiten nach dieser Richtung hin mit immer besseren Erfolgen, wovon das Ergebnis der Erledigung von einigen Zehntausenden erledigter Briefe, Anfragen und Antworten der beste Beweis ist. Unsere kurze Adresse lautet: Polnische Abteilung, Stockholm, Hotel Continental.

In der Hoffnung, daß Sie, geehrter Herr Redakteur, obige Erklärung in ihrem Blatte veröffentlichen werden, zeichnen wir mit Hochachtung Geissl. Fr. Markowski, Leiter der Abteilung.

Aus Nr. 253 des Naprzód (Krakau)
vom 12. September 1916.

Eine Aktion der amerikanischen Polen in Sachen der Wiederherstellung des Kongresskönigreichs.

Newyork, den 11. September (?)

Das Komitee der nationalen Verteidigung in Nordamerika richtete an die Botschafter und Gesandten der in Washington vertretenen Mächte eine Denkschrift, in welcher wir lesen:

Das Komitee der nationalen Verteidigung, welches sich auf das Völkerrecht stützt, dessen Teil die vom 15. bis 27. November 1815 von Alexander I. unterschriebene und beschworene Verfassung des Königreichs Polen war und ist, — hält dafür, daß das Königreich Polen durchaus kein Bestandteil des russischen Staats, sondern im Gegenteil ein unabhängiger Staat sei. Die russische Staatsgewalt, welche in Polen nach dem Jahre 1863 bestand, stützte sich einzig und allein auf die Tatsache, daß das Gebiet des Königreichs Polen von den russischen Truppen besetzt war, und hatte dadurch den Charakter und das Recht einer Okkupation. Diese Staatsgewalt hat gegenwärtig im Sinne des zweiten Artikels der Haager Konvention aufgehört. Der Artikel lautet:

„Die Okkupation erstreckt sich nur auf das Gebiet, in welchem diese Staatsgewalt (des feindlichen Heeres) eingesetzt worden ist und ausgeführt werden kann.“

Im Sinne dieses Artikels kehrt nach dem Weggang des feindlichen Heeres, in diesem Falle des russischen Heeres, aus dem Königreich Polen, die rechtmäßige Regierung zurück, und diese sind im Sinne der Verfassung des Königreichs Polen und des vom polnischen Reichstage am 19. Februar 1831 gegebenen Gesetzes die Reichstagsbehörden bis zur Zeit der Wahl einer neuen Herrscherfamilie durch diesen Reichstag.

Das Komitee der nationalen Verteidigung hält dafür, daß die Wiederherstellung des rechtspolitischen Lebens im Königreich Polen durch die Einberufung des polnischen Reichstags der einzige Weg ist, um dieses Land gegen einen nochmaligen Einfall der russischen Truppen zu schützen, und sie wird gleichzeitig der Ausgangspunkt zur Lösung der polnischen Frage sein.

Für das Komitee der nationalen Verteidigung: Josef Zaleski, Vorsitzender. Stanislaus Rajzaycher, Schriftführer.

Einige wenige, welche in der ersten Hälfte des Jahres 1890 in der Provinz von ...

Die Provinz von ...

Die Provinz von ...

Die Provinz von ...

Die Provinz von ...

Die Provinz von ...

Die Provinz von ...

Die Provinz von ...

Die Provinz von ...

Die Provinz von ...

Die Provinz von ...

Die Provinz von ...

Die Provinz von ...

Die Provinz von ...

Die Provinz von ...

Die Provinz von ...

Die Provinz von ...

Die Provinz von ...

Die Provinz von ...

Die Provinz von ...

Die Provinz von ...

Die Provinz von ...

Die Provinz von ...

Die Provinz von ...

Die Provinz von ...

Die Provinz von ...

Die Provinz von ...

Die Provinz von ...

Die Provinz von ...

Die Provinz von ...

Die Provinz von ...

Die Provinz von ...

Die Provinz von ...

Die Provinz von ...